

Jahresbericht 2012



Was wir wollen

Demokratie und Menschenrechte durchsetzen, gegen die Zerstörung unseres globalen Ökosystems angehen, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern vorantreiben, in Krisenzonen präventiv den Frieden sichern, die Freiheit des Individuums gegen staatliche und wirtschaftliche Übermacht verteidigen – das sind die Ziele, die Denken und Handeln der Heinrich-Böll-Stiftung bestimmen.

Wir stehen der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahe und arbeiten als reformpolitische Zukunftswerkstatt und internationales Netzwerk mit weit über hundert Partnerprojekten in rund sechzig Ländern.

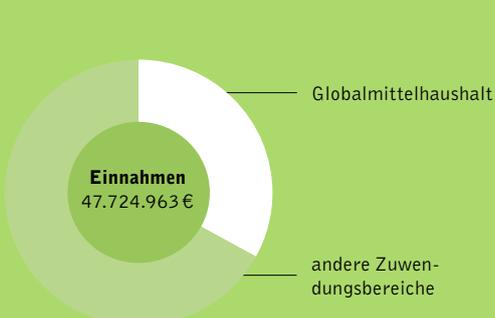
Die Heinrich-Böll-Stiftung arbeitet unabhängig und steht für geistige Offenheit. Mit derzeit 30 Auslandsbüros verfügen wir über eine weltweit vernetzte Struktur. Wir kooperieren mit 16 Landesstiftungen in allen Bundesländern und fördern begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Graduierte im In- und Ausland.

Heinrich Bölls Ermunterung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik folgen wir gerne und möchten andere anstiften mitzutun.

Fakten zur Stiftung

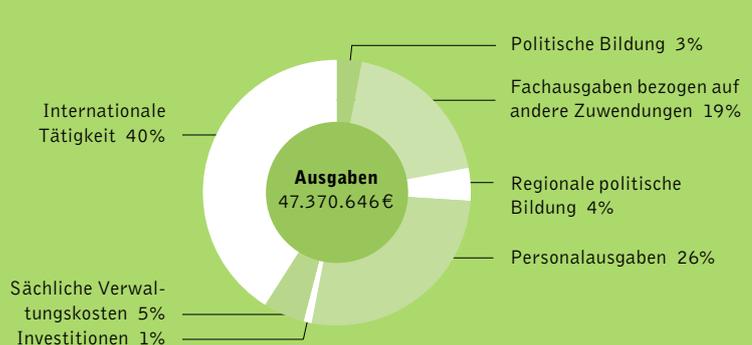
Zuwendungen

2012



Mittelverwendung

2012



Heinrich-Böll-Stiftung weltweit



Afrika

- 1 Kapstadt (Südafrika)
- 2 Abuja (Nigeria)
- 3 Nairobi (Kenia)

Asien

- 4 Bangkok (Thailand)
- 5 Kabul (Afghanistan)
- 6 Islamabad (Pakistan)
- 7 Neu Delhi (Indien)
- 8 Peking (China)
- 9 Phnom Penh (Kambodscha)

Europa

- 10 Belgrad (Serbien)
- 11 Berlin (Deutschland)
- 12 Brüssel (Belgien)
- 13 Istanbul (Türkei)
- 14 Kiew (Ukraine)
- 15 Prag (Tschechische Republik)
- 16 Sarajevo (Bosnien-Herzegowina)
- 17 Tbilisi (Georgien)
- 18 Thessaloniki (Griechenland)
- 19 Warschau (Polen)
- 20 Zagreb (Kroatien)

Lateinamerika

- 21 Mexiko-Stadt (Mexiko)
- 22 Rio de Janeiro (Brasilien)
- 23 San Salvador (El Salvador)
- 24 Santiago de Chile (Chile)

Naher und Mittlerer Osten

- 25 Beirut (Libanon)
- 26 Ramallah (Palästina)
- 27 Rabat (Marokko)*
- 28 Tel Aviv (Israel)
- 29 Tunis (Tunesien)

Nordamerika

- 30 Washington (USA)

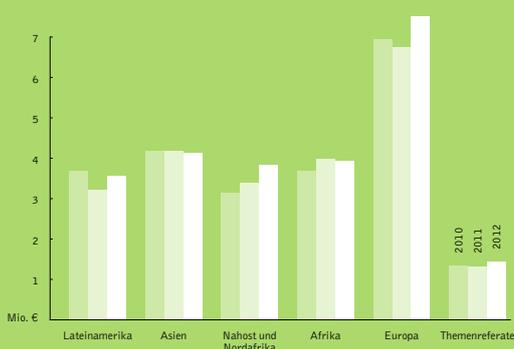
Russische Föderation

- 31 Moskau (Russland)

* im Aufbau

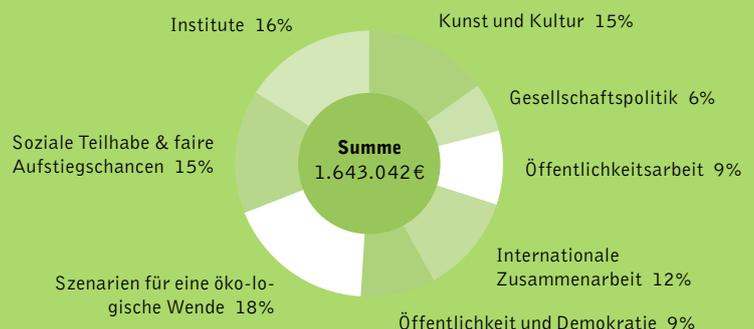
Internationale Zusammenarbeit

2010-2012



Politische Bildung Inland

2012



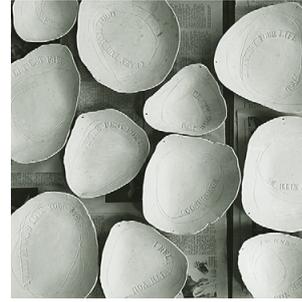
Inhalt



Seite 16



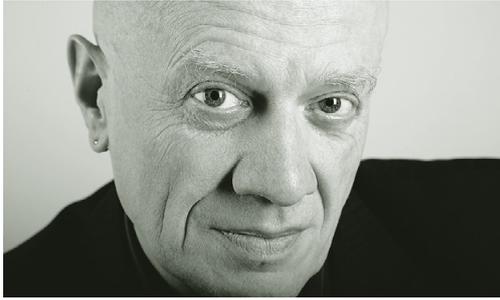
Seite 30



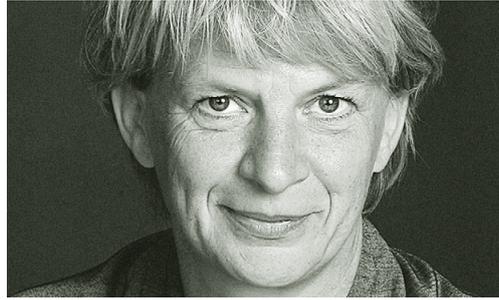
Seite 50

Vorwort	1
Auf einen Blick	2
Europapolitik	4
Die große Transformation	16
Demokratie und Menschenrechte	30
Außen- und Sicherheitspolitik	40
Gunda-Werner-Institut	44
Bildung, soziale Teilhabe und Aufstiegschancen	46
Kunst und Kultur	50
Studien- und Promotionsförderung	54
Heinrich-Böll-Haus Langenbroich	58
GreenCampus – Weiterbildung, Politik, Management	59
Archiv Grünes Gedächtnis	60
Preise	61
Rückblick	62
25 Jahre Heinrich-Böll-Stiftung	63
Stiftungsmanagement	64
Gremien	72
Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten	73
Adressen	76
Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung	79

Vorwort



Ralf Fücks



Barbara Unmüßig

Im Juni 2012 jährte sich die historische UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro zum zwanzigsten Mal. Wir haben die internationalen Vorbereitungen auf den Rio+20-Gipfel intensiv beobachtet und uns bei unseren zahlreichen Aktivitäten in Rio und in anderen Städten auf das Thema «Grüne Ökonomie» konzentriert. Dieses Engagement hat den Ruf der Stiftung als internationale und kompetente Adresse für ökologische und soziale Nachhaltigkeit gestärkt.

International denken wir auch bei der Energiepolitik: Auf unserer Website «energytransition.de» gibt es umfangreiche Informationen zur Energiewende, denn es bietet sich die Chance, Europa zum Vorreiter für erneuerbare Energien und Effizienztechnologie zu machen. Wir werben daher für die Vorteile eines europäischen Energieverbunds und für eine gemeinsame europäische Energiepolitik.

Auch die längst noch nicht bewältigte Eurokrise hält uns auf Trab. Die Eurokrise erfordert eine Kombination von Eigenanstrengung und europäischer Solidarität. Entsprechend sind Reformen in den Nationalstaaten nötig, die auf eine langfristige Konsolidierung des Finanzsektors und eine nachhaltige wirtschaftliche Dynamik abzielen. Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt einen europäischen «Green New Deal», der insbesondere der jungen Generation neue Perspektiven eröffnen kann.

Wir erleben derzeit in einigen Ländern eine Welle juristischer oder bürokratischer Maßnahmen, die die Handlungsspielräume – sowohl für einheimische NGOs als auch für internationale Organisationen – einschränken. So forderte beispielsweise Äthiopien die Neuregistrierung unter dem NGO-Gesetz; unser Auftrag, gemeinsam mit lokalen Partnern für Demokratie, Geschlechtergerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung einzutreten, war so nicht mehr einzulösen. Die Stiftung hat sich daher zur Auflösung ihrer Präsenz in Äthiopien entschieden. In Ägypten geben die politischen Entwicklungen und der ungeklärte Rechtsstatus noch keine Grundlage für unsere Arbeit. Die Kooperation mit unseren ägyptischen Partnerinnen und Partnern organisieren wir deshalb über unser neues Büro in Tunis.

Ein Grund zum Feiern war das 25-jährige Jubiläum der Heinrich-Böll-Stiftung Ende letzten Jahres. Was im November 1987 mit der Gründung der alten Heinrich-Böll-Stiftung in Köln begann, wurde durch die Fusion mit der Frauenanstiftung und dem Buntstift 1996 zu einem großen Ganzen mit einem schärferen inhaltlichen Profil.

Ein großer Anteil am Erfolg der Stiftung in den letzten Jahren gebührt Dr. Birgit Laubach, die ihr Wirken als Geschäftsführerin zum 1. April 2013 beendet. Ihrem großen Geschick verdankt die Heinrich-Böll-Stiftung u. a. den erfolgreichen Neubau, der bis heute nicht nur wegen der gestalterischen Qualität und der hohen Energieeffizienz, sondern auch im Hinblick auf den verantwortungsbewussten Umgang mit öffentlichen Baumitteln vorbildlich ist.

Großer Dank gilt wie stets unseren hoch motivierten Kolleginnen und Kollegen. Sie sind das Rückgrat der Stiftungsarbeit. Wichtige Unterstützung erfahren wir auch von den ehrenamtlichen Gremien: dem Aufsichtsrat, der Mitgliederversammlung, dem Frauenrat, den Fachbeiräten und Fachkommissionen und der Grünen Akademie. Ihnen allen gilt unser ausdrücklicher Dank für die vertrauensvolle Zusammenarbeit, die uns – jetzt und in Zukunft – stärkt.

Berlin, im April 2013

Ralf Fücks Barbara Unmüßig
Vorstand Heinrich-Böll-Stiftung

Auf einen Blick

4 Europapolitik

Das Vertrauen in das europäische Projekt schwindet, für viele sind die Vorteile einer vertieften Europäischen Union nicht erkennbar. Dabei liegen sie auf der Hand, zum Beispiel hinsichtlich einer gemeinsamen Energie- oder Außen- und Sicherheitspolitik. Wir wollen mit unseren Veranstaltungen und Studien die Debatte über die Zukunft der EU befördern, wollen die Bürgerinnen und Bürger informieren und für eine Teilnahme an der Gestaltung der Europäischen Union gewinnen. Im Jahr 2012 standen die Schuldenkrise, die Energiewende und die Zukunft der Demokratie im Mittelpunkt unserer Europaarbeit.

16 Die große Transformation

«Energiewende» hat es in den englischen Wortschatz geschafft. Kein Land wird so stark mit dem Boom der erneuerbaren Energien und dem Ausstieg aus Kohle- und Atomkraft verbunden wie Deutschland. Wir tragen nicht nur die deutschen Erfahrungen ins Ausland, sondern erarbeiten gemeinsam mit unseren Partnern u. a. in den Regionen Lateinamerika, Afrika oder China Konzepte und geben Impulse für mehr Ökologie und Gerechtigkeit.

30 Demokratie und Menschenrechte

Zwei Jahre nach Beginn der Umbrüche in der arabischen Welt ist Ernüchterung eingetreten. Überschattet ist die «Arabellion» durch den Bürgerkrieg in Syrien. Die ökonomischen und sozialen Herausforderungen sind nach wie vor enorm. Wir unterstützen unsere Partnerinnen und Partner in den Transformationsländern bei ihrem schwierigen Weg. Wir wollen die Rechte von Frauen stärken, und auch die von Menschen mit nonkonformer sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität, kurz: LGBTI – u. a. in Palästina, Georgien, Afghanistan und in Südafrika.

40 Außen- und Sicherheitspolitik

Die Europäische Union verliert gerade viel von ihrer einstigen Vorreiterrolle. Sie droht vor allem mangels einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zum Nachzügler in der neuen Weltordnung zu werden. Wir wollen mit unserer Arbeit einen Beitrag zu einer nachhaltigen Außenpolitik Deutschlands und der Europäischen Union leisten. So beschäftigten wir uns u. a. mit der Frage einer neuen Mittelmeerpolitik, mit der Zukunft des politischen Islam und der Zwei-Staatenlösung für Israel und Palästina.

44 Gunda-Werner-Institut (GWI)

Ob (queer)feministisch oder männerpolitisch – das GWI ist Ort der Analysen und Strategien. Welche Vorurteile bestehen, wie eine geschlechterdemokratische Gesellschaft aussehen kann und welche politischen Instrumente uns dorthin bringen, das wird u. a. in dem Debatteblog «Was ist der StreitWert» ausgefochten. Für hohe Aufmerksamkeit sorgte darüber hinaus die Studie zur antifeministischen Männerbewegung. Geschlechterblindheit in der internationalen Friedens- und Sicherheitspolitik und sexualisierte Kriegsgewalt waren Gegenstand zweier Diskussionen anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Internationalen Strafgerichtshofs.

46 Bildung, soziale Teilhabe und Aufstiegschancen

Wer ist drin, wer bleibt draußen? Eine einfache Frage mit großem gesellschaftlichen Sprengpotenzial. Inklusion bedeutet, dass jeder Mensch so angenommen wird, wie er ist. Niemand soll benachteiligt werden. Bis es in Deutschland so weit ist, müssen allerdings noch viele Hindernisse abgebaut werden: In der Politik, in den Unternehmen, in Ämtern und Behörden, in unseren Köpfen. Wir verfolgen seit Jahren eine Politik der Durchlässigkeit und setzen uns ein für «Gute Bildung für alle!». Wir reagieren aber auch mit Praxis-Workshops auf aktuelle Herausforderungen, wie den Zuzug von Roma-Familien mit ihren Kindern aus Osteuropa.

50 Kunst und Kultur

Wir fördern Kunst und Kultur als Ausdrucksform gesellschaftlicher Selbstverständigung. Wir untersuchen die Zusammenhänge von Kunst und Aktivismus in sozialen und politischen Bewegungen, wie beim Festival «Wider die Müdigkeit»; wir beteiligen uns an Ausstellungen, wie «SurVivArt – Kunst für das Recht auf ein gutes Leben»; oder an Theaterprojekten wie «Dance! Copy! Right?». Wir konzipieren und veranstalten Filmfestivals, Workshop-Konferenzen oder Podiumsdiskussionen zu kulturpolitischen Themen, wie zur Nutzung des Internets und dessen Regulierung.

54 Studien- und Promotionsförderung

Köpfe für die Zukunft! 2012 haben wir insgesamt 877 Studierende und 181 Promovierende gefördert. 230 Stipendien haben wir neu vergeben. Zur persönlichen Weiterbildung konnten unsere Stipendiatinnen und Stipendiaten aus über 40 mehrtägigen Veranstaltungen auswählen. Die Themen reichten von Energiewende über Bildungsgerechtigkeit bis hin zur politischen Bewertung des Arabischen Frühlings. An zahlreichen Hochschulen haben sich «Lokale Initiativen» gegründet, die sich regelmäßig treffen. Und in unserem Programm «Medienvielfalt, anders: Junge Migrantinnen und Migranten in den Journalismus» wurden bislang 37 junge Nachwuchsjournalisten und -journalistinnen mit Migrationsgeschichte gefördert.

58 Heinrich-Böll-Haus Langenbroich

In vielen Ländern sind Künstlerinnen und Künstler durch ihren Einsatz für die Freiheit Repressionen ausgesetzt. Mit unserem Stipendienprogramm im Heinrich-Böll-Haus Langenbroich bieten wir Künstlerinnen und Künstlern die Möglichkeit, für einige Zeit ungestört und finanziell abgesichert arbeiten zu können. Im Jahr 2012 begrüßten wir Gäste aus Syrien, Bahrain und China in Langenbroich.

59 GreenCampus – Weiterbildung, Politik, Management

Unter dem Dach von GreenCampus vereinen sich die Weiterbildungsangebote der Heinrich-Böll-Stiftung und ihrer Landesstiftungen im Bereich Politikmanagement. Ziel ist es, ehrenamtlich Aktiven und Profis das Rüstzeug für eine erfolgreiche politische Arbeit zu vermitteln. Im Jahr 2012 bot GreenCampus wieder das Politikmanagementzertifikat an – Nachfrage steigend. Voraussetzung dafür ist der Besuch eines Seminars mit gut 20 thematisch und methodisch aufeinander abgestimmten Modulen aus den Bereichen Kommunikation, Medien und Organisation. Das Weiterbildungsangebot steht dauerhaft für sehr gute Qualität. Das Testat LQW wurde Ende 2012 für vier weitere Jahre bestätigt.

60 Archiv Grünes Gedächtnis

Das Archiv dient der historischen Überlieferungen der Partei Bündnis 90/Die Grünen und sammelt Quellen zur Geschichte der Neuen Sozialen Bewegungen. Alle Unterlagen – auch die audiovisuellen – stehen der interessierten Öffentlichkeit und der wissenschaftlichen Forschung zur Verfügung. Darüber hinaus veranstaltet das Archiv u. a. Gespräche mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen und macht so grüne Geschichte lebendig.

61 Preise

Die Heinrich-Böll-Stiftung vergibt auch Preise! Im Jahr 2012 waren dies u. a. der Petra-Kelly-Preis für den weißrussischen Menschenrechtler Ales Bialiatski, der Anne-Klein-Frauenpreis ging an die Frauen- und Menschenrechtsaktivisten Nivedita Prasad, der Hannah-Arendt-Preis an die israelische Historikerin Yfaat Weiss und der Friedensfilmpreis an den ungarischen Regisseur Bence Fliegauf für seinen Film «Csak a szél – Just the Wind».

63 25 Jahre Heinrich-Böll-Stiftung

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist 25! Mit einem Fest für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, für Kooperationspartner und Gäste aus Politik und Gesellschaft feierten wir am 14. Dezember im Foyer und der Beletage der Stiftungszentrale. Die Publizistin Carolin Emcke hielt die Festrede, der Parteivorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Cem Özdemir, gratulierte.

64 Stiftungsmanagement

Wir finanzieren uns fast ausschließlich aus öffentlichen Zuwendungen. Im Jahr 2012 standen uns rund 47 Millionen Euro zur Verfügung. Knapp die Hälfte wurde für Projekte der internationalen Zusammenarbeit verwendet. Wir investieren aber auch in Fortbildungen für die Belegschaft und in die organisatorische Weiterentwicklung unserer Stiftung. Darüber hinaus steht durch viel ehrenamtliches Engagement der Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung die Förderstiftung TuWas – Stiftung für Gemeinnützige kurz vor der Gründung.



Foto: Associated Press

Für ein geeintes und demokratisches Europa

Die Krise Europas ist weit mehr als nur eine ökonomische Krise. Das europäische Projekt als Ganzes steht auf dem Spiel, wenn gegenseitige Schuldzuweisungen die Beziehungen zwischen den EU-Mitgliedstaaten belasten, populistische Strömungen in Europa vermehrt Zulauf bekommen und die europäische Solidarität in Frage gestellt wird. Eine gemeinsame Vision scheint es nicht mehr zu geben. Dabei liegt der Mehrwert der europäischen Zusammenarbeit auf der Hand, ob in der Energiepolitik, in einer verstärkten finanz- und wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit oder in einer koordinierten europäischen Außenpolitik. Doch das Vertrauen der Öffentlichkeit in das europäische Projekt schwindet, für viele sind die Vorteile einer vertieften Europäischen Union nicht erkennbar. Wir wollen mit unseren Veranstaltungen und Studien die Debatte über die Zukunft der EU befördern, wollen die Bürgerinnen und Bürger informieren und sie für eine Teilnahme an der Gestaltung der Europäischen Union gewinnen.

Perspektiven der Europäischen Union

Die Schuldenkrise, die Kontroversen um Gegenstrategien und die sozialen Folgen in Krisenländern drohen nicht nur die Eurozone zu spalten, sondern gefährden auch das Projekt eines vereinigten Europa. Kaum jemand hätte geglaubt, dass nationale Ressentiments in dieser Schärfe wieder aufbrechen könnten. Der Protest gegen «Brüssel» schlägt in manchen Ländern in manifeste Tendenzen zur Renationalisierung um. Eine verstärkte europäische Debatte über die Zukunft Europas ist dringend notwendig. Welches Europa wollen wir? Welches sind die richtigen Wege aus der Schuldenkrise? Und wie viel europäische Solidarität brauchen wir? Diese Fragen standen 2012 im Mittelpunkt zahlreicher unserer Veranstaltungen zur Zukunft der Europäischen Union. Hier eine kleine Auswahl:

Europas gemeinsame Zukunft – Konferenz in Berlin

Bei der internationalen Konferenz «Europas gemeinsame Zukunft» am 25. und 26. September 2012 waren viele Redebeiträge geprägt von der Sorge vor den immer wieder als «desaströs» bezeichneten Folgen eines Auseinanderfallens der Eurozone und der EU. Grundsätzliche Zweifel am Fortbestand der Eurozone in ihrer heutigen Form wurden nicht nur vom ehemaligen US-Botschafter John Kornblum, sondern auch vom renommierten Ökonomen Roger Bootle von der Londoner Beratungsfirma Capital Economics geäußert. Dessen ernüchternde Analyse stieß jedoch auf heftigen Widerspruch. Die meisten Teilnehmenden waren davon überzeugt, dass die Wirtschaft in Griechenland, Spanien und den anderen Krisenländern ohne Euro-Austritt wiederbelebt werden könne.

Einen «großen Wurf» in der föderalen «Staatswerdung» der EU erwartete allerdings kaum einer der Teilnehmenden. Erfahrene Politikerinnen und Expertinnen wie Gesine Schwan und Michaela Schreyer teilten die allgemeine Skepsis. Sie waren allerdings davon überzeugt, dass durch die stärkere Einbeziehung des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission auch innerhalb der bestehenden europäischen Strukturen viel bewegt werden könne.

Mehr Europa wagen. Eine Intervention – Podiumsdiskussion in Berlin

Die Mehrheit der Deutschen wünscht sich grundsätzlich eine stärkere gemeinsame europäische Politik, wie Umfragen zeigen. Allerdings sehen die wenigsten gute politische Beteiligungsmöglichkeiten auf EU-Ebene. «Mehr Europa» wird derzeit gleichgesetzt mit «weniger Demokratie». Um die Legitimationskrise der EU zu überwinden, braucht es neben institutionellen Reformen auch engagierte Bürgerinnen und Bürger – als Gegenpol zum «Durchregieren» der Staats- und Regierungschefs und zu dem als undurchsichtig empfundenen Brüsseler Beamtenapparat.

Was sich in der EU ändern muss und wie sich bürgerschaftliches Engagement beleben lässt, darüber diskutierten der französische Philosoph André Glucksmann, der polnische Publizist Adam Michnik, der deutsche Schriftsteller Peter Schneider und Daniela Schwarzer von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) im Februar. Sie waren sich einig, dass die nationalen Regierungen in Zeiten der Krise zuerst an ihre eigene Wählerschaft denken und sich oft gegenseitig die Schuld an der Krise zuweisen. Das aber berge die Gefahr einer Renationalisierung in Europa. Hoffnung geben allerdings die zahlreichen transnationalen Nichtregierungsorganisationen, die sich für Europa einsetzen. Auf dieses Engagement müsse man aufbauen, so die EU-Expertin Daniela Schwarzer. Sie hielt es für wichtig, dass sich diese Bewegungen auch für die Wahl zum Europäischen Parlament aufstellten, und das transnational.

Videobeiträge der Konferenz

→ www.boell.de/europas-gemeinsame-zukunft



Gesine Schwan, Präsidentin der Humboldt-Viadrina School of Governance Berlin, gab sich zuversichtlich, dass innerhalb der bestehenden europäischen Strukturen viel bewegt werden könne.

Foto: Stephan Röhl



EU-Expertin Daniela Schwarzer und der französische Philosoph André Glucksmann diskutierten darüber, was sich in der EU verändern sollte. Foto: Stephan Röhl

Die Zukunft der europäischen Demokratie

Von Claudio Franzius und Ulrich K. Preuß

Im Auftrag und hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
Berlin, Januar 2012, 160 Seiten

„Ohne engagierte Bürgerinnen und Bürger, die die Regierenden zu politischer Selbstverantwortung zwingen, kann die EU auf Dauer nicht funktionieren.“

Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

→ eurocrisis.boellblog.org

Der Ex-Ministerpräsident Griechenlands, Kostas Simitis, unser prominentester Konferenzgast

Foto: Stephan Röhl



Maria Topali, Schriftstellerin aus Athen

Foto: Stephan Röhl

Europas Demokratie auf dem Prüfstand. Welches Europa wollen wir? – Podiumsdiskussion in Berlin

Eine Währungsunion ohne gemeinsame Fiskalpolitik steht auf tönernen Füßen. Eine vertiefte Integration ist jedoch nur zu rechtfertigen und durchzusetzen, wenn sie demokratisch legitimiert ist. Auf einer Podiumsdiskussion im Mai (in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung) plädierte der Wirtschaftsprofessor Stefan Collignon für eine «europäische Republik», die sich durch eine starke europäische Regierung in Gestalt einer politisierten EU-Kommission kennzeichnen müsse. Der Europarat – der zentrale Gegenpart der Kommission – sei der König, den es nach guter französischer Tradition zu köpfen gelte. Diese Radikalität teilten die übrigen Podiumsgäste nicht. Der Verfassungsjurist und Ko-Autor der von der Heinrich-Böll-Stiftung 2012 herausgegebenen Studie «Die Zukunft der europäischen Demokratie» Ulrich K. Preuß hielt Collignons Forderung für einen politischen Fehler: Es könne keine einheitliche Regierung für Europa geben, da die europäischen Gesellschaften zu vielseitig seien. Er plädierte für eine «lebendige Demokratie» auf allen Ebenen in der EU (lokal, national, europäisch), in der der demokratische Wettstreit um politische Alternativen im Mittelpunkt steht. Ein Dossier mit den Standpunkten der Referentinnen und Referenten, einem Veranstaltungsbericht und einem Audiomitschnitt gibt es unter www.boell.de.

Europäische Schuldenkrise

Die derzeitige Strategie aus Euro-Rettungsschirmen, Fiskalvertrag und Interventionen der Europäischen Zentralbank kann bestenfalls ein erster Schritt gegen die Finanz- und Schuldenkrise in der Eurozone sein. Die neuen Herausforderungen für die Wirtschafts- und Währungsunion und den europäischen Integrationsprozess erfordern eine grundlegende Diskussion zu den Zielen und Prinzipien europäischer Wirtschafts- und Fiskalpolitik, damit die notwendigen Anpassungen der europäischen Institutionen erreicht und die demokratische Legitimation der EU sowie ihr sozialer Charakter gestärkt werden können. Wir suchen, ausgehend von den aktuellen Entwicklungen und Vorschlägen, nach Perspektiven für ein Europa nach dem Krisenmanagement.

Hellas in der Krise – internationale Konferenz in Berlin

Die Krise in Griechenland ist vor allem ein Bankrott des politischen Systems. Griechenland ist kein armes Land, es hat Potenzial. Nur wurde es bisher sehr schlecht regiert. Das gibt inzwischen auch die politische Elite zu. Kritische Solidarität mit den Menschen in Griechenland war der Tenor unserer Konferenz «Hellas in der Krise. Wie kann sich Griechenland in Europa neu erfinden?» im Januar 2012. Zu diesem Zeitpunkt wurden neue und weitreichende Entscheidungen des Athener Parlaments und der europäischen Finanzminister erwartet. Die aktuelle Sparpolitik von Troika und griechischer Regierung stieß bei unserem prominentesten Konferenzgast, dem ehemaligen griechischen Ministerpräsidenten Kostas Simitis, auf wenig Gegenliebe. Er forderte eine europäisch abgestimmte Politik des Sparens bei den Defizitländern und eine stimulierte Nachfrage vonseiten der Geberländer. Der grüne Fraktionsvorsitzende im Europaparlament, Daniel Cohn-Bendit, griff die mangelnde demokratische Legitimität der europäischen Austeritätspolitik an. Einig waren sich beide darin, dass ein Austritt Griechenlands aus der Eurozone – jenseits der unkalkulierbaren europapolitischen Dynamik – die unfaire Lastenverteilung noch steigern würde: Profitieren würden alle mit Euro-Guthaben im Ausland, während die Mehrzahl der Menschen mit dem Zusammenbruch aller Sozialsysteme und einer Drachme ohne Kaufkraft bezahlen müsste. Die Redebeiträge der zahlreichen griechischen Gäste ließen erahnen, wie groß der Reformstau in den staatlichen Institutionen – aber auch in den Gewerkschaften – ist und wie schwierig

es werden wird, die griechische Wirtschaft wettbewerbsfähig zu machen. Deutlich wurde aber auch, dass Griechenland eine Wachstumsperspektive braucht. Diese könnte, wie insbesondere der Europaabgeordnete der griechischen Grünen, Nikos Chrysogelos, betonte, in nachhaltiger Landwirtschaft und Tourismus sowie den erneuerbaren Energien liegen. Anlässlich der Konferenz zeigte die Stiftung Bilder des Athener Künstlers Jannis Psychopedis: «Alphabet. Heimatkunde – Heimatwunde».

Neues Stiftungsbüro in Thessaloniki

Seit Juni 2012 unterhalten wir eine Vertretung in Griechenland mit Sitz in Thessaloniki. Zusammen mit unseren Kooperationspartnern wollen wir diejenigen Akteure der griechischen Zivilgesellschaft stärken, die eine wichtige Rolle bei der Neuausrichtung der griechischen Politik, bei der Umsetzung von Strukturreformen und der Realisierung gemeinwohlorientierter Projekte spielen können.

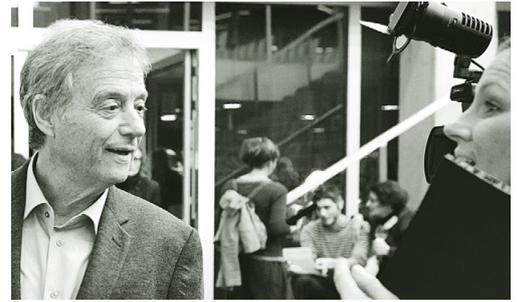
Mit der Stadt Thessaloniki hat die Stiftung bereits mehrere Kooperationen begonnen, besonders hervorzuheben ist das «Netzwerk Griechischer Grüner Städte». Gegründet wurde es im Dezember 2012. Zehn griechische Städte aus mehreren Landesteilen signalisieren durch dieses Netzwerk ihre Entschlossenheit, Lösungen für die gemeinsamen Probleme zu finden und kooperative Projekte in die Wege zu leiten, die den Städten nachhaltige grüne Perspektiven eröffnen.

Diktatur der Banken? Die Eurokrise und die Märkte – Jour Fixe zur Eurokrise in Berlin

Wer hat in der Eurokrise die Zügel in der Hand? Sind es die vielzitierten «Märkte»? Sind es die Banken, die angeblich zu groß sind, um scheitern zu dürfen, oder ist es die Politik, die seit nunmehr vier Jahren gegen immer neue Notlagen ankämpft? Wie kann die Politik Märkten und Banken Regeln setzen? Diesen Fragen gingen wir in der November-Ausgabe unseres Jour Fixe gemeinsam mit der *tageszeitung* nach. Der grüne Bundestagsabgeordnete Gerhard Schick sah ein Hauptproblem darin, dass der Kollaps einer Bank bislang schwer zu kalkulierende Folgen habe, da es derzeit keinen geregelten Mechanismus für eine Bankenpleite gebe. Er forderte daher ein «Bankenabwicklungssystem», das in erster Linie auf einem von den Banken finanzierten Abwicklungsfonds beruhen solle. Der Journalist Jens Berger wies darauf hin, dass einige Banken allein aufgrund ihrer Größe gar nicht «abwickelbar» seien. Banken müssten kleiner, ihre Bilanzsummen überschaubarer sein, und das Kundengeschäft müsse vom Investmentgeschäft getrennt werden.

Kapitalismuskritik reloaded – Sommerakademie in Berlin

Um die Finanzkrise ging es auch bei der alljährlichen Sommerakademie der Grünen Akademie in Berlin. Die Grüne Akademie ist ein Zusammenschluss von Menschen aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft. Sie will mit ihrer Arbeit die politischen und wissenschaftlichen Diskurse verzahnen. Den Gastvortrag hielt Prof. Josef Vogl, Autor des Bestsellers «Das Gespenst des Kapitals». Er rekonstruierte die sich verändernden Abhängigkeiten in der Machtbeziehung von Staat und Wirtschaft – mit dem Resultat einer «Finanzialisierung der staatlichen Strukturen». Die Informalisierung von Politik, die Veränderungen in der Machtbeziehung von Staat und Wirtschaft und die Finanzialisierung staatlicher Strukturen führten laut Vogl zu einer Souveränitätsverschiebung, bei der das politische System an die Instabilitäten der Finanzmärkte gebunden worden sei. Die politischen Handlungskompetenzen seien sukzessive in die Finanzmärkte verschoben worden. Diese Abhängigkeiten müssten durch politische Interventionen reduziert werden, um neue Handlungsperspektiven eröffnen zu können.



Jannis Psychopedis, einer der bekanntesten zeitgenössischen Künstler Griechenlands Foto: Stephan Röhl

→ www.gr.boell.org

Tagungsbericht, Audiofile und Beiträge
→ www.gruene-akademie.de

Weichen für eine künftige gemeinsame Energiepolitik

Die Europäische Union muss die klima- und energiepolitischen Herausforderungen unserer Zeit als Chance begreifen. Um ein nachhaltiges, starkes und wettbewerbsfähiges Europa zu schaffen, ein Europa, das bis 2050 seine gesamte Energie aus erneuerbaren Quellen beziehen kann, sind gemeinsame Anstrengungen unerlässlich. Aufgrund seiner Größe, seiner klimatischen und geologischen Gegebenheiten hat Europa entscheidende Vorteile. Diese Potenziale müssen gemeinsam ausgeschöpft und kostengünstig genutzt werden, damit sich Europa mit Innovationen am Markt durchsetzen kann. Wir unterstützen diese Ziele durch unsere Arbeit seit Jahren.

Energiewende europäisch denken – ein Projekt

Die deutsche Energiewende wird in Europa wie auch weltweit mit großem Interesse verfolgt. Damit sie über Deutschland hinaus erfolgreich wird, ist es wichtig, sie von Anfang an transnational zu denken, zu planen und zu kommunizieren. In einem transnationalen Stromverbund ist es viel leichter und wesentlich kostengünstiger, die variable Verfügbarkeit der Erneuerbaren aufzufangen. Überschüssiger Strom kann beispielsweise von günstigen Speichern in den Alpenländern und Skandinavien aufgenommen werden. Ein europäischer Stromhandel würde ermöglichen, dass der erneuerbare Strom vor allem dort produziert wird, wo es am kostengünstigsten ist.

Doch vom Geist einer europäischen Energiewende ist zurzeit nicht viel zu spüren. Manche Länder halten eine grüne Umorientierung ihrer Energiepolitik für riskant, bringe sie doch eine Reduzierung oder gar den Abschied von Kohle und Atomkraft und vergrößere – so die Befürchtung unserer Nachbarn – die problematische Abhängigkeit von russischem Erdgas.

Auch der Ausbau der Netze sowie des europäischen Strommarktes kommt nur stockend voran. Zugleich sind sich die Mitgliedstaaten uneinig, wie die Erneuerbaren-Energien-Politik der EU nach 2020 aussehen soll. Während sich Vorreiterstaaten wie Schweden oder Dänemark ehrgeizige Ziele setzen, sind etwa Frankreich und Großbritannien sehr skeptisch und fordern eine «technologieneutrale» Klimapolitik ohne verbindliche Vorgaben für Erneuerbare und Effizienzziele.

Vor diesem Hintergrund haben wir das Projekt «Energiewende europäisch denken» initiiert. Wir wollen die Herausforderungen und Chancen der deutschen Energiewende europaweit bekannt machen. Und wir wollen die Hoffnungen oder Befürchtungen der anderen europäischen Staaten nach Deutschland tragen und so gemeinsame Visionen und Instrumente für stärkere Zusammenarbeit hin zu einer europäischen Energiewende entwickeln. Dazu bieten wir in den kommenden Jahren in mehreren EU-Mitgliedstaaten Seminare, Konferenzen und Publikationen an und initiieren einen Austausch unter Fachleuten. Beteiligt am Projekt sind die Stiftungszentrale in Berlin sowie die Büros in Brüssel, Prag und Warschau.

Eine Europäische Union für erneuerbare Energien – eine Studie

Im Juni 2012 hat die Europäische Kommission erste Überlegungen für den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien in Europa nach 2020 vorgestellt und zugleich eine Diskussion über Ziele für das Jahr 2030 angeregt. Einer aktiven Förderpolitik von Erneuerbaren steht dabei der Ansatz einer «technologieneutralen» Klimapolitik gegenüber. Zugleich wird die Energiepolitik in den Mitgliedstaaten – trotz transnationaler Vernetzung der Energiesysteme – weiterhin fast ausschließlich national diskutiert und umgesetzt. Um europäische Lösungswege für die Förderung von Erneuerbaren aufzuzeigen, hat unser EU-Büro in Brüssel von 2011 bis 2012 eine Serie von Expertentreffen organisiert. Ein Ergebnis

→ www.energytransition.de



«Die Europäische Union sollte sich ein großes Ziel setzen: ihre Energieversorgung bis zur Mitte dieses Jahrhunderts komplett auf erneuerbare Energien umzustellen. Das wäre ein Signal an die globale Klimapolitik. Zugleich würde diese Energierevolution die europäische Wirtschaft auf einen zukunftsfähigen Kurs katapultieren, der Millionen neuer Arbeitsplätze schafft.» Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung **Foto: Stephan Röhl**



(v.l.n.r.) Silvia Brugger, Heinrich-Böll-Stiftung Brüssel, und die Autoren der Studie: Susanne Langsdorf und Sascha Müller-Kraenner **Foto: Stephan Röhl**

dieser Treffen ist die Publikation «Eine Europäische Union für erneuerbare Energien» mit Politikempfehlungen für zwei Schlüsselbereiche: die Planung und Realisierung von Stromnetzen sowie die Entwicklung von Vergütungs- und Fördersystemen. Die Studie, die auf Englisch, Deutsch und Französisch vorliegt, will die europaweite Diskussion zur Förderung erneuerbarer Energien vorantreiben. Die Publikation wurde bereits in Brüssel, Berlin und bei der Klimakonferenz in Doha vorgestellt. Sie wird auch in den kommenden Jahren einen wichtigen Baustein unserer konzeptionellen Arbeit zur europäischen Energiewende bilden.

Eine Europäische Union für erneuerbare Energien

Auszug aus der Studie

Der Übergang zu erneuerbaren Energien in der Europäischen Union kann beschleunigt werden, indem ihr Potenzial gebündelt wird. Dies setzt eine stärkere (und besser gestaltete) Zusammenarbeit sowie Verknüpfungen der nationalen Vergütungs- und Fördersysteme voraus. Änderungen an den bestehenden Systemen dürfen die derzeitigen positiven Entwicklungen im Bereich der erneuerbaren Energien jedoch nicht untergraben und das Vertrauen der Investoren durch Sprunghaftigkeit schwächen.

Da es momentan keine Einigung unter den Mitgliedstaaten gibt, 100 Prozent erneuerbare Energien als gemeinsames Ziel zu formulieren, wäre ein Zusammenschluss von Vorreitern in Makroregionen sowie deren verstärkte Zusammenarbeit ratsam. Die damit verbundenen Mechanismen sollten Anreize schaffen, damit Länder eine gemeinsame Infrastruktur zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen entwickeln und auf freiwilliger Basis ihre Fördersysteme öffnen – oder noch besser: sich auf ein gemeinsames Fördersystem für die Einspeisung von Strom einigen.

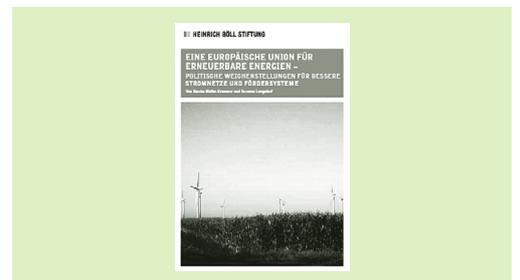
Derzeit bleibt es den Mitgliedstaaten vorbehalten, ihren Energiemix zu bestimmen. Nichtsdestotrotz kann die Europäische Kommission Vorschläge unterbreiten. Nach Artikel 194 AEUV ist es Aufgabe der EU, die Entwicklung erneuerbarer Energieformen voranzutreiben. Wenn dies erhebliche Auswirkungen hat, dann muss im Europarat Einstimmigkeit bestehen. Der politische Wille für einen Übergang zu 100 Prozent erneuerbarer Energien muss also bei allen Mitgliedstaaten da sein. Solange dies nicht der Fall ist, müssen gemeinschaftliche Mechanismen und die geeignete Infrastruktur errichtet werden, um die Möglichkeit eines EU-weiten Wechsels zu 100 Prozent erneuerbarer Energien weiterhin offen zu halten.

Der Großteil der europäischen Bürgerinnen und Bürger befürwortet eine stärkere Rolle der erneuerbaren Energien. Jedoch fürchten sich Verbraucherinnen und Verbraucher vor zusätzlichen Kosten und den von ihnen wahrgenommenen Risiken neuer technologischer Entwicklungen, die sie nicht vollkommen verstehen. Eine informierte EU-Bürgerschaft ist daher unverzichtbar für den Umbau unseres Energiesystems. Der Zugang zu umfassenden Informationen über die Gesamtkosten aller Energiequellen sowie eine transparente und partizipative Netzplanung sollten das Recht eines jeden EU-Bürgers sein.

Generell muss eine langfristige Vision für eine gemeinsame Energie- und Klimapolitik durch ambitionierte mittelfristige Ziele sichergestellt werden. Bis 2020 heißt das gemäß der Erneuerbare-Energien-Richtlinie: mindestens 20 Prozent erneuerbare Energien am Endenergieverbrauch. Der nächste Schritt muss ein verbindliches und ambitioniertes Ziel von 45 Prozent für Erneuerbare bis 2030 sein.



Severin Huber, Stipendiat der Stiftung Wissenschaft und Politik, und Bärbel Höhn, Sprecherin für Umweltpolitik der Grünen, bei der Vorstellung der Studie **Foto: Stephan Röhl**



Eine Europäische Union für erneuerbare Energien. Politische Weichenstellungen für bessere Stromnetze und Fördersysteme
Von Sascha Müller-Kraenner und Susanne Langsdorf. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Brüssel 2012, 65 Seiten



Kroatische Vertreterinnen und Vertreter von NGOs, Medien und Lokalpolitik besuchten Anfang Oktober auf Einladung unseres Brüsseler Büros das EU-Parlament. In Workshops und Gesprächen ging es um die Bedeutung des bevorstehenden EU-Beitritts Kroatiens. Fragen nach den Chancen für eine ökologische und nachhaltige kroatische Land- und Energiewirtschaft wurden ebenso diskutiert wie die dafür notwendigen Reformen. Foto: hbs



Marieluise Beck, Bundestagsabgeordnete der Grünen, mahnte, auch Bosnien mit seinen Problemen nicht alleinzulassen. Foto: Stephan Röhl



Stjepan Mesić, Ex-Präsident Kroatiens, sprach sich vehement gegen einen «neuen Eisernen Vorhang» an der zukünftigen kroatischen EU-Außengrenze zu Serbien, Bosnien-Herzegowina und Montenegro aus. Foto: Stephan Röhl

Die Erweiterung der Europäischen Union

Innerhalb der Europäischen Union ist die Bereitschaft, weitere Staaten aufzunehmen, deutlich zurückgegangen. Bei den potenziellen Kandidaten verfestigt sich der Eindruck, die EU habe das Interesse an neuen Mitgliedern verloren. Erweiterung und Vertiefung der europäischen Integration können nur miteinander einhergehen – auch wenn sie in einem Spannungsverhältnis stehen. Eine Abkehr von dem Ziel, föderale Elemente der europäischen Zusammenarbeit zu stärken und zugleich weitere Staaten in die EU einzubinden, würde dazu führen, dass die EU die an sie geknüpften Erwartungen nicht mehr erfüllen kann. Die EU muss dafür ihre Strukturen und Entscheidungsprozesse so weiterentwickeln, dass sie mit einer wachsenden Zahl heterogener Mitgliedstaaten umgehen kann. Wir wollen europaweit Raum für eine offene Debatte über Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union schaffen.

Kroatien: Zwischenhalt oder Endstation? – Podiumsdiskussion in Berlin zur EU-Erweiterung auf dem Westbalkan

Just eine Woche nach der Verleihung des Friedensnobelpreises an die EU, der u. a. mit ihrer friedensstiftenden Rolle auf dem Westbalkan begründet wurde, ging es auf einer prominent besetzten Podiumsdiskussion um die regionalen Auswirkungen des Beitritts Kroatiens. Zunächst sprach sich Kroatiens Ex-Präsident Stjepan Mesić vehement gegen einen «neuen Eisernen Vorhang quer durch den Balkan» aus, zu dem die zukünftige, über 1000 km lange kroatische EU-Außengrenze zu Serbien, Bosnien-Herzegowina und Montenegro zu werden drohe, wenn man nicht auch die EU-Integration der direkten Nachbarn Kroatiens energisch vorantreibe.

Gegen Kroatiens Beitritt und auch gegen den anvisierten Beitrittstermin Mitte 2013 hatte Bundestagspräsident Lammert, der zuvor durch Skepsis gegenüber neuen EU-Beitritten Schlagzeilen gemacht hatte, wider Erwarten keine Einwände, soweit das Land wie bisher konsequent an der Erfüllung der Beitrittskriterien arbeite. Dem aber müsse eine Konsolidierungsphase folgen, bevor man voreilig neue Kandidaten aufnehme. Aus den Erfahrungen mit Bulgarien und Rumänien müssten Lehren gezogen werden, um – gerade angesichts der europaweiten Finanzkrise – nicht wieder eine Diskrepanz zwischen politischer und ökonomischer Integration zu riskieren.

Der bosnische Publizist und Ex-Diplomat Zlatko Dizdarević warnte indessen vor negativen Signalen an die Anrainerstaaten Kroatiens, die sich ohne handfeste europäische Perspektiven an geostrategischen Alternativpartnern wie Russland, China oder der Türkei ausrichten würden. Auch kritisierte er die widersprüchliche Haltung der EU zu Bosnien-Herzegowina, das man nach dem Dayton-Kompromiss mit seinen internen Konflikten alleingelassen habe.

Freispruch für kroatische Generäle – Interviewserie zu den Urteilen des Internationalen Strafgerichtshofs

Dass Serbien noch weit von Europa entfernt ist, zeigten die Reaktionen auf die Freisprüche für zwei kroatische Generäle vor dem UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag vom 16. November 2012. Das Berufungsgericht sah es als nicht erwiesen an, dass die Vertreibung von rund 200 000 Serben am Ende des kroatischen Bürgerkrieges (1991–1995) durch die beiden Angeklagten geplant war. Eine Verschwörung zur Vertreibung von Serben aus der Krajina 1995 sei nicht nachgewiesen worden. Die kroatische Seite sieht sich dadurch in ihrer Ansicht bestärkt, dass es ein Befreiungskrieg war, dessen Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung unvermeidlich und gerechtfertigt gewesen seien. Aber auch die serbische Seite sieht sich bestätigt. Der serbische Staatspräsident, der den Genozid in Srebrenica leugnet und von einem Großserbien

träumt, erklärt die kroatischen Generäle weiterhin für schuldig. Serbien stilisiert die eigenen Angeklagten in Den Haag zu Helden und lehnt jede Verantwortung für Kriegsverbrechen ab.

Unser Büro in Belgrad hat prominente Persönlichkeiten wie die serbische Menschenrechtsaktivistin Sonia Biserko zu den Den Haager Urteilen befragt und die Interview-Serie auf seiner Website veröffentlicht. Zusammen mit Partnerinnen und Partnern der serbischen Zivilgesellschaft will das Büro Belgrad mehr Übernahme von Verantwortung erreichen.

Die Zukunft der Demokratie in Europa

Die Zukunft der Demokratie in Europa hängt nicht nur von mehr Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger auf den verschiedenen Ebenen der EU ab, sie ist auch eng an die Entwicklung einer lebendigen Demokratie in den europäischen Nationalstaaten geknüpft. Antidemokratische Entwicklungen in einzelnen EU-Mitgliedsländern schaden der Glaubwürdigkeit der Europäischen Union als Ganzes. Wir unterstützen zivilgesellschaftliche Gruppen innerhalb der EU wie auch in den Nachbarländern, die sich für Demokratie und gesellschaftliche Teilhabe einsetzen.

Braune Ökologen. Eine Publikation macht Furore

Seit einigen Jahren siedeln sich in Mecklenburg-Vorpommern vermehrt Menschen mit völkisch-autoritärer Weltanschauung an. Sie leben in sogenannten «Selbstversorgungsnetzwerken» und engagieren sich im Biolandbau, bei Anti-AKW-Protesten und gegen genmanipuliertes Saatgut. Sie beklagen den Raubbau an der Natur und setzen sich für Tierschutz ein. Rechtsextreme nutzen das grüne Thema Ökologie für ihr krudes Weltbild und stellen die Zivilgesellschaft in Mecklenburg-Vorpommern vor große Herausforderungen. Einigen Phänomenen ging die Textsammlung «Braune Ökologen. Hintergründe und Strukturen am Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns» nach. Anfang 2012 erschien der Band in einer Auflage von 2000 Exemplaren, die Auflage war nach wenigen Monaten vergriffen. Eine tolle Resonanz: Diskussionen wurden in Mecklenburg-Vorpommern angestoßen; auch aus anderen Bundesländern kam Interesse, diese Themen aufzugreifen; die Medienberichterstattung hält bis heute an. Getitelt wurde etwa: «Neonazis auf der grünen Welle», «Braune Bio-Kameradschaft», «Die grünen Braunen» oder «Biomilch vom braunen Hof». Der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) nahm diese und andere Berichterstattungen zum Anlass, über den Ausschluss von Produzenten mit rechtsextremer Gesinnung nachzudenken. Die Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern bleibt am Thema dran, für die nächsten Jahre sind ein Kongress zur Vernetzung der Zivilgesellschaft und eine Wiederauflage der Publikation geplant.

Die beschädigte Demokratie in Ungarn

Die rechtspopulistische Regierung von Ministerpräsident Viktor Orbán hat ihre Zweidrittelmehrheit im Parlament für eine autoritäre Wende genutzt. Die Gewaltenteilung wurde eingeschränkt, Fernsehen und Rundfunk staatlicher Kontrolle unterstellt. In der seit 2012 geltenden neuen Verfassung werden der Schutz der Grundrechte ausgehöhlt, das Verfassungsgericht geschwächt und das Prinzip der religiös-weltanschaulichen Neutralität gebrochen. Wir haben daher unsere Aktivitäten in Ungarn verstärkt. Zusammen mit unseren ungarischen Projektpartnern loten wir die Bedingungen für eine demokratische Erneuerung in Ungarn aus, analysieren die Herausforderungen für die demokratische Opposition und die Gefahren vonseiten der rechtsextremen Partei Jobbik. Durch Veranstaltungen in Budapest, Berlin und anderen europäischen Hauptstädten möchten wir über die besorgniserregenden Entwicklungen in Ungarn informieren.

Interviews auf Serbisch und Englisch

→ rs.boell.org/web/40-582.html



Rechtspopulismus in Europa

Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung in Zusammenarbeit mit Green European Foundation, Grüne Bildungswerkstatt und Bureau de Helling im planetVerlag
Wien 2012, 222 Seiten, 18 Euro



Braune Ökologen. Hintergründe und Strukturen am Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns

Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung und der Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern u. a., Berlin 2012, 112 Seiten

Das englischsprachige Internetdossier «Focus on Hungary» beschreibt aktuelle Entwicklungen und stellt Hintergrundanalysen bereit.

→ www.boell.de/focus-on-hungary

«Einmischung ist erwünscht» in Georgien

Seit der Rosenrevolution 2003 hat sich in Georgien einiges getan. Mit den Parlamentswahlen im Oktober 2012 kam es erstmals zu einem demokratischen Machtwechsel – keine Selbstverständlichkeit im postsowjetischen Raum. Unser Büro in Tbilissi trägt seit Jahren mit einer populären Reihe öffentlicher Debatten zur Demokratisierung der politischen Kultur des Landes bei. Die Reihe hat sich zum Aushängeschild unserer Arbeit in Georgien entwickelt: Der Generaldirektor der georgischen Nationalbibliothek, Giorgi Kekelidse, lobte sie als den «relevantesten Raum für Diskussionen über die Demokratie und Zivilgesellschaft in Georgien». Allein 2012 fanden 28 Veranstaltungen statt – nicht nur in der Hauptstadt, auch in kleineren Städten wie Batumi, Gurdschaani oder Poti. Im Jahr 2012 «exportierten» wir dieses Erfolgskonzept mit fünf Veranstaltungen in Jerewan erstmalig auch nach Armenien. Ende des Jahres ist unter dem Titel «Einmischung ist erwünscht» ein Sammelband zu den Diskussionen erschienen. Im Jahr 2013 soll die Reihe noch stärker in den Regionen etabliert werden, u. a. mit Veranstaltungen in Batumi, der Hauptstadt Adschariens am Schwarzen Meer, und in Kutaissi, der zweitgrößten Stadt Georgiens und Sitz des Parlaments.

Autoritäre Regression und neue Protestformen in Russland

Durch die Wahl 2012 kehrte Putin ins Präsidentenamt zurück. Die monatelangen Massenproteste haben die Machtbasis Putins jedoch deutlich geschwächt: Ein knappes Drittel der Gesellschaft hat den «Vertrag» mit Putin (politische Enthaltensamkeit gegen Stabilität und Prosperität) aufgekündigt. Damit ist politische Dynamik nach Russland zurückgekehrt. Putin reagiert mit autoritärer Regression, aber es bleibt völlig offen, wie weit sie reicht und ob er damit dauerhaft «Erfolg» haben kann.

Das 7. Grüne Russlandforum der Heinrich-Böll-Stiftung im Februar in Berlin fiel in die Zeit der großen Protestwelle in Russland, entsprechend lebhaft war das Interesse. Die russischen Gäste berichteten optimistisch von einem politischen und moralischen Aufbruch nach Jahren der Apathie, warnten aber vor überzogenen Erwartungen an schnelle politische Veränderungen. Noch fehlten Mittel und Wege, gesellschaftlichen Protest in wirksame politische Opposition zu überführen. Deutschland und Westeuropa, die von den Wirtschaftsverflechtungen mit Russland erheblich profitieren, müssten ihrerseits entschiedener auf die Einhaltung bestehender internationaler Abkommen achten bzw. neue Kontrollme-

Weiß war die Farbe der Protestbewegung in Moskau, die nach den manipulierten Dumawahlen im Dezember 2011 spontan entstand.

Foto: picture alliance/AP Images



chanismen erarbeiten, etwa um Korruption und fehlender Rechtsstaatlichkeit in Russland entgegenzuwirken.

Das Grüne Russlandforum ist ein jährliches Treffen russischer Partnerinnen und Partner der Stiftung mit Abgeordneten aus dem Europaparlament und dem Bundestag sowie Vertreterinnen und Vertretern aus deutschen Thinktanks und NGOs, die zu Russland arbeiten.

Ähnlich waren die Einschätzungen bei den Chodorkowski-Debatten im März in Berlin. Die Moskauer Politologin Tatjana Worozhejkina bezweifelte, dass Putin die Kontrolle über die Gesellschaft wiederherstellen könne. Allerdings fehle es der Opposition an einem glaubwürdigen Gegenentwurf. Wenn es ihr nicht gelinge, auch in sozialen Fragen kompetent zu werden, blieben die Chancen einer Ablösung Putins gering. Kirill Rogov vom Gajdar-Institut für Wirtschaftspolitik sah zwar das bestehende System von Zentralisierung und Kontrolle in der Krise, allerdings sei den meisten der Preis für eine Ablösung des Gegenwärtigen noch zu hoch, zumal etwas Neues noch nicht sichtbar sei. Ella Panejach von der Europäischen Universität in St. Petersburg sah in den Defiziten der Justiz eines der Haupthindernisse für die Modernisierung des Landes. Dabei sei nicht der Druck von oben das Hauptproblem, sondern die chronische Überlastung der Gerichte. Die Sprecherin für Osteuropapolitik der Grünen, Marieluise Beck, verwies als Beispiel auf die Chodorkowski-Prozesse. Die Bürger könnten vom Staat keine Gerechtigkeit erwarten – nicht immer aus Willkür, sondern oft aus Inkompetenz, Überforderung und mangelnder Erfahrung mit Gewaltenteilung.

Die Chodorkowski-Debatten werden seit 2007 etwa halbjährlich in Moskau mit Vertreterinnen und Vertretern der demokratischen und liberalen Opposition, von Thinktanks und der Zivilgesellschaft geführt. Wir haben die Debatten in Kooperation mit dem Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-russische zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit, Dr. Andreas Schockenhoff, nach Berlin geholt, um gemeinsam mit den russischen Kolleginnen und Kollegen über Wege zur Demokratisierung, Liberalisierung und Modernisierung Russlands zu diskutieren.

Russland: Auswirkungen des neuen NGO-Gesetzes

Ende November 2012 trat in Russland das sogenannte «NGO-Agentengesetz» in Kraft. NGOs, die Geld aus dem Ausland bekommen und sich, so das Gesetz wörtlich, «politisch betätigen», werden verpflichtet, sich als «ausländische Agenten» registrieren zu lassen. Angeblich soll damit «undurchsichtige» Finanzierung russischer NGOs aus dem Ausland transparent gemacht werden. Doch bereits zuvor mussten Nichtregierungsorganisationen jede Zuwendung aus dem Ausland dem Justizministerium melden, das zudem umfangreiche Kontrollbefugnisse hat und diese auch nutzt. Dies regelt das 2006 beschlossene NGO-Gesetz, das bereits damals wegen seines repressiven Charakters auch international viel Kritik auf sich zog. Wer sich als «Agent» registrieren lässt, muss sich danach bei jeder öffentlichen Äußerung als «die Funktion eines ausländischen Agenten erfüllend» bezeichnen. Das Gesetz ist Teil des seit Putins erneutem Amtsantritt Anfang Mai 2012 laufenden Generalangriffs gegen alles und jeden, der Verbindung zur erstarkten (außerparlamentarischen) Opposition hat (oder von dem der Kreml denkt, er habe sie).

Sich selbst «Agent» zu nennen, ist für viele Nichtregierungsorganisationen jenseits von allem, was selbst bei der größten Verbiegung zum Selbsterhalt ethisch und moralisch noch möglich wäre. Unsere langjährige Partnerorganisation Memorial zum Beispiel kämpft seit 25 Jahren für die Rehabilitation all jener, die zu Sowjetzeiten unter der erfundenen Anschuldigung, «ausländische Agenten» zu sein, verhaftet, in den Gulag geschickt und erschossen wurden. Auch deshalb haben eine ganze Reihe NGOs, darunter Memorial, schon im Herbst 2012 erklärt, sich dem Gesetz unter keinen Umständen beugen zu wollen.



Mit einer kilometerlangen Menschenkette haben Regierungsgegner in Moskau vor der Präsidentenwahl protestiert. Foto: picture alliance/AP Images

Jens Siegert, Leiter des Moskauer Büros der Heinrich-Böll-Stiftung, schaut hinter die alltäglichen Meldungen aus Russland und kommentiert sie.
→ www.russland.boellblog.org



Kurapaty (1988): Demonstration an dem Ort, wo der sowjetische Sicherheitsdienst 1937 – 1941 Tausende Menschen erschossen hat Foto: vytoki.net

Für den Tag X. Dokumentation und künftige Aufarbeitung der Willkürherrschaft Lukaschenkos

Die Ära Lukaschenko wird irgendwann zu Ende gehen. Um günstige Voraussetzungen für eine künftige Demokratie zu schaffen, unterstützt unser Büro in Kiew das Web-Archiv www.vytoki.net. Das Archiv erfasst und systematisiert die Ereignisse der nunmehr 17 Jahre währenden Willkürherrschaft Lukaschenkos. Es wird kontinuierlich erweitert und enthält bereits mehrere Tausend Dokumente in digitalisierter Form aus den Privatarchiven von Oppositionellen und zivilgesellschaftlichen Aktivistinnen und Aktivisten. Eng mit diesem Projekt verbunden ist das Lustationskonzept für den «Tag X» mit Strategien für den Umgang mit der (dann) autoritären Vergangenheit. Eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe aus Belarus reiste nach Warschau und Berlin, um sich die dortigen Erfahrungen im Umgang mit einer Diktatur anzusehen.

→ www.vytoki.net

Sommerschule für Demokratie in Belarus

In Abhängigkeit von Russland und doch auf erratische Weise eigensinnig agiert der weißrussische Diktator Lukaschenko. Sein Modell einer «technisch modernisierten Sowjetrepublik mit patriarchalem Führer» steht jedoch unter hohem Druck – sowohl von innen als auch von außen. Trotz repressiver Gesetze und teilweise brutaler politischer Verfolgung lassen sich die vor allem von Polen und Litauen ausgehenden Einflüsse nicht abschirmen, so dass das Interesse an der EU im Land stärker wird. Wir wollen mit unserer Arbeit in Belarus die Demokratiebewegung im Land stärken. Dies ist allerdings eine schwierige Gratwanderung zwischen Vorsicht zum Schutz von Partnern und Klarheit in der öffentlichen Kommunikation. Wie funktioniert Engagement in einem Land, wo Aktivistinnen immer wieder eingeschüchtert und verfolgt werden? Zwölf junge Leute aus Belarus, selbst aktiv in verschiedenen Organisationen und Initiativen, haben auf Einladung der Stiftung im Sommer 2012 ihre Projekte in Berlin vorgestellt und über die gesellschaftspolitische Lage in Belarus debattiert. Das Besuchsprogramm beinhaltete auch Workshops, Vorträge und Gespräche mit politischen Entscheidungsträgern. Wir wollten damit den jungen Aktivistinnen und Aktivisten einen Einblick in die Funktionsweisen einer demokratisch verfassten Gesellschaft bieten. Die «Sommerschule» fand bereits zum vierten Mal statt.

Europäische Nachbarschafts- und Migrationspolitik

Seit einigen Jahren besteht in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union die Tendenz, die Nachbarn der EU nur als Problem wahrzunehmen. Die Beziehungen zu diesen Nachbarn, so eine weit verbreitete Ansicht, sollten sich auf Handel und die Begrenzung der Migration beschränken. Die jüngsten Entwicklungen in Nordafrika haben gezeigt: Die EU muss eine neue Nachbarschaftspolitik entwickeln. Dies gilt zuallererst für den Mittelmeerraum, aber auch für die Länder im Osten, die man bislang bewusst in einem Schwebestadium zwischen Nachbarschaft und EU-Beitritt hat hängen lassen. Mit unseren Konferenzen und Studien wollen wir zu einer verantwortungsvollen Nachbarschafts- und Migrationspolitik beitragen.

Zwischen(t)räume – transkontinentale Migration nach den Umbrüchen in Nordafrika. Eine Konferenz in Berlin

Sommer für Sommer brechen Menschen aus den Staaten südlich der Sahara und aus Nordafrika nach Europa auf. Die südlichen Mittelmeeranrainer sind seit jeher Transit-Stationen und selbst Aufnahmeländer. Die Reaktionen europäischer Staaten auf die vermeintlichen «Flutwellen» nach den Umbrüchen in Nordafrika folgten ganz dem Schema bisheriger Migrationspolitik: Abwehr und Abschiebung. Europa hatte es eine Zeit lang mithilfe einer wirkungsvollen Mischung aus eigenen repressiven Mitteln und funktionierender Kooperation mit den autoritären Regimen Nordafrikas geschafft, seine südlichen Grenzen immer unüberwindbarer zu machen.

Mit den Umbrüchen in Nordafrika könnte es zu einer Neuausrichtung der Mittelmeerpolitik kommen. Noch ist nicht klar, wie sich die neuen nordafrikanischen Eliten positionieren werden. Aber wo Regierende noch zögern und sich absichern, geben Kulturschaffende oft Anstöße für die gesellschaftlichen Diskussionen. Sie setzen die Erfahrungen von Flüchtlingen und Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten künstlerisch um – die Blickrichtung verändert sich. Für unsere Veranstaltung «Zwischen(t)räume» im Mai 2012 haben wir Künstlerinnen und Künstler, Aktivistinnen und Aktivisten sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Nord- und Subsahara-Afrika eingeladen, um mit literarischen, filmischen und fotografischen Beobachtungen zum Thema Migration die Perspektive zu wechseln.

Im ersten Teil der Konferenz ging es um Nordafrikas Verhältnis zu Europa und um die bisherigen Kooperationen zur Migrationskontrolle; im zweiten fragten wir uns, ob es Bewegung in den Beziehungen gibt, und blickten dabei ganz besonders nach Brüssel. Die Europapolitikerin Ska Keller stellte einige Ergebnisse der Studie «Grenzwertig: Eine Analyse der neuen Grenzüberwachungsinitiativen der Europäischen Union» vor. Die von der Stiftung in Auftrag gegebene Studie analysiert die angekündigten Kontroll- und Überwachungsmechanismen, die die EU in Reaktion auf den «Arabischen Frühling» angekündigt hat. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass sie keinen erkennbaren Nutzen für die EU bedeuten, dafür aber Milliarden Euro kosten. Mit wohlklingenden Begriffen wie «intelligente Grenzen» solle darüber hinweggetäuscht werden, dass die geplanten Grenzüberwachungssysteme massive Eingriffe in die Grundrechte von Nicht-EU-Bürgern und große Aufträge für europäische Rüstungskonzerne bedeuteten.



Fabien Didier Yene, kamerunischer Autor und Sprecher verschiedener Organisationen für die Rechte der v. a. subsaharischen (Transit-)Migrantinnen und Migranten in Marokko Foto: hbs

Borderline. The EU's New Border Surveillance Initiatives Assessing the Costs and Fundamental Rights Implications of EUROSUR and the «Smart Borders» Proposals. A study by Ben Hayes and Mathias Vermeulen. Ed. of the Heinrich Böll Foundation 2012, 82 pages



Foto: ddp images/dapd

Die Welt verändern: ökologisch, nachhaltig und gerecht

Fortschreitender Klimawandel, zunehmende Armut, schrumpfende Ressourcen, der Verlust der biologischen Vielfalt – Probleme, die miteinander verknüpft sind und uns noch über Jahre beschäftigen werden. Doch die internationale Staatengemeinschaft tut wenig, um diese Entwicklungen aufzuhalten. Viel zu sehr stehen nationale Interessen im Vordergrund. Für einen Politikwechsel braucht es politischen Druck von unten. Wir beteiligen uns aktiv am Aufbau einer Zivilgesellschaft, die, wo immer möglich, die notwendigen politischen Rahmenbedingungen für einen ökologischen und sozialen Wandel einfordert. Wir engagieren uns für einen Ausstieg aus der mit fossilen Energieträgern betriebenen Weltwirtschaft, für eine ressourcenschonende Entwicklung und für eine globale Agrarwende. Und wir fördern alternative Denkansätze und Experimente. Ideen gibt es viele – wir wollen kreative Köpfe unterstützen und neue Allianzen schmieden.

Deutschland als Blaupause für die Energiewende

«Energiewende» hat es neben «Kindergarten» und «Autobahn» in den englischen Wortschatz geschafft. Kein Land wird so stark mit dem Boom der erneuerbaren Energien und dem Ausstieg aus Kohle- und Atomkraft verbunden wie Deutschland. Wenn eine Wirtschaftsmacht wie Deutschland es schafft, seine Industrie ohne Atomkraft auf Basis erneuerbarer Energien zu betreiben, wäre das eine Blaupause für andere Länder. Wir wollen die deutschen Erfahrungen ins Ausland tragen und für den Umstieg auf erneuerbare Energien werben.

Midwest Clean Energy Tour und Rural Clean Energy Tour in den USA

In Deutschland gibt es sie schon lange: Energiegenossenschaften. Bürgerinnen und Bürger, Gemeinderäte oder lokale Wirtschaftsunternehmen tun sich zusammen, um gemeinsam Projekte für erneuerbare Energien in und für ihre Region zu realisieren. Mit den Energiegenossenschaften ist nicht nur die Akzeptanz der Erneuerbaren gestiegen, sie sind auch als Kapitalanlage attraktiv geworden und versprechen – dank der Einspeisevergütung – eine ca. 4- bis 6-prozentige Rendite pro Jahr. Um auch im Mittleren Westen der USA für dieses Modell zu werben, reisten Andreas Wieg vom Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverband und Michael Diestel vom Bayerischen Bauernverband im Auftrag unseres Washingtoner Büros im Juni 2012 nach Minnesota, Wisconsin und Iowa.

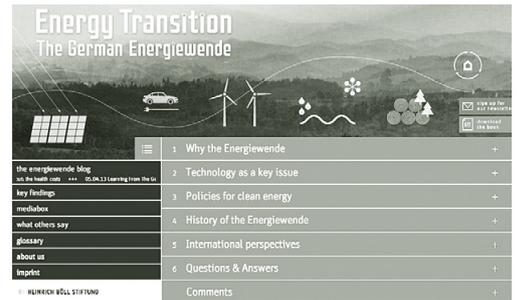
Auf der anderen Seite des Atlantiks konnten sich bei einem Besuch in Deutschland im September zehn führende Energiefachleute aus verschiedenen US-Bundesstaaten über die Energiewende informieren. Sie besuchten u. a. den 100 %-Erneuerbare-Kongress in Kassel und reisten nach Großbardorf in Bayern, um mehr über die Bedeutung der Genossenschaften für die ländliche Entwicklung zu erfahren. Beide Reisen waren Teil des transatlantischen Climate Networks, das gemeinsam von den Büros Washington, Brüssel und Berlin betrieben und von der EU-KOM unterstützt wird.

Austausch über neue Wege in der Energiegewinnung in Palästina und Jordanien

Der Nahe Osten verfügt über ein enormes Potenzial für erneuerbare Energien, doch es liegt weitgehend brach. Arne Jungjohann, unser Energieexperte aus dem Washingtoner Büro, reiste 2012 nach Ramallah und Amman, um die Diskussion über alternative Energien in der Region anzustoßen und von den deutschen Erfahrungen zu berichten. Mit Blick auf die israelische Besatzung und den stark eingeschränkten Zugang der Palästinenser zu ihren Ressourcen, ging es in Ramallah vor allem um die Erneuerbaren als Weg aus der Energieabhängigkeit. In Jordanien, wo die Regierung unter König Abdullah II. seit Jahren den Aufbau eines Nuklearprogramms anstrebt, konzentrierte sich die Diskussion ebenfalls auf den Ausbau erneuerbarer Energiequellen. Sie könnten den Großteil der benötigten Energie liefern und würden ein riskantes Atomprogramm überflüssig machen. Umso mehr, als es in Jordanien doppelt so viele Sonnentage gibt wie in Deutschland.

Energiepolitisches Forum und Workshop für Anti-Atom-Aktivistinnen in der Ukraine

Die Ukraine zahlte im Jahr 2012 den sagenhaften Preis von 430 \$ pro tausend Kubikmeter Erdgas aus Russland und verbrauchte – gemessen am Bruttoinlandsprodukt – dreimal mehr Energie als Deutschland im selben Zeitraum. Bei einem internationalen Forum unseres Kiewer Büros im September 2012 ging es um die energiepolitische Strategie der Ukraine bis 2030. Wenig Beifall fand die Regierungsstrategie, die insbesondere auf Kohle und Atomkraft setzt. Die meisten einheimischen Fachleute empfahlen, auf erneuerbare Energiequellen umzusteigen und auf die eigene Förderung von Schiefergas zu setzen.



www.energytransition.de – Grafiken und PowerPoint-Folien erläutern die wichtigsten Botschaften der Energiewende – vom Atomausstieg über das Erneuerbare-Energien-Gesetz bis hin zur Ökosteur. Alle Texte und Grafiken stehen unter einer Creative-Commons-Lizenz. In den ersten anderthalb Monaten wurde die Seite bereits 24 000 Mal angeklickt, die meisten Klicks kamen aus den USA, gefolgt von China. Die englischsprachige Seite gibt es bald auch auf Französisch, Polnisch, Russisch und Spanisch, ergänzt um ein Blog.



Energiefachleute aus verschiedenen US-Bundesstaaten besuchten die genossenschaftliche Solaranlage in Großbardorf. Foto: hbs



Energie-Forum in Kiew 2012 Foto: hbs

Bei einem Treffen der ukrainischen Anti-Atom-Bewegung am 14. und 15. September, das alljährlich mit Unterstützung unseres Kiewer Büros stattfindet, stellte Tobias Münchmeyer von Greenpeace die deutsche Energiewende vor – für die rund 35 Aktivistinnen und Aktivisten aus verschiedenen Regionen der Ukraine ein durchaus inspirierendes Treffen. Der Neustart der ukrainischen Anti-Atom-Bewegung ist gelungen – heute setzen sich ca. zehn NGOs im ganzen Land kritisch mit diesem Thema auseinander.

Perspektiven der Energiewende in Deutschland und Japan – Konferenz in Tokio

Am 11. März 2011 erschütterte der Super-GAU in Fukushima die Welt. Mit der Katastrophe kam es in Deutschland und auch in Japan selbst zu einem energiepolitischen Umdenken. Mit großem Interesse verfolgen die Japanerinnen und Japaner nun die deutsche Energiewende. Das zeigte auch eine Konferenz in Tokio, die im Juli 2012 in Kooperation mit dem Fujitsu-Research-Institute von der Stiftung organisiert wurde. Wie sehr das Hochtechnologieland Japan mit der atomaren Katastrophe überfordert war, berichtete Naoto Kan. Er war während der Katastrophe der amtierende Premierminister. Inzwischen sieht er den Ausstieg aus der Atomenergie als überlebensnotwendig für sein Land an. Zur Delegation der Stiftung gehörten neben Vorstand Ralf Fücks auch Bärbel Höhn, Sprecherin für Umweltpolitik der grünen Bundestagsfraktion, und Hildegard Müller vom Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft. Sie erklärten die Umstellung auf die Erneuerbaren und wie die Energieeffizienz gesteigert und der Energieverbrauch gesenkt werden können.

Ein Teil der Delegation reiste im Anschluss in die Präfektur Fukushima. In Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern der dortigen Behörden wurde deutlich, wie sehr diese zum Atomausstieg entschlossen sind und gerade ihre Provinz zu einer Art japanischer Modellregion für erneuerbare Energien ausbauen wollen. Ihr Wunsch nach deutscher «Patenschaft» und deutschem Erfahrungswissen unterstreicht, wie sehr Deutschland in dieser Frage zu einem internationalen Referenzprojekt geworden ist. Mit der Expertise der Stiftung und unseren Netzwerken möchten wir auch künftig dazu beitragen, die japanische Energiewende voranzubringen. Wenn Japan einen ähnlichen Weg wie Deutschland einschlägt, wäre das ein Durchbruch, vor allem in Asien.

Seit der Katastrophe in Fukushima ist eine breite Protestbewegung gegen Atomkraft in Japan entstanden. Foto: SandoCap, CC-BY-NC, Flickr



Kritik der grünen Ökonomie

Seit der ersten UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio haben sich alle wichtigen ökologischen Trends verschlechtert. Politik und Wirtschaft lassen sich bis heute bei ihren Entscheidungen kaum durch Klimawandel, Biodiversitätsverlust oder Ressourcenknappheit beeinflussen. Die Idee des ungehinderten Wachstums als Weg aus der Armut sowie der Wirtschafts- und Finanzkrise bleibt weitgehend unangefochten. Als mögliche Alternative wird derzeit das Konzept der grünen Ökonomie international diskutiert. Doch nicht alles, was «grün» und effizient ist, ist auch ökologisch tragfähig und sozial gerecht. Was heißt grüne Ökonomie wirklich, und wie viel Wachstum ist verträglich? Wir möchten eine differenzierte Debatte zu dieser Frage anstoßen.

Weichenstellung für eine gerechtere und grünere Zukunft?

UN-Konferenz Rio+20 und McPlanet.com

Die Zukunft, die wir wollen – unter diesem Motto kamen im Juni 2012 internationale Staats- und Regierungschefs zur UN-Konferenz für Nachhaltige Entwicklung in Rio de Janeiro zusammen. Im Mittelpunkt stand das Thema «grüne Ökonomie». Was grüne Ökonomie ist und mit welchen Maßnahmen sie umgesetzt werden soll, ist undefiniert und politisch hoch umstritten. Die UN-Konferenz «Rio+20» (der erste UN-Nachhaltigkeitsgipfel fand vor 20 Jahren ebenfalls in Rio statt) sollte Aufschluss bringen; auch zur Frage, ob das Umweltprogramm der Vereinten Nationen aufgewertet werden soll. Doch das Abschlussdokument blieb vage und unverbindlich. So geriet der von der Stiftung unterstützte «Gipfel der Völker» zur eigentlich wichtigen Veranstaltung. Er konzentrierte sich auf die Kritik am Modell einer energie- und ressourcenintensiven Wachstumsökonomie und auf die grüne Ökonomie. NGOs und soziale Bewegungen aus Lateinamerika und Europa kritisierten sie als den Versuch des Nordens, ihre immer noch «braune» Ökonomie neu zu legitimieren und sich dadurch den Zugang zu den abnehmenden Ressourcen zu sichern.

Ein Höhepunkt unserer Veranstaltungen in Rio war der Expertenworkshop zur Finanzialisierung der Natur. Es sprachen u. a. Barbara Unmüßig, Larry Lohmann von Cornerhouse sowie Mitglieder der Belém Letter Group, einer von der Stiftung 2009 initiierten Arbeitsgruppe von NGOs und sozialen Bewegungen.

Im Vorfeld der Rio+20-Konferenz hatte in Berlin der 5. McPlanet-Kongress stattgefunden. Unter dem Motto «Too BIG to fail – es gibt keinen Planeten B» ging es um die Bilanz von 20 Jahren internationaler Umweltpolitik und die aktuellen Debatten um die grüne Ökonomie. Die Stiftung hat sich maßgeblich an der Konzeption und Organisation des Gipfels beteiligt. Mit eigenen Beiträgen in Panels und Workshops wie auch durch international renommierte Partner wie z. B. Tim Jackson, Harald Welzer oder Achim Steiner konnten wir wichtige Impulse für die Debatten setzen.

Grüne Sünden – Podiumsdiskussion in Berlin

Über den Streit um die grüne Ökonomie diskutierte im Dezember auch Stiftungsvorstand Barbara Unmüßig mit Gerd Rosenkranz von der Deutschen Umwelthilfe und Bernd Hansjürgens vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung. Ist «grüne Ökonomie» nur Profitstreben im ökologischen Mäntelchen? Viele Kritikerinnen und Kritiker sehen es so und verweisen auf die zahlreichen Beispiele für ihre Schattenseiten: der Abbau Seltener Erden für Elektroautos in China, Großstaudämme in Amazonien oder der ausgeweitete Zuckerrohranbau für Agrartreibstoffe in Brasilien. Weltweit haben solche Projekte fatale Folgen für Umwelt und Bevölkerung, werden jedoch gleichzeitig als gelungene Beispiele einer grünen Ökonomie verkauft.



Böll.Thema 1/2012: Grüne Ökonomie.

Was uns die Natur wert ist

Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2012

→ www.boell.de/thema



Gut besucht auf dem «Gipfel der Völker»

war das Anti-Atom-Zelt der Heinrich-

Böll-Stiftung Foto: Thiago Ripper

Inside a Champion

An Analysis of the Brazilian Development Model

Ed. by the Heinrich Böll Foundation

Rio de Janeiro 2012, 224 pages

Eine vielbeachtete Analyse zum brasilianischen Entwicklungsmodell und seinen Folgen

Kritik der grünen Ökonomie. Impulse für eine sozial und ökologisch gerechte Zukunft

Von Barbara Unmüßig, Wolfgang Sachs und Thomas Fatheuer. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2012, 48 Seiten. Ein Essay über eine Politik des Weniger und einen Wohlstand mit Maß



«Wir dürfen nicht in Allgemeinplätzen reden», so Azeenah Mohammed, Bloggerin und inzwischen auch Mitarbeiterin des Stiftungsbüros in Nigeria, «unsere Leute haben schon viele Entwicklungstheorien gehört, und sie sind immer noch arm. Wir müssen die Zuhörer dazu bringen, dass sie ein Eigeninteresse darin sehen, sich lokal an diesen Entscheidungen zu beteiligen. Wenn wir es schaffen, dass Leute von ihren Lokalpolitikern dezentrale Energielösungen verlangen, hätten wir viel erreicht.» Foto: hbs

Mit der Kritik der grünen Ökonomie befasst sich auch der gleichnamige Essay von Barbara Unmüßig, Wolfgang Sachs und Thomas Fatheuer. Er skizziert eine Politik des Weniger, einen Wohlstand mit Maß, damit die Ressourcen für alle Menschen reichen und ein Leben in Würde ermöglichen.

Green Deal Nigeria – Roadshow durch Nigeria

Grün ist in Nigeria eigentlich nur die Flagge... und die noch übrig gebliebenen Tropenwälder, ganze fünf Prozent von Nigerias einstigem Waldreichtum. Der Öl-Boom seit den 1960er Jahren hat die Landschaft ruiniert und eine korrupte Elite an die Macht befördert. Heute nagen zudem die Auswirkungen des Klimawandels an den Lebensgrundlagen der Menschen: Dürre und Wüste, aber auch Überflutungen und der Anstieg des Meeresspiegels. Die meisten Menschen leben in krasser Armut, vom phänomenalen Wirtschaftswachstum von fast 7 Prozent profitiert allein die Elite.

Weniger als die Hälfte der Menschen in Nigeria ist ans öffentliche Stromnetz angeschlossen, und auch sie erhalten Strom oft nur sporadisch. Erneuerbare Energien auf dezentraler Basis könnten hier eine soziale und wirtschaftliche Revolution auslösen: Solar- oder Biogasanlagen in den Dörfern würden unzähligen Mädchen erlauben, zur Schule zu gehen, weil sie nicht mehr zum Wassertragen und Hirsemahlen zuhause bleiben müssten. Erneuerbare Energien im Dienste landwirtschaftlicher Bewässerung hätten das Potenzial, die Ausbreitung der Wüste einzudämmen und die Jugendarbeitslosigkeit zu verringern – ein wichtiges Anliegen der Regierung, seit der Terrorismus im Norden des Landes Zulauf von perspektivlosen jungen Männern erhält. In vielen Fällen sind die grünen Optionen preiswerter als die konventionellen Methoden, aber das Wissen um grüne Technologien ist in Nigeria nur wenig verbreitet, und private Interessen stehen der Nutzung im Weg. So werden jährlich circa 6000 Megawatt Strom von privaten benzin- und dieselbetriebenen Generatoren erzeugt – mehr als das öffentliche Netz produziert. Die Geschäftsleute hinter diesem Phänomen werden im Volksmund oft als «generator mafia» beschrieben.

Zum Rio+20-Gipfel veröffentlichte unser Büro in Nigeria die Studie «Green Deal Nigeria», die neben einer Analyse der Politiken, Akteure und Strukturen auch Lösungsansätze für die Bereiche Öl und Gas, Landwirtschaft und Energie formulierte. Empfohlen wird z. B. die Beendigung des Abfackelns von Gas bei der Erdölförderung, indem bestehende Gesetze einfach umgesetzt und die Geldstrafen erhöht werden, oder eine staatliche Förderung von erneuerbaren Energien und Anreize für junge Nigerianerinnen und Nigerianer, in nachhaltige Landwirtschaft einzusteigen. Doch der Gouverneur der nigerianischen Zentralbank, ein Reformdenker mit Anti-Korruptions-Ruf, der zur Beratergruppe von Green Deal Nigeria gehörte, bescheinigte der Studie wenig Chancen zur Umsetzung, solange es in Nigeria keine gute Regierungsführung gebe. «Die Transformation kommt nur dann, wenn die Leute auf die Straße gehen und den Wechsel lautstark einfordern.»

Die Öffentlichkeit musste also aufgerüttelt werden. Zusammen mit einigen Bloggern aus der nigerianischen *Occupy*-Bewegung «übersetzte» unser Nigeria-Büro die Inhalte der Studie in eine leicht verständliche Sprache und machte daraus einen illustrierten Vortrag, mit Filmclips aus den verschiedenen Regionen Nigerias, die vom Klimawandel betroffen sind: der alte Mann aus Taraba State an der Grenze zu Kamerun, der von schwindenden Wäldern und steigenden Temperaturen erzählt; der junge Bauer aus Yobe State im nördlichen Sahel, dem Tränen in den Augen stehen vor Wut über die Unmöglichkeit, sein eigenes Geld zu verdienen; die Vorsitzende eines dörflichen Frauenverbandes, die auf die Sanddünen hinter ihrem Haus zeigt, wo sie ihren Vater in einem Sandsturm

verloren hat. Gezeigt wird aber auch, was in Nigeria jetzt schon möglich ist: der Solarunternehmer, der ohne staatliche Hilfe ein Geschäft gründete und hochwertige Trinkwasseranlagen baut; oder die Dorfgemeinschaft, die durch das saubere Wasser Cholera und Magenkrankheiten vermieden hat. Wo keine Filmclips zur Verfügung standen, wurden Cartoons und Illustrationen produziert, die die teilweise hochkomplexen Themen wie die Korruption im Ölsektor bildlich veranschaulichen. Geplant war es, den Vortrag in einer Art Roadshow zuerst den Bürgern nahzubringen, um sich dann – gewappnet mit der Resonanz aus der Bevölkerung – der nationalen Politik zuzuwenden. Aber bereits bei den ersten Vorträgen in der Hauptstadt Abuja zeigten sich Regierungsstellen interessiert. Die Nationale Planungskommission z. B. lud die jungen Blogger ein, an der zweiten Phase der offiziellen Entwicklungspolitik, Vision 2020, mitzuarbeiten. Das Parlament lud sie ebenfalls ein. Dies könnte ein erster großer Schritt zur Umsetzung von nachhaltigen Wachstumsstrategien in Nigeria werden.

Überflutete Autobahn zwischen Lokoja und Abuja

Foto: hbs



Webdossier zu Doha mit Texten über die Grundlagen der Klimapolitik, zur Klimafinanzierung, zu den Aktivitäten der Stiftung in Doha, Analysen über das Gastland Katar und den Golf sowie zu anderen Themen im Bereich Ressourcen bzw. Rohstoffpolitik in der Region. Auf Deutsch, Englisch und Arabisch.
→ www.boell.de/seasons-of-change



«Der Schutz des Individuums kann nicht von dem Schutz der Umwelt getrennt werden. Obwohl es richtig ist, dass nur Staaten bindende und wirksame Gesetze zur Reduktion von CO₂-Emissionen ratifizieren können, bleibt das bedeutungslos, wenn es ohne Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger geschieht. [...] Ein Beispiel dafür sind die wichtigen Bemühungen des Arab Youth Climate Movement (AYCM), die sich hervorragend auf die Klimaverhandlungen vorbereitet haben und aktiv Einfluss auf die teilnehmenden Entscheidungsträger ausüben.»
Muna Dajani, palästinensische Umweltaktivistin und Teilnehmerin der Stiftungsdelegation **Foto: hbs**

Über die Website und Datenbank lassen sich die Eckpunkte der mit deutschem Geld realisierten Projekte leicht und übersichtlich abrufen. Wir wollen damit den deutschen Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung transparenter machen und kritisch bewerten.
→ www.deutschemklimafinanzierung.de

Klima der Gerechtigkeit

Ohne ein weltweites Abkommen über den Klimaschutz wird sich der globale Temperaturanstieg nicht aufhalten lassen. Viele Menschen in den Ländern des Südens leiden bereits heute an seinen Folgen. Sie brauchen nicht nur finanzielle Hilfe bei der Anpassung an den Klimawandel, sie haben auch ein Recht auf eigene Entwicklung. Adaptionsmaßnahmen müssen fair und sozial sein und auch die Geschlechterperspektive berücksichtigen. Denn Frauen und Männer sind oft unterschiedlich von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen. Wir begleiten mit kritischer Einmischung die globalen Klimaverhandlungen und ermöglichen Projektpartnern, daran teilzunehmen.

COP 18 – Klimakonferenz in Doha

Dass ausgerechnet der OPEC-Staat Katar Gastgeber der Klimaverhandlungen vom 26. November bis zum 7. Dezember 2012 war, sorgte im Vorfeld für Kritik und Spott. Für die Stiftung war es Anlass, Partnerinnen und Partner aus der arabischen Zivilgesellschaft nach Katar zu bringen und die regionale Debatte zu beleben. Denn schließlich ist der Nahe Osten eine der vom Klimawandel am stärksten betroffenen Regionen. Erstmals war überhaupt eine nennenswerte Delegation jüngerer arabischer Aktivistinnen und Aktivisten vor Ort, die mit kreativen Aktionen und viel Sachkenntnis ihre eigenen Regierungen zu mehr Engagement und Transparenz aufforderten. Unterstützt haben wir unter anderem das Arab Youth Climate Movement, das zu den Initiatoren der ersten Demonstration in der Geschichte Katars gehörte.

Deutsche Klimafinanzierung auf einen Blick – Website und Datenbank

Der Begriff «internationale Klimafinanzierung» meint die Unterstützung für Maßnahmen zur Emissionsminderung bzw. klimafreundlichen Entwicklung, zum Schutz tropischer Wälder (wegen ihrer wichtigen Rolle als natürliche Kohlenstoffspeicher) oder zur Anpassung an die klimatischen Veränderungen infolge des Klimawandels in den Entwicklungsländern.

Angeichts der Gefahren durch den Klimawandel und der Dringlichkeit des Handelns kommt der internationalen Klimafinanzierung eine fundamentale Bedeutung zu. Deutschland hat sich völkerrechtlich zu dieser Unterstützung verpflichtet und in den letzten Jahren die Versprechen teilweise quantifiziert. Über verschiedene Instrumente der bilateralen, aber auch der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit stellte die deutsche Bundesregierung im Jahr 2011 ca. 1,3 Mrd. Euro bereit, die sie als internationale Klimafinanzierung klassifiziert.

Mit der Website www.deutschemklimafinanzierung.de wollen wir die internationale Klimafinanzierung der deutschen Bundesregierung in ihren verschiedenen Facetten transparenter machen und sie kritisch beleuchten. Wir geben einen Überblick über zugesagte und geleistete Summen und die verwendeten Instrumente und Kanäle.

Deutschland steht zwar im Vergleich zu vielen anderen Industrieländern hinsichtlich der absoluten Höhe der Klimafinanzierung, der Transparenz und der Nutzung innovativer Instrumente gut da, doch zeigen sich bei der Analyse auf Basis zentraler Kriterien einige Schwachstellen. So gibt es bisher keine kohärente Strategie der Bundesregierung und nur unzureichende Transparenz hinsichtlich der Verwendung der Mittel; außerdem ist Deutschland nach wie vor weit von seinem fairen Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung entfernt, den Deutschland überdies nicht zusätzlich zu seinen bisherigen Verpflichtungen leistet, sondern auf das 0,7 %-Ziel der Entwicklungszusammenarbeit anrechnet.

Die Website ist eine Kooperation der Heinrich-Böll-Stiftung mit Oxfam, Brot für die Welt und Germanwatch.



Anpassung an den Klimawandel – Studie in Thailand

In Thailand leiden vor allem jene unter den Auswirkungen des Klimawandels, die von den Erträgen der Landwirtschaft abhängig sind. Eine Studie, die unser Thailand-Büro in Zusammenarbeit mit der thailändischen NGO Forest and Farmer Foundation (FFF) in Pitsanulok durchführte, belegt die Zusammenhänge von Klimawandel und Ertragseinbrüchen. Interviews mit Ortsansässigen, die seit Generationen in der Region leben, bestätigen die Veränderungen: Das Hochwasser kommt unregelmäßig und unerwartet. Auch die Fluthöhe stieg in den letzten Jahren rapide an. Die Folgen sind zunehmende Verluste von Saatgut und Ernten.

Bevölkerung und Politik müssen Strategien entwickeln, um sich an diese Veränderungen anpassen zu können – und zwar Langzeitstrategien. Die lokalen Regierungen bieten bisher nur kurzfristige Maßnahmen, Kompensationen für Ernteausfälle zum Beispiel. Für die nachfolgenden Generationen werden sie kaum von Nutzen sein. Doch Vorschläge für langfristige Maßnahmen gibt es bereits: z. B. Frühwarnsysteme und Mikrokredite. Unser Büro in Bangkok setzt sich mit dem FFF dafür ein, dass die Regierung solche Vorschläge aufnimmt und die Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung von Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel beteiligt.

Klimawandel im Nahen Osten und Nordafrika – Sommerschule in Jordanien

Frauen und Männer sind unterschiedlich von den Folgen des Klimawandels betroffen, also müssen auch Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel den Geschlechteraspekt berücksichtigen. Genderfragen bei Adaptionsprojekten und in der Klimapolitik standen im Mittelpunkt der zweiten «Summer School» in Amman, veranstaltet von unseren Büros in Palästina, Beirut und Tunis. Regionale und internationale Fachleute gestalteten die Vorträge und Workshops, darunter Gender- und Adaptionsexpertin Irene Dankelman, die Dozentin und Frauenrechtsaktivistin Nisreen Mazzawi, Rania El Masri von UNDP Kairo sowie Wael Hmaidan vom Climate Action Network (CAN). Alle Panels sorgten für engagierte Diskussionen, denn in der Umbruchzeit nach den arabischen Revolutionen stehen auch Umwelt- und Ressourcenfragen gerade bei jungen Menschen hoch im Kurs. Groß war auch das Interesse, über soziale Netzwerke und deren Bedeutung als Kommunikations- und Kampagnenmittel zu erfahren. Ramsey George und Reem Masri von der jordanischen Plattform für Grassroots-Journalismus «7iber.com» stellten sie vor. Die Sommerschule brachte junge Menschen im Alter von 21 bis 34 Jahren aus Marokko, Tunesien, Ägypten, Libanon, Irak, Palästina, Jordanien und den Vereinigten Arabischen Emiraten zusammen. Sie kamen mit

Das immer wiederkehrende Hochwasser in Thailand bereitet den Menschen nicht nur im Alltag große Probleme. Foto: picture alliance/Asian News Network



Gut vernetzt und hochmotiviert: Junge Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger aus dem arabischen Raum zum Abschluss der Sommerschule Foto: hbs

unterschiedlichsten Berufserfahrungen – von Journalismus über Grassrootsaktivismus, grüner Lokalpolitik und Privatwirtschaft. Am Ende stand ein Netzwerk künftiger Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger, das die Zukunft der Region mitgestalten wird.

Neue Rohstoffstrategien und eine nachhaltige Landwirtschaft

Mit dem Aufstieg neuer Wirtschaftsmächte wie China, Indien und Brasilien wächst die Konkurrenz um die natürlichen Rohstoffe. Aus Angst vor möglichen Versorgungslücken formulieren viele Länder, auch Deutschland, neue Rohstoffstrategien, die den Zugang zu und die Versorgung mit natürlichen Ressourcen sichern sollen. Zusammen mit unseren Partnerinnen und Partnern setzen wir uns für ein nachhaltiges und faires Rohstoffmanagement ein, in Deutschland wie auch weltweit. Wichtig ist uns auch ein Umdenken in der Landwirtschaft. Eine nachhaltige Landwirtschaft ist der zentrale Schlüssel, um alle Menschen in einer Welt mit begrenzten Ressourcen zu ernähren: Sie verbindet Klimaschutz, die Bekämpfung von Hunger und Armut sowie effiziente Ressourcennutzung und den Schutz der Biodiversität.

Die andere Seite kennenlernen – chinesisch-afrikanischer Dialog

China hat sich in den letzten Jahren zum größten Handelspartner des afrikanischen Kontinents entwickelt. Doch die neue Wirtschaftsmacht polarisiert: Während die einen China als imperialistische Macht sehen, die lediglich am Abbau der natürlichen Ressourcen interessiert ist und durch massenhaften Absatz billiger Fertigprodukte die industrielle Entwicklung Afrikas behindert, verstehen andere das Land – und China sich gerne selbst – als wohlwollenden Entwicklungspartner. Beide Sichtweisen werden der Vielschichtigkeit der sino-afrikanischen Beziehungen kaum gerecht.

Unsere Stiftungsbüros in Afrika und China haben einen Austausch unter chinesischen und afrikanischen Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik angestoßen, der das gegenseitige Verständnis fördern soll. Im November 2012 fand der bereits dritte China-Afrika-Dialog in Johannesburg statt. In welchem Maße der afrikanische Kontinent von Chinas enormer Präsenz profitieren wird – und darin waren sich die meisten Teilnehmenden einig –, hängt vor allem davon ab, inwieweit afrikanische Regierungen verantwortungsvoll im eigenen Land regieren und Weitsichtigkeit gegenüber China als einem strategisch wichtigen Partner zeigen. Die Gespräche verliefen sehr offen, und beide Seiten zeigten eine zunehmende Bereitschaft, die eigene Rolle kritisch zu reflektieren – für uns als Veranstalter eine ausgesprochen erfreuliche Entwicklung.

Mehr Transparenz in der Ressourcenpolitik – Empfehlungen für Afghanistan

Rohstoffe im Wert von rund 3 Billionen US-Dollar liegen in den Böden Afghanistans. Vorkommen von Mineralien, Seltenen Erden und Öl könnten das Land aus der wirtschaftlichen Krise führen, so die Hoffnung der afghanischen Regierung, der Zivilgesellschaft und der internationalen Gemeinschaft. Ob die Förderung von Rohstoffen tatsächlich zur wirtschaftlichen Entwicklung beiträgt – z. B. durch Ausbau der Infrastruktur oder neue Arbeitsplätze – hängt auch davon ab, wie transparent Vertragsentscheidungen diskutiert und kommuniziert werden. Afghanistan ist nach wie vor ein Land im Konfliktzustand. Machtkämpfe um den Zugang und die Kontrolle über die Ressourcen wirken sich weiter destabilisierend auf das Land aus.

Unser Büro in Kabul hat im Juli 2012 gemeinsam mit anderen nationalen und internationalen Akteuren Forderungen für Transparenz und

International Resource Politics
New challenges demanding new governance
approaches for a green economy

By Raimund Bleischwitz, Bettina Bahn-Walkowiak, Felix Ekardt, Heidi Feldt, Lili Fuhr
Edited by the Heinrich Böll Foundation in cooperation with Wuppertal Institute
Berlin 2012, 96 pages

Die deutsche Rohstoffstrategie. Eine Bestandsaufnahme
Von Heidi Feldt. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
Berlin 2012, 10 Seiten
Nur als E-Paper! Download: www.boell.de



Teilnehmende des China-Afrika-Dialogs
in Johannesburg Foto: hbs

Rechenschaftslegung im afghanischen Bergbausektor erarbeitet. Sie wurden zum Teil in die auf der internationalen Afghanistan-Konferenz in Tokio verabschiedeten Leitlinien für ein zukünftiges ziviles Engagement in Afghanistan aufgenommen. Im Zuge der Umsetzung dieser Vereinbarung hat die afghanische Regierung ca. 200 Verträge im Rohstoffbereich veröffentlicht. Auch hinsichtlich der Lobbyarbeit im Bergbausektor gibt es Empfehlungen. Sie wurden im November 2012 von einer Gruppe nationaler und internationaler Organisationen mit Unterstützung der Stiftung entwickelt. Sie sollen nun mit der afghanischen Regierung und der internationalen Gemeinschaft diskutiert und umgesetzt werden. Ziel ist es, Verträglichkeitsstudien, Erschließungsentscheidungen und Vertragsverhandlungen künftig öffentlich zu machen und die Zivilgesellschaft auf allen Ebenen einzubeziehen.

Neben diesem Lobbying-Prozess auf internationaler Ebene hat unser Büro in Kabul ein zivilgesellschaftliches Netzwerk aufgebaut, das sich mit dem Management natürlicher Ressourcen wie Land und Wasser beschäftigt und Gemeinden in Bergbauregionen durch Fortbildungsmaßnahmen unterstützt.

Reform der Wassergesetzgebung – erste Erfolge in Chile

Chile ist einer der bedeutendsten mineralischen Rohstoffproduzenten der Welt. Entlang der fast 5000 km langen Andenkette konzentrieren sich Vorkommen an Kupfer, Molybdän (Metall zur Härte-Legierung), Gold, Silber sowie Industriesalze wie Lithium, Jod und Bor. 33 Prozent des weltweiten Kupferbedarfes z. B. werden durch Chile gedeckt, und es besitzt auch weltweit die größten Reserven. Doch die massive Ausweitung des Bergbaus stößt an ihre physischen und politischen Grenzen: Der Bergbausektor allein verbraucht 34 Prozent der chilenischen Stromproduktion und mancherorts über 50 Prozent des verfügbaren Wassers. Dabei gibt es seit Jahren einen Wassernotstand. Die Konflikte um geplante oder bereits begonnene Bergbauprojekte nehmen zu. Kritisiert werden vor allem die intransparenten und unumkehrbaren Verkäufe von Wasserrechten auf der Grundlage des chilenischen Wassercode. Dieser ermöglicht den Verkauf von Wasserrechten unabhängig vom Grundeigentum, d.h. Unternehmen können über spezialisierte Anwaltsfirmen für weite Regionen des Landes Wasserrechte aufkaufen, ohne das Land zu besitzen. Damit steht es den Bergbau- (und anderen) Investoren frei, für ihre Produktionsbedürfnisse sämtliche durch ihre Rechte abgedeckten Wasservorräte in den Hochgebirgs- und Gletscherregionen anzuzapfen und damit anderen Nutzern (z. B. Privathaushalten und Landwirten) das Wasser abzugraben.

Seit Jahren engagiert sich unser Büro in Santiago de Chile für eine transparente und gemeinwohlorientierte Wasserpolitik. Im Jahr 2012 veranstaltete es zahlreiche Seminare und Arbeitstreffen zwischen lokalen bzw. regionalen Wasserräten, Bürgerinitiativen und politischen Entscheidungsträgern sowie zwei Konferenzen. Im Jahr 2013 wird das Büro die Zusammenarbeit mit dem neugegründeten Wasserausschuss des Parlaments fördern. Dort zeichnet sich bereits eine parteiübergreifende Allianz für eine Reform der Wassergesetzgebung in wesentlichen Punkten ab, so soll z. B. die Priorisierung des Rechts auf Wasser und der Trinkwasserversorgung gesetzlich verankert werden.

Neuorientierung der Partnerschaft zwischen Europa und Lateinamerika – Konferenz in Berlin

«Otra alianza es posible! Eine andere Partnerschaft ist möglich!», so das Motto einer Konferenz, zu der die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen gemeinsam mit der Heinrich-Böll-Stiftung im November 2012 eingeladen hatte. Statt grenzenlosem Wirtschaftswachstum und der Förderung der Exportwirtschaft um jeden Preis forderten die Teilnehmenden ein Bündnis für sozial gerechte und nachhaltige Entwicklung



Bischof Álvaro Ramazzini plädierte für eine andere Handelspolitik zwischen der EU und der lateinamerikanischen Staatengemeinschaft CELAC. Foto: Laura Allenfort

sowie die Achtung und Durchsetzung der Menschenrechte. Beides wird im vorherrschenden Entwicklungsmodell Lateinamerikas vernachlässigt, das vor allem auf die extensive Ausbeutung fossiler, mineralischer und landwirtschaftlicher Rohstoffe für den Export setzt, wie Hector Alimonda (Brasilien), Carlos Monge (Peru) und der ehemalige paraguayische Umweltminister Oscar Rivas erläuterten. Auch wenn sogenannte «linke» Regierungen wie in Brasilien, Argentinien, Bolivien, Ecuador und anderen Ländern einen Teil der Einnahmen in den Auf- bzw. Ausbau der Sozialleistungen stecken, seien die Verlierer dieses Entwicklungsmodells nicht zu übersehen: Menschen, die von ihrem Land vertrieben werden, um Platz für die Exportwirtschaft zu machen – und die Natur, die durch Raubbau enorm geschädigt wird. Mit Blick auf das Gipfeltreffen zwischen der EU und der lateinamerikanischen Staatengemeinschaft CELAC Ende Januar 2013 in Santiago de Chile forderte der guatemaltekische Bischof Álvaro Ramazzini eine Abkehr von den bisherigen Freihandelsabkommen, die eine solche Politik noch verstärken. Stattdessen plädierte er für eine andere Handelspolitik, die bestehende Asymmetrien berücksichtigt und damit vor allem den Verlierern der Globalisierung nutzt.

Sicherung der Ernährung bei explodierenden Preisen – zwei Podiumsdiskussionen in Berlin

Nie zuvor haben so viele Menschen an Hunger gelitten, während gleichzeitig so viele in Überfluss leben. Mit einer Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion allein lässt sich dieses Ungleichgewicht kaum aufheben. Auf die Frage, wie Deutschlands Beitrag zur Ernährungssicherheit aussehen könnte, erhoben die Teilnehmenden der Podiumsdiskussion «Green Revolution 2.0 oder Wie kann die globale Ernährungskrise gelöst werden?» am 19. September drei Forderungen: Importverbot für Futtermittel und Energiepflanzen, Überprüfung der Handelsabkommen bzgl. deren Auswirkungen auf das Menschenrecht auf Nahrung und die Überprüfung deutscher Direktinvestitionen in Agrarbetriebe im Ausland.

Vor dem Hintergrund der dramatischen Dürre in den USA und Indien ging es bei der Podiumsdiskussion «Wenn Wetterextreme und Dürren zur Regel werden: Wie können wir bei explodierenden Nahrungsmittelpreisen die weltweite Ernährung sichern?» am 20. September erneut um die Zukunft der Welternährung. Tatsache ist: Wegen des steigenden Fleischkonsums, des Anbaus von Pflanzen für Treibstoffe und des Bevölkerungswachstums müssen mehr Nahrungsmittel produziert werden. Gleichzeitig fallen durch den Klimawandel vielerorts die Ernten knapper aus, auch die für die Landwirtschaft nötigen Ressourcen wie Wasser oder Land werden weniger. Dass sowohl die Zivilgesellschaft als auch die internationalen Organisationen, wie das World Food Programm (WFP) der Vereinten Nationen, neue Strategien benötigen, um in dem zunehmend durch hohe Preise und hohes Risiko gekennzeichneten Agrarsektor erfolgreich intervenieren zu können, ist in der Diskussion klar geworden. Dass viel zu langsam und zu wenig aus den Erfahrungen der Hungerkrisen der letzten Jahre gelernt wurde, leider auch.

Ökologische Wirtschafts- und Lebensweise

Ob Klimawandel, Verlust der biologischen Vielfalt oder das Ende der natürlichen Ressourcen – es ist wohl notwendig, sich immer wieder die Gefahren eines «Weiter so» vor Augen zu führen. Wir brauchen nüchternen Realismus im Hinblick auf die Krisen, denen wir entgegensehen. Aber auch die Zuversicht, dass die menschliche Zivilisation fähig ist, Lösungen für die selbst produzierten Gefahren zu finden. Wir wollen daher mit unseren Konferenzen und Studien neue Denkmodelle fördern und Innovationen auf den Weg bringen.

Innovationen für die ökologische Wende – Konferenz in Berlin

«Zukunftsinvestitionen» in Forschung und Infrastruktur sollen die Volkswirtschaften der Industrienationen in Fahrt bringen und gleichzeitig ökologisch optimieren. Doch wie funktionieren Innovationen? Vor allem jene, die den Umstieg zu einer nachhaltigen und langfristig CO₂-freien Wirtschaftsweise ermöglichen? Auf unserer Konferenz «Innovationen für die ökologische Wende» am 9. und 10. Mai 2012 lieferten die Teilnehmenden neben einer kritischen Bestandsaufnahme des Status quo der Innovationspolitik spannende Einblicke in neue Produktionsverfahren, Trends und Forschungsergebnisse. Sie ließen aber auch die ungelösten dringenden Aufgaben und Forschungsvorhaben nicht außer Acht. So beklagte Carlo Jaeger, der Vorsitzende des Global Climate Forum in Berlin, dass die junge Generation, die ja Träger von Innovationen sei, schlechte Berufsaussichten habe. Auch neue Industriebranchen hätten es in Deutschland ausgesprochen schwer. Er hoffe, dass sich Deutschland wenigstens bei der Energiewende, bei neuen Stromnetztechniken, um eine Führungsrolle bemühen werde. Krista Sager, MdB von Bündnis90/Die Grünen, hinterfragte die gemeinsame europäische Forschungspolitik. Manche großangelegten Technologieprojekte seien weniger innovativ, sondern schlicht Geldverschwendung, sagte Sager und nannte das europäische Kernfusions-Projekt ITER in Südfrankreich. Kritisch angemerkt wurde auch das antiquierte Regelwerk für den Umgang mit geistigem Eigentum. Man brauche Vertragsmodelle, die der heutigen Zeit angemessen seien. Eine Dokumentation der Konferenz gibt es unter www.boell.de.

Grüne Jobs, faire Jobs – Konferenz in Berlin

Fast 400 000 neue Arbeitsplätze entstanden in Deutschland seit 1990 bei Unternehmen, die Solarthermen, Photovoltaik-Module und Windkraftanlagen herstellen. Die Arbeitsbedingungen in der jungen Industrie sind jedoch problematisch. Oft sind die Jobs schlecht bezahlt, Tarifverträge werden nicht angewandt, die Arbeitsintensität ist hoch. Viele der Beschäftigten sind befristet oder als Leiharbeitskräfte angestellt. Mitbestimmungsstrukturen existieren kaum. Zudem vernachlässigen zahlreiche Firmen die Aus- und Weiterbildung. Gleichzeitig verändern

GREENLAB: Labor für nachhaltige Designstrategien der Kunsthochschule Berlin-Weißensee – Ausstellung während der Konferenz «Innovationen für die ökologische Wende» Foto: Stephan Röhl





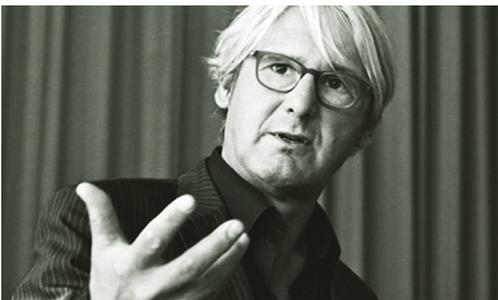
Bernhard Band, Betriebsratsvorsitzender bei Repower Systems, und Beate Müller-Gemmeke, Sprecherin von GewerkschaftsGrün Fotos: Stephan Röhl

sich die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen zuungunsten der Branche: Durch die 2009 verabschiedete Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), die Kürzung der Solarförderung und die scharfe Preiskonkurrenz auf dem Weltmarkt ist die wirtschaftliche Situation, insbesondere der Solarindustrie, angespannt. Auf unserer Konferenz «Grüne Jobs, faire Jobs – Arbeitnehmerrechte in der Wind- und Solarbranche», die vom 26. bis 27. Oktober 2012 in Berlin stattfand, sahen Fachleute aus Gewerkschaften, Unternehmen, Politik und Wissenschaft die betriebliche Mitbestimmung, faire Löhne, Tarifverträge und weniger Leiharbeit als Bedingung dafür an, dass sich eine tragfähige Tarifpartnerschaft entwickeln kann und grüne Jobs auch zu fairen Jobs werden können. Angesichts der aktuellen Krise sollte den Betrieben außerdem – zeitlich begrenzt – mit Subventionen unter die Arme gegriffen werden. Es gelte, die gesamte Wertschöpfung der grünen Zukunftsindustrien im Land zu halten. Wo öffentliche Gelder fließen, seien die Unternehmen jedoch auf soziale Mindeststandards zu verpflichten. Nur wenn die Versöhnung von Profitstreben und Nachhaltigkeit auch den Aspekt des Sozialen einschließt, könne die große Transformation des fossilen Kapitalismus gelingen.

Grün geht vor! – Kommunalpolitischer Bundeskongress

Den nunmehr dritten Kommunalpolitischen Bundeskongress veranstalteten wir zusammen mit unserer Landesstiftung in Hessen und dem GAK (Grüne und Alternative in den Kommunalvertretungen) am 14. und 15. September 2012 im Darmstädter Justus-Liebig-Haus. Darmstadt war nicht zufällig gewählt worden: In dieser grünen Hochburg stellt die Partei seit 2011 nicht nur mit Jochen Partsch den Oberbürgermeister, sondern auch die stärkste Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung. Jochen Partsch benannte die Gründe des grünen Erfolges in seiner Stadt: Man dürfe nicht nur für die ökologisch orientierte Mittelschicht Politik machen, sondern brauche auch ein starkes sozialpolitisches Profil. Und Glaubwürdigkeit: Man hatte lieber das Bündnis mit der SPD platzen lassen, als sich auf einen Deal «Umgehungsstraße gegen grüne Dezernentin» einzulassen. Das wurde belohnt, klarer Sieger der darauffolgenden Neuwahlen waren die Grünen.

Viele bekannte Persönlichkeiten der grünen Kommunalpolitik wie Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg, Boris Palmer, Oberbürgermeister von Tübingen, oder Gabriele C. Klug, Kämmerin der Stadt Köln, diskutierten zwei Tage lang über Wege aus der kommunalen Finanzkrise, über Innovationen der Bürgerbeteiligung nach Stuttgart 21, über Rekommunalisierung und Energiewende, demographischen Wandel in Kommunen, Frauen an die Macht und energetische Quartierssanierung.



Jochen Partsch, Oberbürgermeister von Darmstadt, nannte u. a. Glaubwürdigkeit als einen Grund für den Erfolg der Grünen in seiner Stadt.

Foto: Andreas Kelm

Nutzen statt Besitzen – Studie über die Potenziale einer neuen Konsumkultur

Es gibt einen weltweiten Trend, der «Collaborative Consumption» oder gemeinschaftlicher Konsum heißt und so unterschiedliche Praktiken wie Wohnungstausch, Gemeinschaftsgärten, Tauschringe für Werkzeuge und vieles andere umfasst. Tauschplattformen im Internet wie «Netcycler» (für Dinge), «9flats» (für Wohnungen) oder «Nachbarschaftsauto» (für private Autos) machen es möglich, schnell und unkompliziert denjenigen zu finden, der (oder die) das hat, was wir brauchen. Und so sprießen weltweit Startups und private Initiativen aus dem Boden, die Leute mit gleichen Interessen zusammenführen, die leihen, tauschen, teilen oder schenken wollen. Das *Time-Magazin* hat diese neue Konsumform sogar zu einer der zehn großen Ideen erkoren, die die Welt verändern werden.

Gemeinschaftliche Nutzungsformen sind nicht neu: Wohngemeinschaften, Bibliotheken, Waschsalons, Mehrwegflaschen, landwirtschaftliche Genossenschaften – alle beruhen auf der Idee, Ressourcen gemeinsam zu nutzen. Doch die Umständlichkeit des Leihens und Tauschens sowie eine Flut von Billigprodukten erschweren eine breite Kultur des «Nutzen statt Besitzen». Das könnte sich jetzt ändern, aus einem Nischenphänomen könnte Mainstream werden. Dabei spielt das Internet eine zentrale Rolle. Weite Bereiche des Netzes basieren auf dem Prinzip des Teilens von Informationen, Texten oder Musik – sei es in kommerzieller oder nichtkommerzieller Form. Auch bieten digitale wie reale Tauschbörsen einen sozialen Mehrwert. Sie sind eine Plattform, um miteinander in Kontakt zu treten und sich gegenseitig Tipps zu geben. Ein Kulturwandel, der online begann, könnte sich bald schon offline auswirken und zu mehr Nutzen-statt-Besitzen-Modellen führen.

Vor diesem Hintergrund haben wir zusammen mit der NABU die Kurzstudie «Nutzen statt Besitzen. Auf dem Weg zu einer ressourcenschonenden Konsumkultur» beim Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie in Auftrag gegeben. Anhand der Beispiele Kleidertausch, Werkzeugverleih und Chemikalienleasing geht sie der Frage nach, welche Potenziale zur Senkung des Ressourcenverbrauchs im Konzept «Nutzen statt Besitzen» enthalten sind. Außerdem zeigt die Untersuchung, wie diese Formen kommuniziert werden müssen, um sie möglichst bekannt zu machen und Menschen für eine Veränderung ihres Konsumstils zu motivieren.

Lebendigkeit neu denken – Innovationswerkstatt

In der Wissenschaft herrscht der Glaube vor, die Wirklichkeit könnte optimiert werden, indem sie, reduziert auf ihre unbelebten Elemente, mit technischen und ökonomischen Verfahren verbessert wird. Doch gerade wird das Phänomen der Lebendigkeit wiederentdeckt: Physiker beschreiben den Kosmos als ein von Subjektivität geprägtes Beziehungsgeflecht, Ökonomen definieren die Commons als Beziehungsnetz eines lebendigen Austauschs. Auf Nachhaltigkeit gemünzt, heißt das, sie kann erst dann wirklich funktionieren, wenn sie als eine «Politik des Lebens» oder eine «lebensfördernde Politik» begriffen wird. Hier zeichnet sich eine künftige Kultur der Nachhaltigkeit ab, die einem neuen Paradigma folgt. Auf die Ära der Aufklärung («Enlightenment») könnte heute die der «Verlebendigung» («Enlivenment») folgen. Bei unserer Innovationswerkstatt «Lebendigkeit» im November 2012 in Berlin haben Denkerinnen und Denker sowie Autorinnen und Autoren ihre Ideen dazu vorgestellt – nicht nur in Form von Referaten, sondern eingebettet in einen künstlerischen Austausch, gestaltet von Hildegard Kurt und Shelley Sacks. Eine Publikation des Biologen, Philosophen und Publizisten Andreas Weber zu diesem Thema erscheint im Mai 2013 in unserer Reihe Bildung und Kultur.



Nutzen statt Besitzen. Auf dem Weg zu einer ressourcenschonenden Konsumkultur
Eine Kurzstudie von Kristin Leismann, Holger Rohn, Martina Schmitt und Carolin Baedeker. Im Auftrag und hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2012, 104 Seiten



COMMONS
Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat
Hrsg. von Silke Helfrich und Heinrich-Böll-Stiftung
im Transcript Verlag Bielefeld 2012, 524 Seiten,
24,80 Euro



Foto: picture alliance / landov

Demokratie fördern, Menschenrechte durchsetzen

Zwei Jahre nach Beginn der Umbrüche in der arabischen Welt ist Ernüchterung eingeleitet. Der demokratische Wandel vollzieht sich langsam, widersprüchlich und leider auch gewaltsam. Überschattet ist die «Arabellion» vom brutalen Bürgerkrieg in Syrien. Die ökonomischen und sozialen Herausforderungen in der Region sind enorm und wurden bislang kaum in Angriff genommen. Wir wollen unsere Partnerinnen und Partner in den Transformationsländern bei ihrem schwierigen Weg unterstützen. Das gilt auch für alle anderen Regionen, in denen wir aktiv sind. Wo immer wir auf mutige Partnerinnen und Partner treffen, versuchen wir, die Spielräume für politische und gesellschaftliche Teilhabe und Emanzipation auszuweiten. Die Stärkung der Zivilgesellschaft und demokratisch legitimer Parlamente ist unser großes Anliegen. Die Geschlechterperspektive in alle Bereiche des politischen Lebens einzubeziehen, ist für uns ein praktiziertes Leitbild. Wir wollen die politischen und sozialen Rechte von Frauen stärken und setzen uns gegen die Diskriminierung und Kriminalisierung von Menschen ein, deren sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität nicht den Mehrheitsnormen entspricht, kurz: LSBTI.

Tunesien: Neues Stiftungsbüro eröffnet

Ursprünglich wollte die Heinrich-Böll-Stiftung 2012 ein Büro in Ägypten eröffnen. Der Spielraum für zivilgesellschaftliche Akteure nahm im Laufe des Jahres 2011 jedoch kontinuierlich ab. Als dann Ende des Jahres gegen amerikanische Nichtregierungsorganisationen und auch gegen die Konrad-Adenauer-Stiftung u. a. wegen angeblich fehlender Registrierungen ermittelt wurde, war klar, dass an eine Büroeröffnung nicht zu denken war. Zudem hatte sich eine kollektive Stimmung gegen sogenannte «externe Finanzierung unpatriotischer Kräfte» aufgebaut. Wir haben uns daraufhin auf einen neuen Standort in Tunesien konzentriert. Dort wurden wir mit offenen Armen empfangen – sowohl innerhalb der Zivilgesellschaft als auch seitens der Regierung. Die Association Tunisienne pour l'Éveil de la Démocratie (ATED), die dem NGO-Netzwerk Mourakiboun angehört, ist eine unserer ersten Partnerorganisationen. Sie entwickelt sich mit unserer Unterstützung gerade zu einer Lobbyorganisation für demokratischen Wandel im Land, was vor zwei Jahren noch undenkbar war. In den arabischen Diktaturen vor 2011 haben sich politische Aktivistinnen und Aktivisten zwar in Nischen organisieren, aber keine aktive Arbeit zu institutioneller Demokratieentwicklung betreiben können. Ausnahmen sind Palästina und Libanon, wo freie Wahlen stattfanden. Gemeinsam mit ATED haben wir bei zwei Veranstaltungen in Tunis arabische Aktivistinnen und Aktivisten sowie Fachleute zusammengebracht, um Positionen der Nichtregierungsorganisationen zu einem Wahlgesetz und einer Wahlkommission zu erarbeiten. Ein weiterer Kooperationspartner ist das Centre Tunis pour la Migration et l'Asile CetuMa. Erstes gemeinsames Projekt war eine Konferenz zur neuen Migrationspolitik Tunesiens. Vertreterinnen und Vertreter der Regierung, der tunesischen NGO-Szene, europäischer Initiativen und NGOs sowie die Diplomaten der EU-Mitgliedsländer, die bilaterale Migrationsabkommen mit Tunesien unterhalten, hatten daran teilgenommen. Auch die von der Stiftung in Auftrag gegebene Studie «Borderline» über europäische Grenzüberwachungsinitiativen und die Militarisierung der Grenzen im südlichen Mittelmeer wurde auf der Konferenz vorgestellt und diskutiert.

Syrische Gäste im Heinrich-Böll-Haus in Langenbroich

Im März 2011 erreichte der Arabische Frühling Syrien. Tausende Aktivisten protestierten landesweit friedlich für Menschenrechte und Demokratie. Das Regime begegnete der von Aktivisten als «Revolution der Würde» bezeichneten Bewegung mit brutaler Gewalt. Mittlerweile sind über 70 000 Tote zu beklagen, Hunderttausende sind verhaftet oder verschwunden. Mit über zwei Millionen Binnenflüchtlingen und mehr als einer Million Flüchtlingen in den Nachbarländern droht eine humanitäre Katastrophe. Die ungehemmte Gewalt gegen Zivilisten hat bewaffnete Akteure auf den Plan gerufen, die insbesondere wegen der steigenden Zahl islamistischer Kämpfer nahezu die gesamte Medienaufmerksamkeit auf sich gezogen haben. Doch trotz der verzweifelt Situation engagiert sich weiterhin eine Vielzahl kluger und mutiger ziviler Aktivistinnen und Aktivisten für politischen Wandel und gegen Konfessionalismus. Das Büro Beirut unterstützt syrische Akteure, die kreativ zu Demokratieverständnis, Pluralismus und bürgerschaftlichem Engagement arbeiten. Die zahlreichen Zugriffe aus Syrien auf diese Materialien zeigen, dass Partnerinnen und Partner der Stiftung bedarfsorientiert arbeiten. Die Hoffnung auf Veränderung hat ein ungeheures schöpferisches Potential in Syrien entfesselt. Sechs syrische Aktivistinnen und Aktivisten sind seit 2012 zu Gast im Heinrich-Böll-Haus Langenbroich, dem ehemaligen Sommerhaus Heinrich Bölls. Der gleichnamige Verein bietet dort mit Unterstützung der Stiftung ein Stipendienprogramm für



Qatar – Aspirations and Realities

Perspectives Mena #4, November 2012

Eine Analyse zur Rolle Katars in der Region. Der arabische Ministaat verfügt über zunehmenden politischen Einfluss in den arabischen Ländern. Seine Politik und die Nutzung seiner «soft power», wie z. B. der regionale Fernsehsender al-Jazeera, sind umstritten. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Tunis, Beirut, Ramallah 2012, 48 Seiten

Nachrichten aus dem Mittleren Osten und Nordafrika

→ heinrichvonarabien.boellblog.org

Libanon: Writing Revolution – eine Anthologie

Die von unserem Büro in Beirut geförderte Anthologie «Writing Revolution: The Voices from Tunis to Damascus» ist mit dem «English PEN Award for Outstanding Writing in Translation» ausgezeichnet worden. Der Preis ehrt Übersetzungen von Werken, die zu interkulturellem Verständnis beitragen und die Meinungsfreiheit fördern. Die Anthologie enthält Beiträge aus Algerien, Ägypten, Bahrain, Libyen, Saudi-Arabien, Syrien, Tunesien und Jemen sowie eine Einführung der syrischen Schriftstellerin Samar Yazbek. Sie erscheint im Frühjahr 2013 im I.B. Tauris Verlag in London und wurde herausgegeben von der damaligen Leiterin des Beirut Stiftungsbüros, Layla Al-Zubaidi, und Matthew Cassel.

Künstlerinnen und Künstler (siehe Seite 58). Die aktuellen Gäste sind über ein Netzwerk von Organisationen, Schriftstellerinnen und Übersetzern nach Langenbroich gekommen. Sie alle haben sich in Syrien für den Aufbau einer Demokratie engagiert, haben Freunde und Familie verloren, waren zum Teil inhaftiert. Und sie hoffen, bald wieder zurückkehren zu können. Wir haben sie gefragt, was eine Organisation wie die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützend für ihr Land tun kann.

“ Optimismus allein genügt nicht, um einen Staat aufzubauen. Niemandem kann verborgen bleiben, dass die Syrer, und insbesondere die Meinungsführer in der Gesellschaft, nicht ausreichend Erfahrung besitzen, um das Land auf politischer und gesellschaftlicher Ebene zu lenken. Deshalb sind sie in diesem Gebiet auf Schulungen und Erfahrungsaustausch angewiesen. ”

Rula Asad, Journalistin aus Damaskus

“ In der gegenwärtigen Krise in Syrien trägt die Welt ohne Zweifel eine moralische Verantwortung. Außerdem wünscht sie wie auch die Menschen in Syrien ein demokratisches System und staatliche Strukturen. [...] Dies wird nicht durch Zauberei geschehen, sondern nur, wenn die Welt sich in den Aufbauprozess einbringt und den Syrern hilft, ihr gesamtes öffentliches Leben neu zu strukturieren. Die humanitären Organisationen und die Organisationen der Zivilgesellschaft sind aufgerufen, diesem neu entstehenden Staat zur Seite zu stehen, der einen sehr hohen Preis für das bezahlt hat, was man in einem demokratischen Staat braucht. Die Heinrich-Böll-Stiftung, die zur Zeit eine bedeutende Rolle dabei spielt, Kräfte zu fördern, die die Werte von Recht und Demokratie gewährleisten, kann dabei helfen, diese Werte die Oberhand gewinnen zu lassen. Sie kann jugendliche Kräfte dabei unterstützen, eine führende Rolle in der Gesellschaft zu spielen und damit einen zivilisatorischen, aufklärerischen und humanitären Einfluss auszuüben. So schafft man eine gewisse kulturelle Verbundenheit zwischen Deutschland und diesen Staaten, die eine Neuordnung für sich anstreben, wie sie die freie und zivilisierte Welt, u. a. Deutschland, propagiert. ”

Mohammad al-Matroud, Schriftsteller und Lyriker aus Qamischi

“ Das Wichtigste, glaube ich, was die Welt für das syrische Volk tun kann, ist, ihm beim Aufbau eines sicheren und freien neuen Syrien zu helfen. Und die Künstler zu unterstützen, indem man ihnen die Möglichkeit zu schöpferischer Arbeit gibt, denn diese trägt dazu bei, dass sich das Schicksal der Syrer zum Besseren wendet – mit einem sicheren Ort, der für schöpferische Tätigkeit geeignet ist, wie das Heinrich-Böll-Haus. ”

Rosa Yassin Hassan, Schriftstellerin aus Damaskus

Rula Asad (l.), Journalistin aus Damaskus,
und Rosa Yassin Hassan (r.), syrische
Schriftstellerin Fotos: Larissa Bender



Nicht überall, wo wir arbeiten, sind wir willkommen.**Nicht überall, wo wir arbeiten wollen, sind wir sicher.**

Von Barbara Unmüßig

Es gehört zu unserer politischen Unabhängigkeit, dass wir entscheiden, in welchen Ländern wir ein Büro eröffnen. Dabei leiten uns politische Kriterien. Eines davon ist, ob wir Partnerinnen und Partner finden, die unsere politischen Werte und Ziele – Demokratie, Menschenrechte, ökologische und soziale Entwicklung, Geschlechtergerechtigkeit und friedliche Konfliktbearbeitung – teilen und sich für ihre Durchsetzung engagieren möchten. Gleichzeitig sind die politischen Rahmenbedingungen ausschlaggebend, ob wir mit unseren Partnern und auch als eigenständige politische Akteurin politische Veränderungen bewirken können. Dazu gehört immer die Einschätzung, ob die Sicherheit der Kooperationspartner sowie die unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewährleistet und überhaupt politische Handlungsspielräume gegeben sind.

Der Kampf um Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, um Frauenrechte und eine sozial und ökologisch ausgerichtete Wirtschaftspolitik wird in vielen Ländern kritisch gesehen. Nicht selten ist staatliche Repression und Einschüchterung gegenüber den Akteurinnen und Akteuren des demokratischen Wandels die Antwort. Das gilt nicht nur für autoritäre und semiautoritäre Regime, sondern auch für viele formale Demokratien oder Demokratien im Übergang.

Wir erleben derzeit eine richtige Welle von juristischen, bürokratischen oder steuerlichen Maßnahmen, die die zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräume – sowohl für Partnerinnen und Partner als auch für uns – massiv einschränken. In manchen Ländern finden regelrechte Hetz- und Diffamierungskampagnen gegen jede Form von Opposition statt. Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und kritische Köpfe, wenn sie mit ausländischen Organisationen oder Stiftungen kooperieren, werden dabei mitunter als «verlängerter Arm» des Auslands diffamiert, wie in Russland durch das sogenannte «NGO-Agentengesetz». In der Türkei und andernorts werden sie sogar in die Nähe terroristischer Organisationen gerückt. Ein Generalverdacht, der alle repressiven Maßnahmen legitimieren soll. Wir sehen diese Entwicklungen mit großer Sorge und machen sie mehr und mehr zu einem öffentlichen politischen Thema.

Ein politisches Statement ist unser Rückzug aus Äthiopien Ende 2012. Dort wurde in den letzten Jahren die Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit drastisch eingeschränkt. Mit den Gesetzen zur Rolle und Arbeitsweise von NGOs im Jahr 2009 war ein neuer Höhepunkt der politischen Kontrolle und Einschränkung der Handlungsfreiheit erreicht. Die Zivilgesellschaft wird so des Politischen beraubt und darauf reduziert, Regierungsziele umzusetzen. Die Folge ist Entpolitisierung und Selbstzensur. Die Stiftung fand keine Partnerorganisationen mehr, die sich dieser Entwicklung entgegenstimmten. Auch uns blieb zunächst nichts anderes übrig, als uns unter dem neuen NGO-Gesetz registrieren zu lassen. Das Gesetz untersagte beispielsweise jede Frauen- und Menschenrechtsarbeit. Die Entscheidung, unser Büro zu schließen, ist uns nicht leichtgefallen. Auf ein «Überwintern» wollten wir uns jedoch nicht einlassen, weil wir andere Orte unseres politischen Wirkens in Afrika finden.

Für Unverständnis hat auch die Entscheidung gesorgt, unsere Afghanistan-Arbeit stärker von Berlin aus zu steuern. Dies ist kein Rückzug(!) aus dieser Arbeit, sondern ausschließlich eine Sicherheitsvorkehrung. Wir arbeiten mit unseren zivilgesellschaftlichen Partnerinnen und Partnern in Afghanistan – so gut dies unter den Sicherheitsbedingungen möglich ist – am zivilen und demokratischen Aufbau weiter.



Barbara Unmüßig, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung Foto: Stephan Röhl

Politische Handlungsspielräume in schwierigem Umfeld auszuloten, gehört zum Kerngeschäft einer politischen Stiftung. Sie erfordern Fingerspitzengefühl und große Verantwortung, vor allem für unsere Partnerinnen und Partner, die wir nicht gefährden wollen. Manchmal bedeutet dies, gegen alle Widerstände im Land zu bleiben und – wie in Russland – die zivilgesellschaftlichen Akteure zu unterstützen, so lange es geht. Manchmal heißt es aber auch, Konsequenzen zu ziehen und sich aus einem Land zurückzuziehen, wenn die Handlungsspielräume gegen Null tendieren.

Menschenrechtsarbeit unter Besatzung – Palästina

Auch in Ramallah sind die Arbeitsbedingungen unseres Büros oft schwierig. Durch die anhaltende israelische Besatzung ist die Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt. Das gilt für unsere palästinensischen Mitarbeitenden und ihre Angehörigen ebenso wie für unsere Partnerorganisationen, deren Arbeit mitunter behindert wird. So wurde in der Nacht vom 10. auf den 11. Dezember 2012 gegen 3 Uhr das Büro unseres Projektpartners Addameer in Ramallah von der israelischen Armee aufgebrochen. Mehrere Laptops, eine Festplatte und eine Videokamera wurden entwendet, das Büro beschädigt. Israelische Armeesprecher behaupteten, dass die Menschenrechtsorganisation die Interessen der Partei PFLP, die in Israel als Terrororganisation eingestuft wird, vertrete. Unter demselben Vorwurf befindet sich ein Mitarbeiter von Addameer seit Oktober 2012 in Haft. Addameer weist diese Vorwürfe entschieden zurück. Die Stiftung hat 2012 ein Bildungsprojekt von Addameer zum Thema Menschenrechte gefördert, das sich unter anderem mit den diesjährigen palästinensischen Lokalwahlen befasst hat. Nach dem Angriff haben wir Addameer den entstandenen Schaden ersetzt, um die Arbeitsfähigkeit der Organisation zu gewährleisten. Noch dramatischer sind die Lebens- und Arbeitsbedingungen im Gazastreifen. Unter schwierigsten Bedingungen – anhaltender Blockade durch Israel, ständiger Energieknappheit und Einschränkungen unter der Herrschaft der Hamas – arbeiten dort unsere lokalen Partner, wie zum Beispiel die Frauenorganisation CWLRC, die in einem zunehmend repressiven Umfeld Rechtsberatung und Fortbildungen für Frauenrechtsaktivistinnen und -aktivisten anbietet.

Anlass zur Hoffnung – Ausweitung der Stiftungsarbeit in Myanmar

In Myanmar gehen die Reformen der Regierung Thein Sein weiter, was Anlass zu Hoffnung gibt. Erhebliche Herausforderungen liegen jetzt darin, das Land zu demokratisieren, die Minderheiten zu versöhnen und die Entwicklung sozial gerecht und ökologisch vertretbar zu gestalten. Dazu braucht es qualifizierte und gut ausgebildete Köpfe. Das Stiftungsbüro in Bangkok vergibt seit 2004 Stipendien für Studierende aus Myanmar für MA-Programme an thailändischen Universitäten. Mehr als 30 Stipendiatinnen und Stipendiaten aus Myanmar konnten dadurch bereits ihr Master-Studium in Thailand abschließen. Etwa 80 Prozent kehrten in ihre Heimat zurück, wo sie sich aktiv beim Übergang und Wiederaufbau des Landes beteiligen. So auch Nwet Kay Khine. Sie unterstützt seit Juni 2012 die Stiftung in einem Projektbüro in Yangon. Dort ist sie vor allem für die Planung und Umsetzung von Projekten in Myanmar und die politische Analyse zuständig. Und sie koordiniert das Alumni-Programm. Im Juli 2012 fand zum ersten Mal ein Alumni-Treffen statt, aus dem die Heinrich Böll Alumni Association Myanmar hervorging. Der Verein will künftig das Wissen und die Erfahrungen der Alumni öffentlich zugänglich machen. Die erste Veranstaltung fand Anfang 2013 in Yangon statt. Unter dem Titel «Exploring Myanmar» stellten mehrere Alumni ihre



Seit Juni 2012 unterstützt Nwet Kay Khine die Arbeit des Büros Südostasien in Myanmar. 2006 studierte sie als Stipendiatin der Stiftung an der Chulalongkorn Universität in Bangkok. Als Programmkoordinatorin ist Kay jetzt vor allem für die Planung und Umsetzung von Projekten in Myanmar und die politische Analyse zuständig. Foto: hbs

Forschungsarbeiten vor. Von Korruption über Good Governance bis hin zu Energiepolitik reichte das thematische Spektrum. Das Publikumsinteresse war größer als erwartet. Für das Jahr 2013 sind neben einer Erweiterung des Projektbüros in Yangon und der Einstellung einer zusätzlichen lokalen Mitarbeiterin weitere Alumni-Veranstaltungen geplant. Nwet Kay Khine wird sich vor allem auf den politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozess und die Risiken der Ressourcenausbeutung in Myanmar konzentrieren.

Milizen in Rio de Janeiro – eine Studie aus Brasilien

Gewalt und Unsicherheit sind in brasilianischen Städten allgegenwärtig. Besonders gefährlich leben die Menschen im dichtbesiedelten Westen Rio de Janeiros. Dort schikanieren Milizen die Bevölkerung – meist unbehelligt von der Polizei. Betroffen sind Arbeiterviertel, die außerhalb der für Touristen und die Olympischen Spiele wichtigen strandnahen Südzone liegen. Die Milizionäre sind zumeist aktive Polizisten oder andere Sicherheitskräfte. Angetreten als Saubermänner, die «mit dem Drogenhandel aufräumen», terrorisieren sie ganze Stadtteile, treiben Schutzgelder ein, kontrollieren und «besteuern» den Handel mit Kochgas, mit TV-Anschlüssen oder die privaten Kleinbusse. Wer sich widersetzt, geht ein tödliches Risiko ein. Bereits 2007 machte eine von der Stiftung angeregte und geförderte Studie auf das Phänomen aufmerksam. Als dann Milizen eine Gruppe von Journalisten entführten und folterten, ging das Thema durch alle Medien, und die Behörden wurden aktiv. Es kam zu Verhaftungen. Nach 2009 wurde es still um die Milizen. Doch das Thema ist weiterhin virulent. Unser Büro in Brasilien hat deshalb eine Nachfolgestudie in Auftrag gegeben und stellte sie im Oktober 2012 vor. Die Studie zeigt, dass die Milizen immer noch Angst und Schrecken verbreiten, Menschenrechte verletzen – nur gehen sie inzwischen diskreter vor. Bei der Vorstellung der Studie vor über 200 Interessierten bezeichneten Staatsanwalt Luiz Antônio Ayres und Polizeichef Cláudio Ferraz die Milizen als das größte Sicherheitsproblem der Stadt. Mehrere große Tageszeitungen und auch das Fernsehen berichteten ausführlich über die Studie. Download der Studie (nur auf Portugiesisch) und Videos von der Veranstaltung unter: <http://www.br.boell.org>.



Gewalt und massive Polizeieinsätze gehören in brasilianischen Städten zum Alltag.

Foto: picture alliance/Estadão Conteudo

Rechtsstaat Mexiko? – internationale Konferenz in Berlin

In Mexiko forderte der 2006 von Ex-Präsident Felipe Calderón begonnene «Krieg gegen das organisierte Verbrechen» bisher über 60 000 Menschenleben. Folter und illegale Festnahmen haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Für zivilgesellschaftliche Aktivistinnen und Aktivisten ist es ziemlich gefährlich, sich gegen Gewalt und Unsicherheit zusammenzuschließen. Für eine bessere Vernetzung der Zivilgesellschaft haben wir zusammen mit der Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko vom 30. November bis zum 2. Dezember 2012 eine internationale Konferenz in Berlin veranstaltet. Sie fiel auf den Tag der Amtsübernahme durch den neu gewählten Präsidenten Enrique Peña Nieto. Er gehört der Partido Revolucionario Institucional (PRI) an, die nun nach zwölf Jahren Unterbrechung wieder an der Regierung ist. Eine Frage war daher, welchen Weg Mexiko unter ihm einschlagen wird. Zu den wohl prominentesten Konferenzgästen zählte José Raúl Vera, Befreiungstheologe und Bischof von Saltillo. Er beschrieb das «heimliche Einverständnis» zwischen Staat und organisiertem Verbrechen, was die hohe Straflosigkeit erklärt. Beim Thema Recht und Straflosigkeit waren sich die Teilnehmenden weitgehend einig, dass Mexiko derzeit allenfalls formal als Rechtsstaat gelten kann. Darum wurde das geplante Sicherheitsabkommen, das eine Zusammenarbeit der Polizei in Deutschland

und Mexiko bei Ausstattung und Ausbildung ermöglicht, fast einhellig abgelehnt.

Doch es gibt, gerade im Bereich der mexikanischen Rechtsprechung, auch Erfolge, wie beispielsweise die 2008 eingeleitete Strafrechtsreform oder die mühsame Reform der Militärgesetzgebung. Doch auch das muss erst noch in die Rechtspraxis umgesetzt werden. Der Menschenrechtler Vidulfo Rosales Sierra sah es dennoch als großen Schritt: «Vor zehn Jahren war die Militärgerichtsbarkeit noch unantastbar.» Der jetzige Fortschritt sei auf den Druck zivilgesellschaftlicher Organisationen zurückzuführen. Was kann noch getan werden? Gefordert wurde der Aufbau einer «Kultur der Legalität» und einer «Kultur des Friedens», wozu auch die Wertschätzung eines jeden Lebens gehöre – vor allem jenes von Frauen. Eine erschreckend hohe Zahl von Frauen werden allein aufgrund ihres Geschlechtes gequält und ermordet («Feminizide»). «Wir können der Regierung nicht die Schuld an allem geben», so die Journalistin Ana Lilia Pérez. Viele Verbrechen würden erst durch das allgemeine Wegschauen ermöglicht, weshalb ein gesellschaftlicher Wandel eine Herausforderung sei, die jeden einzelnen Bürger betreffe.

Zehn Jahre Internationaler Strafgerichtshof – zwei Podiumsdiskussionen

Charles Taylor verurteilt – ein Meilenstein gegen sexuelle Kriegsgewalt?

Vergewaltigung, Zwangssterilisation, sexuelle Versklavung oder Zwangsprostitution in kriegerischen Konflikten – es sind Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die nur selten vor Internationalen Strafgerichten verhandelt werden, und noch seltener fällt hierzu ein Schuldspruch. Mit der Verurteilung des liberianischen Ex-Präsidenten Taylor im Mai 2012 vor dem UN-Sondergericht von Sierra Leone wurde erstmals in der internationalen Justizgeschichte ein afrikanisches Ex-Staatsoberhaupt für die von Rebellentruppen ausgeübten genderbasierten Verbrechen zur Rechenschaft gezogen. Ein Meilenstein gegen sexualisierte Gewalt? Darüber diskutierten die Teilnehmenden einer Podiumsdiskussion des Gunda-Werner-Instituts Anfang Juli 2012. Ibrahim Tommy aus Sierra Leone und Katherine Orlovsky von der Women`s Initiative for Gender Justice stellten die Voraussetzungen von Anklageerhebung, Verfahrensverlauf sowie Umgang mit Opfern und/oder Zeuginnen dar und diskutierten, welche Bedeutung und Tragweite die Verurteilung von Taylor für den Versöhnungsprozess und ein langfristiges, friedliches Zusammenleben in Sierra Leone hatte. Deutlich wurde hier unter anderem der Zusammenhang von militärisch-kriegerischer und häuslicher Gewalt und der notwendigen Aufarbeitung nach einem Konflikt im Interesse langfristiger gesellschaftlicher Aussöhnung zwischen den Konfliktparteien. Und einhellig war die Position aller Diskutierenden: Dieses Urteil gegen Taylor bedeutet tatsächlich einen Meilenstein für die internationale Strafjustiz, denn erstmals ist ein früherer Staatschef für sexualisierte Kriegsgewalt zu 50 Jahren Haft verurteilt worden.

Auf einem Auge blind?

Sexualisierte Kriegsgewalt als große Herausforderung für den Internationalen Gerichtshof war bereits im April 2012 Thema der Podiumsdiskussion «Auf einem Auge blind?» des Gunda-Werner-Instituts der Heinrich-Böll-Stiftung. Prominente Gäste waren die Alternative Nobelpreisträgerin und Gründerin der Frauenrechtsorganisation medica mondiale, Monika Hauser, der Generalsekretär der Menschenrechtsorganisation ECCHR, Wolfgang Kaleck, und die Rechtsanwältin Silke Studzinsky. Alle drei konstatierten eine erhebliche Kluft zwischen politischem Anspruch, juristischen Normen und gesellschaftlicher Realität im Umgang mit sexualisierten Kriegsverbrechen. Ihre Ursachenanalysen



Gute Nachrichten!

Wie Frauen und Männer weltweit Kriege beenden und die Umwelt retten

Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung und Ute Scheub, Berlin 2012, 176 Seiten

und Schlussfolgerungen waren allerdings sehr unterschiedlich, zum Teil kontrovers. Kaleck setzte auf das Engagement der Zivilgesellschaft, die durch ihre Unterstützung der Opfer und die Enttabuisierung sexueller Gewaltverbrechen dafür sorgen kann, dass diese Straftaten verstärkt vor Gericht kommen und die Täter dafür zur Verantwortung gezogen werden. Justiz und Politik müssten die Bedingungen für die Anerkennung von sexualisierter Gewalt als Kriegsverbrechen schaffen. Demgegenüber sah es Monika Hauser als Verantwortung und Aufgabe von Justiz und Politik, Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Opfer-Zeuginnen mit sexualisierten Gewalterfahrungen vor Internationalen Gerichten aussagen können. Bislang gilt sexualisierte Gewalt als «Kollateralschaden» von Kriegen und wird als strukturelles Problem nicht ernst genommen. Monika Hauser stellte ein ganzes Bündel von Maßnahmen für Justiz und Politik vor, darunter die Einrichtung einer dauerhaften hochrangig angesiedelten Stelle einer Genderbeauftragten, klare Standards für den Umgang mit Opfer-Zeuginnen, umfassende Schutzmöglichkeiten im Rahmen der Ermittlungs- und Gerichtsverfahren sowie die systematische Qualifizierung der Prozessbeteiligten bzw. von Ermittlungsbehörden in Bezug auf sexualisierte Kriegsverbrechen.

Die Macht, teilzuhaben

Frauen werden in vielen Ländern in traditionelle Rollen gezwängt und von der politischen Bühne ferngehalten. Wir wollen Frauen in ihrem politischen und gesellschaftlichen Engagement stärken. Trotz einiger Fortschritte stoßen wir oft an massive Grenzen. Politische und religiöse Fundamentalisten beschneiden überall auf der Welt Frauenrechte. Sie versuchen, Errungenschaften der letzten Jahrzehnte zurückzudrängen. Wir stemmen uns dagegen und haben in fast all unseren internationalen Büros Geschlechterpolitik als festen programmatischen Teil der Arbeit verankert.

Parlamentarierinnen und ihre politischen Strategien für den Übergang – Studie zu Afghanistan

Bis zum Jahr 2014 werden die internationalen Truppen aus Afghanistan abziehen. Die Befürchtungen, dass der Rückzug zu schnell und ohne ausreichende Berücksichtigung der politischen Erfordernisse erfolgt, sind groß. Ein unkalkulierbares Sicherheitsvakuum könnte gerade die enormen Fortschritte bei den Rechten für Frauen gefährden. Andrea Fleschenberg hat im Auftrag der Stiftung eine Studie über die politische Beteiligung von Frauen und ihre politischen Interessen und Strategien für den Übergang erstellt. Aus den Interviews mit Parlamentarierinnen und Aktivistinnen ging hervor, dass die Ansichten afghanischer Frauen in den entsprechenden Debatten nur selten gehört oder berücksichtigt werden. Und das, obwohl der Übergang gerade für Frauen erhebliche Folgen haben dürfte. Die Studie dokumentiert die Forderungen afghanischer Frauen nach mehr Mitsprache bei der Definition und Umsetzung politischer Reformen, bei der Vorbereitung und Durchführung der anstehenden Wahlen und bei den Friedensverhandlungen mit der bewaffneten Opposition. Außerdem werden Bedingungen an ein nachhaltigeres Engagement internationaler Akteure bis 2014 und darüber hinaus formuliert. Eine afghanische Delegation stellte die Studie 2012 in Berlin bei mehreren Dialogveranstaltungen vor. Im Jahr 2013 soll sie auch im afghanischen Parlament präsentiert werden.

Südafrika: Gemeinsam sind sie stark – Frauen fordern die traditionelle Gerichtsbarkeit heraus

Die südafrikanische «Allianz für Demokratie im ländlichen Raum», eine von der Stiftung unterstützte Koalition, die aus mehr als 30 Frauen- und Menschenrechtsorganisationen besteht – darunter die «Rural Women's

Afghanistan auf dem Weg zur Eigenständigkeit
Parlamentarierinnen und ihre politischen
Strategien für den Übergang
Eine Studie von Andrea Fleschenberg.
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
Berlin 2012, 52 Seiten



Golalei Nur Safi, Ärztin und seit 2005
Parlamentsabgeordnete und Mitglied des Hohen
Friedensrates in Afghanistan Foto: hbs

Movement» mit über 50 000 Mitgliedern – startete im Jahr 2012 sehr erfolgreich eine Kampagne gegen die «Traditional Courts Bill». Die Gesetzesvorlage sieht vor, den (meist männlichen) traditionellen Führern umfassende Befugnisse zu übertragen und Gewohnheitsrecht damit zu stärken. Sie verletzt dadurch die in der Verfassung verbrieften Rechte vor allem von Frauen im ländlichen Raum und verschärft deren soziale Marginalisierung. Die Aktivistinnen mobilisierten im Parlament sowie in den Medien gegen eine Umsetzung der Gesetzesvorlage. Bäuerinnen wurden in Workshops für ihren Auftritt bei öffentlichen Anhörungen geschult, damit sie selbstbewusst für den Schutz ihrer Rechte eintreten konnten. Die Kampagne brachte die politische Führung und selbst den Präsidenten dazu, die Schwächen der Vorlage anzuerkennen und einzugestehen, dass sie einem Verfassungstest kaum standhalten dürfte. Wie das Gesetz nun letztendlich aussehen wird, ist zwar noch unklar. Die Kampagne hat jedoch bereits einiges erreicht: Die Öffentlichkeit ist auf das undemokratische Gesetzesvorhaben aufmerksam geworden, und die Frauen sind aus der Defensive gekommen. Sie fangen an, die zunehmend autoritären Tendenzen der südafrikanischen Politik herauszufordern.

Palästina: Frauenrechte unter der Hamas – die Arbeit von CWLRC in Gaza

Seit die Hamas im Gazastreifen die Macht übernommen hat, ist der Druck auf Frauen, insbesondere durch die konservative Auslegung des Familienrechts, enorm gewachsen. Unsere Partnerorganisation Center for Women's Legal Research and Consulting (CWLRC) versucht, mittels Rechtsberatung für Frauen und öffentlichen Kampagnen dagegenuzuhalten. Aktuell stößt der Bau eines Frauenhauses auf große Widerstände seitens der Hamas-Regierung. CWLRC kann zwar ihre Arbeit fortsetzen, das erfordert aber viel Mut und Kraft. Während der Bombardierung im Gazakrieg Ende 2012 fand die Arbeit unter höchster Lebensgefahr statt. 2012 hat CWLRC eine öffentliche Debatte über die schwierige Lage junger Frauen angestoßen, die sich nach der Verlobung von ihren Partnern trennen. Sie gelten dann rechtlich als geschieden und müssen mit erheblichen sozialen und rechtlichen Benachteiligungen und Ausgrenzung rechnen. CWLRC versucht, Änderungen in der Gesetzeslage zu erwirken und eine gesellschaftliche Auseinandersetzung zu initiieren.

Georgien: Vielfältige Blickwinkel auf Gender – internationale Konferenz

Gleich zwei historische Figuren, die den Nationalmythos Georgiens prägen, sind weiblich: Die Heilige Nino brachte im 4. Jahrhundert das Christentum ins Land, und unter Königin Tamar erlebte es im Mittelalter seine größte Ausdehnung und kulturelle Blüte. Heute haben die georgischen Frauen wenig Mitspracherechte, die Entwicklung tritt seit Jahren auf der Stelle: Einige Regionalparlamente haben kein einziges weibliches Mitglied, und Frauen in höheren Positionen in Wirtschaft und Verwaltung sind eine Ausnahmeerscheinung. Die Orthodoxe Kirche hat starken Einfluss in der Gesellschaft – in aller Regel zu Ungunsten von Frauen und Minderheiten. Eine Ausgangslage, die sich ähnlich in Polen, Russland und der Ukraine wiederfindet.

Unser Büro Südkaukasus in Tbilissi hat zusammen mit den Büros in Kiew, Moskau und Warschau im November 2012 Vertreterinnen und Vertreter aus den vier Ländern zu einer internationalen Konferenz eingeladen. In den Workshops ging es um Möglichkeiten zur Stärkung der politischen Partizipation von Frauen, um Religion und Geschlechterrollen, Feminismus heute und um die Rechte von LGBTI-(Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Intersex)Menschen. Die Vorträge wurden teils kontrovers diskutiert, etwa die Frage, wie Bildungseinrichtungen einer «Ghettoisierung» der Gender Studies entgegenwirken und das Interesse der Männer stärker wecken können. Im Mai 2013 wird das Büro Südkaukasus die Konferenzbeiträge auf Englisch und Georgisch in einem Tagungsband veröffentlichen.



«Die politische Bedeutung des Internationalen Frauentages wiedererlangen!» – mit dieser Forderung trat Anfang März die ukrainische «Feministische Offensive» mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen auf.

Gleiche Rechte für alle, unabhängig von der sexuellen Orientierung

Diskriminierung und Kriminalisierung aufgrund nonkonformer sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität sind weltweit noch immer an der Tagesordnung: Homosexuelle und Transgender haben öffentliche Demütigungen oder gar körperliche Gewalt zu fürchten. Ein besonderes Anliegen ist für uns daher, Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und Intersex (LBGTI) Räume für den Austausch und die Vernetzung zu schaffen und – wo politisch möglich – Öffentlichkeit herzustellen und die Rechtssituation zu verändern. Das erfordert mutige Partnerinnen und Partner und geschieht häufig still und vorsichtig.

Liebe(r) unsichtbar: sexuelle Minderheiten in Armenien, Aserbaidschan und Georgien

Als 2012 der Eurovision Song Contest (ESC) in Aserbaidschans Hauptstadt Baku stattfand, präsentierte sich die Stadt vielfältig und modern. Schon im Vorfeld versicherte das Regime den Schutz homosexueller Fans. Während des Wettbewerbs gab es einen schwulen Club, der besser besucht war als viele der offiziellen ESC-Veranstaltungen. Nach dem ESC war die Party jedoch schnell vorbei. Der Club musste bald schließen, und die Polizei kehrte zu ihren gewohnten Repressalien zurück. Nur unter den Augen der europäischen Öffentlichkeit war möglich, was sonst im Verborgenen stattfinden muss. Diese Doppelgesichtigkeit prägt die Politik in allen drei südkaukasischen Republiken: Im Westen wird die Einhaltung von Menschenrechten versprochen, getan wird aber kaum etwas. Das gilt für das muslimisch geprägte Aserbaidschan wie für die christlichen Länder Georgien und Armenien. Als die Deutsche Botschaft in Armenien den Film «Parada» zeigen wollte, musste der Termin ständig verschoben und letztlich abgesagt werden, da sämtliche Lokale immer wieder kurzfristig ihre Zusage zurückzogen. Zu heikel war das Thema: die Organisation der ersten Gay Pride-Parade in Belgrad. Der Widerstand gegen sämtliche öffentliche Aktivitäten von LGBTI wird dabei von der Politik gestützt. Ein Brandanschlag auf einen einschlägig bekannten Treffpunkt in Jerewan wurde von mehreren Parlamentsabgeordneten gerechtfertigt. In einer Umfrage der armenischen LGBTI-Organisation PINK (Public Information and Need of Knowledge) gaben 72 Prozent der Befragten an, dass der Staat Maßnahmen gegen Homosexualität ergreifen sollte. In Georgien ist die politische Lage etwas besser, seit 2012 werden Hassverbrechen u. a. auch gegen sexuelle Minderheiten härter bestraft. Dafür hat hier die einflussreiche Orthodoxe Kirche eine besonders konservative Ausrichtung. Das hat auch die Stiftung schon zu spüren bekommen, als im Jahr 2009 Orthodoxe eine Gesprächsrunde im Regionalbüro in Tbilissi störten und die herbeigerufene Polizei erst nach über einer Stunde eintraf.

LGBTI – Tabuzone im Nahen Osten

Für die Rechte sexueller Minderheiten einzutreten, ist im Nahen Osten keine einfache Mission. LGBTI-Fragen sind, wie die Auseinandersetzung mit Sexualität allgemein, tabuisiert. Nichtregierungsorganisationen und Interessenverbände gehen mit ihren Anliegen kaum an die Öffentlichkeit. Dennoch gibt es einige, die sich dem Thema vorsichtig nähern. Sie versuchen geschützte Räume zu etablieren und geeignete Zugänge für die notwendige gesellschaftliche Auseinandersetzung zu finden. Eine Organisation, die diese Arbeit erfolgreich betreibt, ist unsere palästinensische Partnerorganisation Al-Qaws. Sie bietet der LGBTI-Gemeinde ein Forum für politische Diskussion, Selbstorganisation und Alltagsfragen, fördert und initiiert aber auch kulturelle Projekte. Dazu gehören zum Beispiel die Queer-Partys, die alle zwei Monate stattfinden und immer beliebter werden.

Webdossier über die Entwicklungen von LGBTI im Südkaukasus
→ www.boell.ge

Mehr über unsere Partnerorganisation Al-Qaws
→ www.alqaws.org



Foto: picture-alliance/dpa

Für eine werteorientierte europäische Außenpolitik

Die westliche Gemeinschaft tritt bei der Bewältigung globaler Herausforderungen bislang wenig überzeugend auf. Insbesondere Europa scheut sich vor der Übernahme größerer Verantwortung. Es fehlt offensichtlich an politischem Willen, die europäischen Außenpolitiken jenseits nationalstaatlicher Egoismen weiterzuentwickeln. Insgesamt verliert die Europäische Union gerade viel von ihrer einstigen Strahlkraft und Vorreiterrolle. Sie droht vor allem in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zum Nachzügler in der neuen Weltordnung zu werden. Wir wollen mit unserer Arbeit einen Beitrag zu einer nachhaltigen Außenpolitik Deutschlands und der Europäischen Union leisten, die sich an den Werten Demokratie und Menschenrechte orientiert und selbstbewusst versucht, die EU als normativen Wegbereiter für eine moderne «Weltinnenpolitik» aufzustellen.

Demokratie und Sicherheit im Nahen Osten – 13. Außenpolitische Jahrestagung in Berlin

Aktuelle Entwicklungen in Syrien und Ägypten zeigen, wie ungewiss die Zukunft der Region auch im zweiten Jahr nach Beginn der Aufstände ist. In einigen Ländern wurden zwar die alten Autoritäten gestürzt, doch die eingeleiteten Transformationsprozesse gehen nur schleppend voran. Auf unserer 13. Außenpolitischen Jahrestagung im November 2012 diskutierten internationale Expertinnen und Experten u. a. darüber, wie die demokratische Entwicklung in der Region unterstützt werden kann und ob eine aktive europäische Politik und Präsenz überhaupt erwünscht ist. Letzteres wurde von den arabischen Gästen eindeutig bejaht. Sie sahen durchaus gemeinsame Interessen und Handlungsfelder. Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft aus der Region erläuterten, wo dabei die «Roten Linien» liegen. Soli Özel, Professor für Politische Wissenschaften aus Istanbul, beklagte das Fehlen einer konsistenten Politik der EU und forderte, die Beziehungen zu den Ländern des südlichen Mittelmeerraums auf eine neue Grundlage zu stellen. Eine neue Mittelmeerpolitik müsse von Respekt, demokratischen Werten und im Bewusstsein um die postkoloniale Verantwortung Europas getragen sein. Mit der Zukunft des politischen Islam, der zu einer dominierenden Kraft in der Region geworden ist, wurde auf mehreren Podien eine weitere zentrale Frage der künftigen europäischen Nahost-Politik angesprochen. Unter den fast 300 Teilnehmenden waren Mitglieder der diplomatischen Vertretungen von 26 Staaten, die Podien waren mit Referentinnen und Referenten u. a. aus Marokko, Tunesien, Libyen, Ägypten, Israel, Palästina, Libanon, Syrien und der Türkei besetzt. Die rege Beteiligung aus der gesamten Region hat gezeigt, dass unsere Büros dort viel Vertrauen aufbauen konnten. Wir wollen auch weiterhin politische Brücken schlagen und Anstöße für die «große Politik» geben.

Eine Zwei-Staaten-Lösung für Israel und Palästina – Handlungsempfehlungen

Ohne die Lösung der Palästinafrage wird es im Nahen Osten keinen Frieden und keine Sicherheit geben. Eine Zwei-Staaten-Lösung ist jedoch schwer zu erreichen. Sicherheitsgarantien durch die internationale Gemeinschaft für beide Seiten könnten helfen, ein Abkommen auf den Weg zu bringen. Bereits 2011 erarbeiteten israelische und palästinensische Sicherheitsfachleute sowie Vertreterinnen und Vertreter von EU und NATO auf Initiative der Heinrich-Böll-Stiftung Empfehlungen für eine internationale Präsenz. Sie umfassen Vorschläge zur völkerrechtlichen Grundlage einer solchen Mission, zu Truppenstellung und Bezahlung bis hin zu detaillierten Einsatz- und Abstimmungsregeln. Ende März 2012 wurden die Empfehlungen sowohl im Bundeskanzleramt als auch in Brüssel (NATO und EU) vorgestellt und diskutiert. Nach Meinung von internationalen Expertinnen und Experten sind die aufgezeigten Lösungswege durchaus praktikabel. Bei den Präsentationen in den Nahostreferaten von Pentagon und Weißem Haus in Washington stuften die US-amerikanischen Fachleute sie ebenfalls als politikfähig ein, vor allem mit Blick auf die 2013 erwarteten neuen Initiativen im Nahostfriedensprozess. Auch zum Halifax-Forum im November, der alljährlichen Nordamerikanischen Sicherheitskonferenz in Kanada, war die Stiftung zu einer Präsentation eingeladen. Die für Ende November in Israel u. a. in der Knesset geplanten Präsentationen mussten wegen der kurzfristigen Auflösung des Parlaments und wegen der im Wahlkampf fehlenden politischen Aufmerksamkeit allerdings auf 2013 verschoben werden.



Dr. Abdul Mawgoud R. Dardery, Freiheits- und Gerechtigkeitspartei (FJP), Kairo, und Dr. Radwan Masmoudi, Präsident des Centers of the Study of Islam & Democracy, Tunis *Foto: Stephan Röhl*



Heba Morayef, Human Rights Watch, Kairo *Foto: Stephan Röhl*

Israel 2012: Demokratie unter Druck – diAk-Jahrestagung

Mitten im Wahlkampf zu den vorgezogenen Parlamentswahlen in Israel lud der deutsch-israelische Arbeitskreis (diAk) in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung und der evangelischen Akademie Arnoldshain zum Austausch mit politischen Akteuren aus Israel ein. Unter der letzten israelischen Regierung rechter und religiöser Parteien wurden seit 2009 zahlreiche Gesetzesvorhaben in die Knesset eingebracht, die die Unabhängigkeit des Obersten Gerichtshofes bedrohen und das Rechtsstaatsprinzip anzweifeln. Gleichzeitig entstand seit den Zeltprotesten im Sommer 2011 eine breite außerparlamentarische Bewegung gegen wachsende soziale Ungleichheit, schwindende Sozialnetze und steigende Lebenshaltungskosten. Teilnehmerinnen und Teilnehmer der sozialen Proteste, junge Parteiangehörige aus dem Likud, Meretz und der Arbeiterpartei, Medien- und Rechtsexperten und arabisch-israelische Aktivist/innen analysierten die Aussichten der Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit, Bildungschancen, Wohnungen und staatlichen Leistungen. Fazit: Durch die Proteste ist einiges in Bewegung geraten, Aktivistinnen und Aktivisten landeten auf den Wahllisten etablierter Parteien, neue Parteien mit einer sozialen Programmatik sind entstanden. Der palästinensisch-israelische Konflikt, die Sicherheitspolitik Israels oder die Rechte von Minderheiten in Israel bleiben indes ausgespart. Auch wenn es engagierte Diskurse zur Rechtsstaatlichkeit und zu den Friedensaussichten des Landes gibt, so ist der Nahostkonflikt oder das Verständnis des Staates Israel als «Schutzbunker» für die neuen politischen Akteure doch uninteressant.

Versöhnung in Palästina – Austausch in Berlin und Brüssel

Die palästinensische Gesellschaft ist seit den Wahlen von 2006 und den bewaffneten Kämpfen zwischen der Hamas und der Fatah tief gespalten. Eine Mitverantwortung liegt auch bei der internationalen Gemeinschaft. Sie hat den in freien und fairen Wahlen erzielten Sieg der islamistischen Hamas damals boykottiert. Eine kleine palästinensische Expertendelegation reiste Ende Februar 2012 auf Initiative unseres Büros in Ramallah nach Brüssel und Berlin. Bei Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern der Regierung, der Parlamente und Thinktanks ging es um den Stand des Versöhnungsprozesses und darum, was die Palästinenser von Europa und Deutschland erwarten. Auf einer öffentlichen Diskussion in der Heinrich-Böll-Stiftung wies Hani al-Masri vom Palestinian Center For Policy Research and Strategic Studies (Masarat) darauf hin, dass mittlerweile sowohl die Hamas als auch die Fatah eingesehen hätten, dass ihre Strategien gescheitert seien – Hamas mit ihrem militanten Programm und auch die Fatah mit den Verhandlungen im Oslo-Prozess. Eine friedliche Lösung werde aber nur möglich sein, wenn im Rahmen eines Versöhnungsprozesses Neuwahlen, die Vereinigung von Westbank und Gaza sowie ein neuer politischer Prozess ermöglicht werden. Dazu müsse sich auch Europa positionieren.

Das iranische Nuklearprogramm – Fachgespräche in Berlin

Im Jahr 2012 hat sich der seit Jahren schwelende Konflikt um das Nuklearprogramm Irans verschärft. Der UN-Sicherheitsrat hat das Land in mehreren Resolutionen aufgefordert, die Uran-Anreicherung auszusetzen. Auch die Atombehörde der Vereinten Nationen (IAEA) warf Iran mehrmals fehlende Kooperation bei den Inspektionen zu geheimen Teilen seines Nuklearprogramms vor. Teheran weist die Vorwürfe zurück und pocht auf sein Recht auf Nutzung der Atomenergie. Israel betrachtet eine iranische Atombombe als Bedrohung seiner Existenz und hat 2012 offen mit einer militärischen Intervention gedroht, auch die US-Regie-



Rund um den Gazastreifen, Israel und der Westbank befinden sich Plakate mit friedlichen Botschaften

Foto: picture alliance/AP Images

zung hat dies nicht ausgeschlossen. Die EU hat im Juli die Sanktionen zur Unterbindung eines iranischen militärischen Nuklearprogramms deutlich verschärft, führt kein iranisches Öl mehr ein und beschränkt die Möglichkeiten des Zahlungsverkehrs über iranische Banken. Diese bedrohlichen Entwicklungen waren für die Stiftung der Anlass, um in Kooperation mit dem American Jewish Committee Berlin zwei hochrangig besetzte vertrauliche Fachgespräche «Can Sanctions Stop Iran's Nuclear Program?» und «Red Lines on Iran's Nuclear Program?» zu organisieren. Vertreten waren die Wissenschaft, das Auswärtige Amt, Bundestagsabgeordnete sowie die Iran-Abteilungen der USA, Frankreichs, Großbritanniens, der EU und anderer europäischer Außenministerien. Neben einer Bewertung der offiziellen Verhandlungen ging es bei den Fachgesprächen auch darum, Wege aus der bisherigen Sackgasse um das Nuklearprogramm aufzuzeigen und eine Lösung zu suchen, die Teheran einen Rückweg aus der Isolation ermöglicht und der Welt die Gewissheit bietet, dass hier kein weiterer Atomwaffenstaat entsteht.

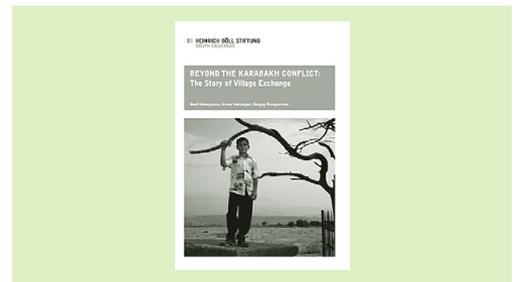
Südkaucasus: Dorftausch und Erinnerungskultur – zwei Publikationen

Spannungen in Berg-Karabach: Zwei Gemeinden tauschen ihre Dörfer

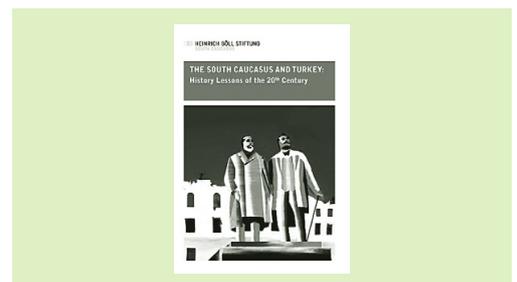
Rückblick ins Jahr 1989: Im aserbaidjanischen Dorf Kerkendj leben Armenier, im armenischen Dorf Kyzyl-Shafag, das später in Dyunashogh umbenannt wird, Aserbaidjaner. Sie sind Minderheiten im jeweiligen Land. Im Zuge des gewaltsamen Konfliktes um die Region Berg-Karabach fühlen sich beide Dorfgemeinschaften nicht mehr sicher. Sie beschließen kurzerhand, ihre 400 km voneinander entfernten Heimatdörfer zu tauschen, und ziehen kollektiv in das neue Dorf im anderen Land. Ehemalige Stipendiatinnen und Stipendiaten des Stipendienprogramms für junge Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler aus Armenien und Aserbaidjan, das unser Büro in Tbilissi seit Jahren unterhält, veröffentlichten im Jahr 2009 eine russischsprachige Dokumentation über diesen Dorftausch, die jedoch schon bald vergriffen war. Unser Büro Südkaucasus hat die Publikation jetzt ins Englische übersetzt und diesen einzigartigen Vorgang auch einem internationalen Publikum zugänglich gemacht.

Das 20. Jahrhundert: Geschichtsbilder im Südkaucasus und in der Türkei

Seit 2007 begleiten unsere Büros in Tbilissi und Istanbul den armenisch-türkischen Austausch. 2009 wurde der sogenannte Ani-Dialog ins Leben gerufen, um die armenische und türkische Öffentlichkeit über politische Reformprozesse zu informieren und eine Diskussion über die Neugestaltung des Verhältnisses der Nachbarn anzuregen. Im Rahmen dieses Dialoges hat ein ehemaliger Stipendiat des südkaucasischen Sur-Place-Stipendienprogramms eine Studie aus Aufsätzen zusammengestellt. Am Beispiel von Geschichtsbüchern analysieren Expertinnen und Experten aus Armenien, Aserbaidjan, Georgien und der Türkei den Umgang mit Erinnerungen und der Geschichte in ihren jeweiligen Ländern. Herausgekommen ist ein behutsamer Einblick in die nationalen Erinnerungskulturen und die unterschiedlichen Lehren, die aus dem 20. Jahrhundert gezogen wurden.



**Beyond the Karabakh Conflict:
The Story of Village Exchange**
Ed. by Heinrich Böll Foundation
Tbilissi 2012, 177 Seiten



**The South Caucasus and Turkey:
History Lessons of the 20th Century**
Ed. by Heinrich Böll Foundation
Tbilissi 2012, 210 Seiten

Feminismus und Geschlechterdemokratie weiterdenken

Geschlechterpolitiken aus unterschiedlichen Blickwinkeln haben im Gunda-Werner-Institut (GWI) einen festen Platz. Ob (queer)feministisch oder männerpolitisch – das GWI ist Ort der Analysen und Strategien. Uns treibt die Frage um, wie eine geschlechterdemokratische Gesellschaft aussieht und welche politischen Instrumente uns dorthin bringen. Als offenes, diskursives Konzept lebt Geschlechterdemokratie von der Auseinandersetzung und dem Dialog mit und zwischen allen Geschlechtern, gemäß Gunda Werners Ansatz: «Denkverbote strengstens verboten!» Das GWI sensibilisiert für Geschlechterblindheit in der internationalen Friedens- und Sicherheitspolitik, spürt geschlechterpolitisch emanzipative Politikkonzepte in anderen Ländern auf und überprüft deren Übertragbarkeit auf die deutsche und die EU-Politik. Wir denken über neue Modelle für gleichberechtigte Teilhabe aller Geschlechter nach und vermitteln entsprechende Kompetenzen durch Gender-Beratung und -Training.

Grund zum Feiern: 5 Jahre GWI und 40. Green Ladies Lunch

Gunda Werner (1951-2000), die Namensgeberin des Instituts, war Philosophin, Organisationsberaterin, feministische und lesbische Aktivistin und ehemals Geschäftsführerin der FrauenAnstiftung – einer Vorläuferstiftung der Heinrich-Böll-Stiftung.



5 Jahre GWI: Gitti Hentschel und Henning von Bergen ließen die Geschichte ihres Instituts Revue passieren. Foto: Isis Martins

Am 15. Juni 2012 wurde das Gunda-Werner-Institut 5 Jahre alt! Wir feierten mit unseren Weggefährtinnen und Weggefährten, und 200 Gäste machten mit. Es wurde gequatscht, diskutiert, geschwoft und natürlich weiter gedacht. Ob feministische und geschlechterpolitische Impulse oder männerpolitischen Einwürfe – Feminismus und Geschlechterdemokratie neu denken war und ist unser Leitgedanke. Wir bleiben dran. Versprochen! Am 15. Juni fand auch der mittlerweile 40. Ladies Lunch statt. Wir nutzten die Debatte, um ein Jahr nach der Fußballweltmeisterschaft der Frauen u. a. Bilanz zu ziehen, was die WM an positiven Impulsen für neue Sport-, Körper- und Raumpraktiken geben konnte. Der Ladies Lunch für grüne Politikerinnen und andere engagierte Frauen findet dreimal im Jahr statt, Schirmherrin ist Claudia Roth, Bundesvorsitzende der Grünen.

Neues Debattenformat: StreitWert – Politik im Dialog

Das neue Format greift aktuelle politische Debatten auf und bürstet sie mit geschlechterpolitischer Perspektive quer. Es richtet sich auch an Menschen, die nicht unbedingt Bezug zu geschlechterpolitischen Themen haben. Zum Auftakt ging es am 28. August um die Frage, wie kontrovers Grüne und Piraten wirklich sind und welche Konzepte aus emanzipativer Geschlechterperspektive zukunftsweisend sind. Mit über 130 Interessierten ein gelungener Start, per Live-Stream verfolgten noch mal 200 Personen die Debatte.

Beim zweiten StreitWert am 27. November ging es um das Thema Renten. Das Publikum interessierte besonders die Frage, ob und wie die

Auf dem StreitWert-Blog konnte nach der Veranstaltung weiterdiskutiert werden.

→ streit-wert.boellblog.org

Rente von einem Arbeitsbegriff zu entkoppeln ist, der sich rein an Produktivität und Leistung orientiert. Mit einem anderen Arbeitsbegriff könnte auch die Pflegearbeit mehr Anerkennung finden, die vornehmlich Frauen leisten. Ursula Engelen-Kefer vom Sozialverband Deutschland e.V. fasste zusammen: «Solange es Diskriminierung von Frauen in der Gesellschaft, in der Familie und im Erwerbsleben gibt, wird auch die Rentenpolitik nicht gerecht sein.»

Vortrag: Wie wird man(n) Feminist?

Am 12. September war der bekannte US-Soziologe, Männerforscher, Autor und selbsterklärte Feminist Michael Kimmel aus New York zu Gast mit seinem Vortrag «Wie wird man(n) Feminist». Mit Witz und Charme veranschaulichte er, wieso Feminismus auch für Männer gewinnbringend ist. Mehr als 140 Zuhörerinnen und Zuhörer kamen, mehr als 60 verfolgten den kurzfristig eingerichteten Live-Stream im Internet. Es gab viele begeisterte Rückmeldungen – für uns ein Ansporn, mehr solch überzeugende Männer für geschlechterpolitische und feministische Themen zu finden. Ein Mitschnitt der Veranstaltung ist auf Youtube zu sehen.



Der US-Soziologe Michael Kimmel erklärte mit viel Charme, warum sich Feminismus auch für Männer lohnt. Foto: Stephan Röhl

Die antifeministische Männerrechtsbewegung – Studie

Seit ein paar Jahren fallen im Diskurs um neue Rollenbilder Gruppen auf, die radikal antiemanzipatorisch argumentieren, besonders im Internet. Sie klagen, vor allem Männer seien heute benachteiligt. Jeder Gleichstellungspolitik, dem Feminismus sowieso und auch emanzipationsorientierten Männern wird die politische Gegnerschaft erklärt. Wir wollten die Argumentationsmuster und Strategien dieser Gruppen ergründen und beauftragten den Soziologen Hinrich Rosenbrock mit einer Untersuchung. Seine Ergebnisse: Einige Strömungen der Antifeministen vertreten eine Mischung von (Rechts-)Populismus, Nationalismus und Frauenfeindlichkeit, die mit homophoben und rassistischen Einstellungen versetzt ist. Antifeminismus in Form von Hasspropaganda dient dabei als Klammer aller Strömungen. Von besonderem Interesse war und ist, die Schnittmengen zur Neuen Rechten und zu rechtsextremen Kreisen zu identifizieren und die wichtigsten Akteure zu benennen. Die Reaktionen auf die Veröffentlichung der Expertise haben alle Erwartungen übertroffen. Zahlreiche Beiträge in Tageszeitungen und Fachzeitschriften, im Hörfunk und Internet haben sich mit dem Phänomen der sogenannten «antifeministischen Männerrechtsbewegung» kritisch auseinandergesetzt. Auch Männerrechtler äußerten sich in Blogs und Kommentarspalten der Zeitungen; eine Morddrohung gegen den Autor der Studie ging ein. Versucht wurde auch, die Veröffentlichung auf juristischem Weg zu behindern. Ohne Erfolg: Die Expertise geht nun in die 3. Auflage.



Die antifeministische Männerrechtsbewegung
Denkweisen, Netzwerke und Online-Mobilisierung
Von Hinrich Rosenbrock. Hrsg. von der
Heinrich-Böll-Stiftung
Berlin 2012, 176 Seiten

Internationale Konferenz: «Gleicher und ungleich zugleich»

Die gut besuchte Bochumer Konferenz vom 6. bis 7. November 2012 (in Kooperation mit der Ruhr-Universität und der Landesstiftung NRW) widmete sich u. a. der Frage, wie sich Globalisierung und ein flexiblierter Kapitalismus auf die Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern auswirken und wie der Wohlfahrtsstaat im Interesse einer emanzipativen Gesellschaft umgebaut werden müsste. Die Vorträge und international besetzten Podien vermittelten einen guten Einblick in den Stand der aktuellen wissenschaftlichen Diskurse. Ergänzt wurden sie durch Workshops, einen davon gestaltete das GWI: «Neue Emanzipationsbündnisse – Frauenbewegungen, Männerbewegungen?».

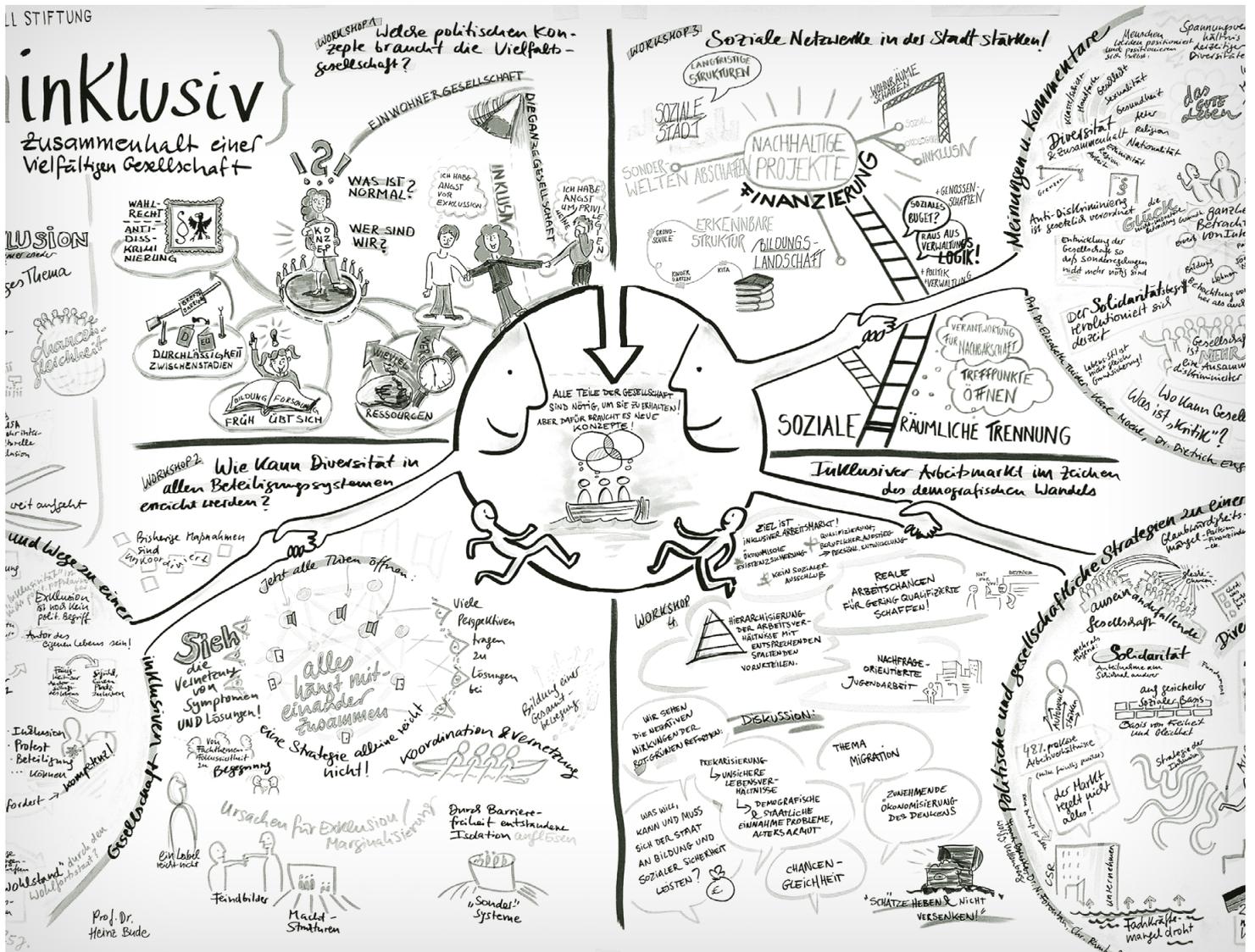


Foto: hbs

Zusammenhalt in einer vielfältigen Gesellschaft

Unsere Gesellschaft steht unter Druck. Lebenswirklichkeiten, soziale Chancen und Zukunftsaussichten driften auseinander. Eine Antwort auf die realen Ungerechtigkeiten und Unsicherheiten ist Inklusion. Inklusion bedeutet, dass jeder Mensch als Individuum so akzeptiert wird, wie er ist, und es jedem Menschen in vollem Umfang möglich ist, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Inklusive Politik knüpft an die grundlegenden Versprechen der Demokratie an: politische Teilhabe und soziale Gerechtigkeit. Um sie einzulösen, müssen strukturelle Barrieren abgebaut und der Zusammenhalt einer vielfältigen Gesellschaft gestärkt werden. Wie gut das gelingt, ist entscheidend für die Zukunftsfähigkeit der Bundesrepublik. Wir wollen die Chancen und Grenzen einer inklusiven Gesellschaft diskutieren und Strategien einer «einschließenden», integrierenden Politik entwickeln.

{hochinklusiv!} – eine Konferenz in Berlin

Wer ist drin, wer bleibt draußen? Eine einfache Frage mit großem gesellschaftlichen Sprengpotenzial. Inklusion bedeutet, dass jeder Mensch so angenommen wird, wie er ist. Niemand soll benachteiligt werden. Bis es in Deutschland so weit ist, müssen allerdings noch viele Hindernisse abgebaut werden: in der Politik, in den Unternehmen, in Ämtern und Behörden, in unseren Köpfen. Mit unserem zweijährigen Projekt «Hochinklusiv! Zusammenhalt einer vielfältigen Gesellschaft» in Kooperation mit den 16 Landesstiftungen wollen wir inklusive Politik weiterentwickeln. Eine Tagung am 20. Oktober 2012 gab dazu eine erste Gelegenheit. Zu Beginn grenzte der Soziologe Heinz Bude den Begriff «Inklusion» vom alten, geläufigen Begriff der Integration ab. Der gehöre in eine Zeit, in der die Idee des männlichen Erwerbsteilnehmers und Haushaltsvorstandes vorherrschte und die Gesellschaft in ihrer Zusammensetzung noch relativ homogen war. Nicht nur die Arbeitsformen, auch die familiären Lebensstile und die ethnische Zusammensetzung der Gesellschaft hätten sich pluralisiert. Als Brennpunkte, in denen Exklusion stattfindet, benannte er u. a. die «Grenzgänger zwischen dem ersten und zweiten Arbeitsmarkt» und die vollbeschäftigten Arbeitnehmer im Dienstleistungsgewerbe – beide Gruppen fühlten sich ausgeschlossen und hätten keine positiven Erwartungen in Bezug auf den Staat, die Gesellschaft und ihre Zukunft. Die einen, weil sie sich ständig auf dem Arbeitsmarkt hin und her bewegten, die anderen, weil ihr Einkommen trotz harter Arbeit nicht reicht, um an der Gesellschaft teilzuhaben.

In den Vorträgen, Workshops und Podiumsdiskussionen ging es um die Erwartungen an eine inklusive Politik sowie Vorstellungen über den Zusammenhalt in einer vielfältigen Gesellschaft. Konsens herrschte darüber, dass eine Politik der Inklusion alleine schon dadurch notwendig sei, dass aufgrund der demografischen Entwicklung alle vorhandenen Potenziale in Deutschland genutzt werden müssten. Peter Siller, Leiter für Politische Bildung der Stiftung, forderte, dass noch viel klarer benannt werden müsse, in welche Richtung die Entwicklung gehen soll. Um die Mittelschicht zu überzeugen, solidarisch zu handeln und diese Politik mitzutragen, gelte es, Kriterien wie Effizienz und Finanzierbarkeit von Inklusion politisch zu vermitteln. Wenn das nicht geschehe, könne Inklusion kein verbindliches gesamtgesellschaftliches Projekt werden. Die theoretischen und praktischen Fallstricke von Exklusion bzw. Inklusion zeigten, wie wichtig es ist, hier eine öffentliche Debatte anzustoßen. Auf unserer Tagung konnten einige entscheidende Fragen gestellt und eine wichtige Diskussion eröffnet werden, die in Deutschland noch am Anfang steht.

Bildung und Inklusion in Thüringen

Mandy Herrmann ist Kindheitspädagogin und KiTa-Fachberaterin für die Diakonie Mitteldeutschland. Zurzeit macht sie ihren Master-Abschluss im Studiengang «Soziale Arbeit» mit dem Vertiefungsschwerpunkt «Bildung für nachhaltige Entwicklung».

Wo wird Inklusion schon gelebt bzw. umgesetzt?

Es gibt schon eine Menge guter Beispiele, vorrangig im Bildungsbereich. Beispielsweise ist im Thüringer Kita-Gesetz schon festgeschrieben, dass jedes Kind jede Einrichtung besuchen darf. Es gibt zwar weiterhin integrative Einrichtungen und Regeleinrichtungen, doch die Eltern haben per Gesetz grundsätzlich die Wahl, und viele Eltern nutzen dies. Auch der Thüringer Bildungsplan hat inklusive Strukturen. Inklusion braucht aber dennoch für mich eine offensivere Benennung in den erziehungswissenschaftlichen Grundlagen. Thüringen möchte ein inklusives Bildungssystem haben, aber daran wird noch gearbeitet.



Für eine wirklich «hochinklusive» und barrierefreie Tagung sorgten leichte Sprache bei der Ankündigung des Programmes, Gebärden- und Schriftdolmetscher für hörbehinderte Teilnehmerinnen und Teilnehmer, Graphic Recording, Film etc. Foto: Stephan Röhl



Mandy Herrmann, Kindheitspädagogin

Foto: hbs

Gibt es Einrichtungen oder Personen, die sich besonders intensiv damit beschäftigen sollten?

Alle sind gefragt: Politikerinnen und Politiker, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die Verwaltung, freie und kommunale Träger. Sie sollten sich die Frage stellen, wie inklusiv ihre Einrichtungen sind.

Man kann mit kleinen Schritten anfangen, zum Beispiel einen Stadtplan auch in Blindenschrift anbieten oder ein Guten Tag am Eingang einer Kindertagesstätte in verschiedenen Sprachen anbringen. Es gibt viele Möglichkeiten, sich an diesem Prozess zu beteiligen, nämlich immer dann, wenn es um Gerechtigkeit geht. Das beginnt in der Kinder-einrichtung und hört im Seniorenheim nicht auf.

Wo liegen die Grenzen der Inklusion?

Inklusion endet dort, wo jemand sie nicht möchte. Auch innerhalb von inklusiven Systemen kann der Wunsch nach Differenz wieder wachsen. Da kann es sein, dass sich Teile der Gruppe von der Gruppe absetzen und dadurch eine neue Gruppe entsteht. Inklusion gibt es nie ohne Exklusion. Auch in einer inklusiven Schule wird es immer negative soziale Reaktionen und Ablehnung geben. Es gibt eben mehr oder weniger inklusiv gelingende Prozesse. Da hilft Gelassenheit. Menschliche Gruppen sind eben so. Damit muss man leben.

Aber es gibt auch von außen gemachte Grenzen, beispielsweise im deutschen Bildungssystem. Durch das Festhalten am separierenden System in den Schulen werden viele Zugänge erst gar nicht ermöglicht. Das gilt auch für Organisationen, Vereine und ihre Satzungen. Da ergeben sich Grenzen, wo keine sein müssten.

Wie könnte es in Thüringen in zehn Jahren aussehen?

(...) Vielleicht werden wir in zehn Jahren gar nicht mehr darüber reden, dass Kinder in verschiedenen Schulen angemeldet werden müssen. Ich wünsche mir, dass die Wege einfacher werden, die Übergänge weicher und dass es insgesamt gerechter zugeht. Wenn Inklusion als Leitbild übernommen wird, ist schon ganz viel getan.

Leistung, die sich lohnt? – eine Podiumsdiskussion

Das Leistungsprinzip ist ein wichtiges Element der sozialen Integration moderner Gesellschaften. Mit ihm wandte sich das Bürgertum einst gegen die Vorherrschaft des Adels. Wie ist es heute um das Leistungsprinzip in Deutschland bestellt? Ist der Aufstieg durch Bildung nur noch ein Mythos? Können wir ohne Leistungsprinzip ein leistungsfähiges Land bleiben? Diese und andere Fragen standen im Mittelpunkt einer Podiumsdiskussion am 25. Juni in der Reihe «Was ist der deutsche Traum?»

Es war eine alarmierende Diagnose, die der Frankfurter Soziologe Sighard Neckel in seinem einführenden Vortrag über den Zustand Deutschlands stellte. Wir hätten es mit einer Verteilungsordnung zu tun, die auf Besitz und Anlagekapital gegründet sei. Dadurch würden Sozialstrukturen etabliert, die aus den Regeln einer bürgerlichen Leistungs- und Wettbewerbsordnung nicht mehr erklärbar seien. Längst würden in der Öffentlichkeit Zweifel laut, ob es noch Chancengerechtigkeit in Deutschland gebe. Dass gute Schul- und Hochschulabschlüsse nicht automatisch gesellschaftliche Anerkennung bringen, darüber berichtete Dr. Mehmet Gürcan Daimagülers aus eigener Erfahrung. Er schaffte den Sprung von der Hauptschule aufs Gymnasium, studierte Jura und Philosophie, promovierte, machte einen Abschluss in Harvard, arbeitete sich in der Politik als erster Deutsch-Türke bis in den Bundesvorstand der FDP hoch, aus der er 2007 wieder austrat. Heute ist er Partner in einer Anwaltskanzlei. Ökonomisch ist er sicherlich oben angekommen. Allerdings fühle er sich bis heute aus der deutschen Gesellschaft ausgeschlossen.



Dr. Mehmet Gürcan Daimagüler, Rechtsanwalt und Autor, schaffte den Sprung von der Hauptschule bis nach Harvard. Foto: Stephan Röhl

sen und nie wirklich zugehörig, egal, wie viel er leiste. Insofern sieht er seine Geschichte auch nicht als Erfolgsgeschichte.

Auf die Frage, wie Deutschland gerechter werden könne, forderte Soziologe Neckel hohe Investitionen in die Infrastruktur von Bildung. Schulen müssten wieder so ausgestattet werden, dass sie auch jenen Bildungserfolge und sozialen Aufstieg ermöglichen, die nicht aus privilegierten Elternhäusern kämen. Notwendig sei darüber hinaus die Rückbesinnung auf ein ökonomisches Marktsystem, in dem Bildung und Leistung zu Erfolg und Aufstieg führen können.

Vorbilder im Gespräch – mit Hatice Akyün

Herkunft ist in Deutschland weiterhin der bestimmende Faktor für Lebenschancen. Trotz Aufstiegsbestrebungen finden sich Migrantinnen und Migranten überdurchschnittlich häufig in den unteren sozialen Schichten mit niedrigen Bildungsabschlüssen und Einkommen. Erfolgreiche Migrantinnen und Migranten aus Politik, Verwaltung, Sport, Wissenschaft, Kultur und Medien können durch ihre Aufstiegsgeschichten zu Vorbildern werden. Welche Chancen haben sie genutzt, um sich und ihre Träume zu verwirklichen? Wann kollidiert das Aufstiegsstreben durch Bildung und Leistung mit der selektierenden Wirklichkeit, mit der Migrantinnen und Migranten häufig konfrontiert sind? Diese und andere Fragen wollen wir im neuen Format «Vorbilder im Gespräch» diskutieren und erörtern. Erster Gast war Şeyda Emek, Richterin am Verwaltungsgericht und Lehrbeauftragte an der Universität Hamburg. Vorbild will und wollte sie eigentlich nie sein, aus Sorge, mit ihrer Karriere «wie ein Zirkuspferd» vorgeführt zu werden. Dass eine so exponierte Position wie die ihre für eine Frau mit türkischen Wurzeln in Deutschland offenbar nicht selbstverständlich ist, wurde ihr erst bewusst, als sie vor fünf Jahren zur Richterin ernannt wurde. Anders als im Studium oder im Referendariat war sie am Verwaltungsgericht auf einmal die Einzige mit Migrationshintergrund: «Plötzlich war ich wie in einem Vakuum», schilderte Emek die neue Erfahrung. «Ich sehe inzwischen ein, dass wir etwas tun müssen.»

Gute Bildung für alle! Neue Perspektiven für Roma-Kinder – Tagung

Der jüngste Zuzug von Roma-Familien aus Osteuropa ist eine Herausforderung: Täglich kommen neue Kinder, die noch keine Deutschkenntnisse haben oder keine schulische Vorbildung besitzen, in die Schulen. Hinzu kommt der oftmals prekäre Aufenthaltsstatus der Familien. Die Lehrerinnen und Lehrer wissen meist zu wenig über die Lebenssituation der Menschen in den Herkunftsländern und auch über die alltägliche Diskriminierung in Deutschland. Der Unterstützungs- und Informationsbedarf ist demnach groß – sowohl vonseiten der Schulen als auch von Einrichtungen wie Jugendämtern oder der Polizei. Vor allem die Schulen brauchen neue Konzepte, um Vorurteile zu bekämpfen und gleiche Bildungschancen zu ermöglichen. Auf unserer Tagung «Gute Bildung für alle!» im November 2012 wurde deutlich, dass rassistische Diskriminierungen und Stereotypisierungen von Roma und Sinti nach wie vor das Hauptproblem sind, wenn es darum geht, gleiche Bildungschancen zu ermöglichen. Die Workshops vermittelten Strategien gegen Diskriminierungen für Betroffene, aber auch Interventionsmöglichkeiten für Lehrerinnen und Lehrer. Erfolgreiche Projekte gibt es bereits, wie z. B. die Roma-Schulmediation. Sie wurden auf der Tagung vorgestellt und als mögliche Vorbilder für die Verbesserung der Berliner Praxis diskutiert. Die Tagung konnte so erste Impulse geben und sowohl die Berliner Schulverwaltung und Jugendämter als auch Roma und Selbstorganisationen an einen Tisch bringen.



(v.l.n.r.) Sigrud Klebba, Berliner Staatssekretärin für Jugend und Familie, Şeyda Emek, Richterin am Verwaltungsgericht, und Hatice Akyün, Journalistin und Schriftstellerin Foto: Stephan Röhl

Onlinedossier: Crossing Germany. Bewegungen und Räume der Migration. Von Stipendiatinnen und Stipendiaten der Heinrich-Böll-Stiftung.
→ <http://www.migration-boell.de>

Diversität und Kindheit. Frühkindliche Bildung, Vielfalt und Inklusion
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
Berlin 2012, 156 Seiten

Alle Beiträge der Tagung zum Nachhören
→ www.boell.de

SurVivArt – Kunst für das Recht auf ein gutes Leben

Seit vielen Jahren arbeitet die Stiftung zum Thema Klimawandel und der Frage, wie ihm politisch, ökonomisch und sozial begegnet werden kann. Mit dem Projekt «SurVivArt» wollten wir auch die kulturellen Dimensionen des Klimawandels besser verstehen. Wir haben Künstlerinnen und Künstler aus Äthiopien, Kambodscha, Myanmar, Nigeria, Thailand und der Tschechischen Republik eingeladen, im eigenen Umfeld über das gute Leben in Zeiten des Klimawandels zu reflektieren. Herausgekommen ist ein Kaleidoskop höchst unterschiedlicher Zugänge zu Fragen von Klimawandel, Nachhaltigkeit, Ernährung und Geschlechterverhältnissen. In Äthiopien zum Beispiel sind Plastikkanister auf dem Lande in jedem Haushalt zu finden – und folglich auch in der Landschaft. Der äthiopische Künstler Kebraab Demeke hat eine 5 x 2 Meter große Skulptur aus Hunderten von Kanistern und Tontöpfen hergestellt. Sie ist mit Leitungen versehen, mit denen Nutzpflanzen, die sich in den Behältern im unteren Teil befinden, bewässert werden. Die Skulptur entstand als Gemeinschaftsprojekt mit den Einwohnerinnen und Einwohnern von Harla und steht auf einem Schulhof. Der Umweltclub der Schule wird sich um die Pflanzen kümmern und sie ernten. So sind die Kanister immer noch gegenwärtig, als Kunstwerk können sie nun betrachtet und genutzt werden.

Nino Sarabutra aus Thailand rückte einen Aspekt in den Mittelpunkt, der vor allem in der Megacity Bangkok mit ihren unzähligen Einkaufszentren unübersehbar ist: Konsum. Er gilt den meisten Thailändern als Voraussetzung für ein «gutes Leben» oder gar als Synonym. Vom 5. bis 24. Februar 2012 waren die im Rahmen von «SurVivArt» entstandenen Werke in den Galerien Mikael Andersen und Meinblau in Berlin-Prenzlauer Berg zu sehen.

radius of art – internationale Konferenz in Berlin

Kunst, Theater, Literatur – sie bieten vielfältige Möglichkeiten, gesellschaftliche Fragen aufzugreifen und den öffentlichen Raum zu politisieren. Einen internationalen Erfahrungsaustausch über die Potenziale von Kunst- und Kulturprojekten ermöglichte unsere Fachkonferenz «radius of art» vom 8. bis 9. Februar 2012 in Berlin. Über 70 Kulturschaffende aus aller Welt diskutierten vor 160 geladenen Gästen über neue Formate einer «Kunst des Öffentlichen», über die Wirkung von Kunst und Kultur auf gesellschaftliche Veränderungsprozesse, Kulturen der Nachhaltigkeit sowie die Zukunft der internationalen Kulturförderung. Prominente Referentinnen und Referenten waren u. a. die ägyptische Kulturmanagerin Basma El Hussein, die als treibende Kraft des Wandels im Kultursektor Ägyptens gilt, oder der Architekt, Urbanist und Wissenschaftler Alessandro Petti, dessen Büro in Bethlehem architektonische Vorschläge erarbeitet, wie israelische Siedlungen und die Militärstützpunkte im Westjordanland nach der israelischen Besetzung wieder nutzbar gemacht werden können. Der Impuls für die Konferenz ging vom Projektbüro «radius of art» der Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein in Kiel aus. Dieses schloss sich für die Vorbereitung und Durchführung mit der Berliner Zentrale als Ko-Veranstalter zusammen. Während der Vorbereitung zeigte sich ein unerwartet großes Interesse vonseiten anderer Institutionen, am Ende waren es über zehn Kooperationspartner.

Wider die Müdigkeit! – Kulturfestival

«Müdigkeitsgesellschaften» nennt der Karlsruher Philosoph Byung-Chul Han die westeuropäischen Zivilisationen. Mit dem Kulturfestival «Wider die Müdigkeit!» vom 2. bis 3. Juni 2012 in Berlin wollten wir Raum zum Aufwachen und Wachrütteln bieten. Einmischung, Aufbe-

→ survivart.boellblog.org



Installation *Klima +/-*: «Werden Plastikbeimer einfach nur weggeschmissen, zerstört das die Umwelt. Alles, was zerstörerisch ist, kann aber auch ins Positive gewendet werden.» Kebraab Demeke Foto: Kebraab Demeke

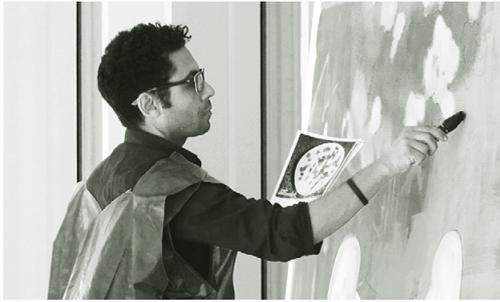


«Ich habe 365 Schalen geschaffen, um uns daran zu erinnern, dass die Nahrung, die wir Tag für Tag essen, zeigt, wie gut es uns geht, und dass einfache Genüsse genügen können, um uns glücklich zu machen.» Nivo Sarabutra Foto: Nino Sarabutra

Dossier (engl.) zur Konferenz
→ www.boell.de/radiusofart

Konzeptgedanken zur Errichtung eines
Fonds Ästhetik und Nachhaltigkeit
Von Adrienne Goehler. Hrsg. von der Heinrich-
Böll-Stiftung, Berlin 2012, 56 Seiten

Auf dem Weg zu einem globalen (Umwelt-) Be-
wusstseinswandel. Über transformative Kunst
und eine geistige Kultur der Nachhaltigkeit
Von Sacha Kagan. Hrsg. von der Heinrich-
Böll-Stiftung Berlin 2012, 52 Seiten



Während des Festivals: Der ägyptische Street-Art Künstler Abo Ammar Bakr in Aktion Foto: hbs

Dossier zum Kulturfestival

→ www.boell.de/widerdiemuedigkeit

gehen, Idealismus und Hoffnung – davon berichteten unsere internationalen Gäste, vor allem Schriftstellerinnen und Schriftsteller aus dem arabischen Raum und Mittel- und Osteuropa. Sie präsentierten ihre künstlerischen und intellektuellen Reaktionen auf die gesellschaftlichen Umbrüche in ihren Ländern – ob vor kurzem erst in Ägypten und Tunesien oder seit 1989 in den Ländern Osteuropas. In Lesungen und Gesprächen, Filmen oder Musik ging es um die Wechselwirkungen zwischen Kunst und Politik. Statt Müdigkeit war ein aufgeweckter Austausch der Meinungen angesagt. Visuelle Spotlights kamen u. a. von Nicolaus Geyrhalter, dessen Film «Abendland» eindrucksvolle Bilder der «ermüdeten» Gesellschaften Europas lieferte. Sie kontrastierten mit den kunstvoll komponierten Bildern des Videoperformers Assaf Etiel vom Aufbruch in der arabischen Welt. Im Rahmen des Festivals wurde auch die Ausstellung »Metro« mit Arbeiten von Magdy El-Shafee erstmalig in Berlin präsentiert. El-Shafees »Metro« – die erste arabische Graphic Novel – war und ist in Ägypten verboten und wurde 2008 unter Anklage gestellt. «Ich wurde verurteilt, weil ich über Bilder nachgedacht hatte und über Wörter ... Das ist verrückt», so Magdy El-Shafee.

Pussy Right – Textcollage zum Moskauer Punkprozess

Unmittelbar nach dem Moskauer Prozess gegen die drei Aktivistinnen der Gruppe «Pussy Riot» wurden – erstmals in deutscher Sprache – in der Beletage der Heinrich-Böll-Stiftung die Plädoyers der drei Aktivistinnen, Aussagen von Zeugen der Anklage und die Befragung durch die Richterin von Schauspielerinnen des Maxim-Gorki-Theaters performt. Verbunden mit Auszügen aus der «Antigone» des Sophokles und Videoaufnahmen vom Prozess entstand die Performance «PUSSY RIGHT». Sie wurde live im Internet übertragen und insbesondere auf russischen Online-Plattformen kommentiert. Das Video der Performance ist abrufbar unter www.boell.de.



Performance «Pussy Right» Foto: Kilian-Davy Baujard

netz:regeln 2012 – eine Konferenz in Berlin

Unter dem Motto «Transparenz und Vertrauen – No limits?» luden die Stiftung und BITKOM im September zum dritten netzpolitischen Dialog zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und der Netzgemeinde ein. Die Debatten über die Nutzung des Internets und dessen Regulierung sind vielfältig und vielschichtig. Fragen nach grundlegenden Werten in der digitalen Welt und ganz allgemein nach gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen im und durch das Internet gehen dabei oft verloren. Vertrauen, Transparenz und deren Grenzen standen im Mittelpunkt der zahlreichen Podiumsgespräche. Der Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen analysierte in seinem Vortrag «Der entfesselte Skandal. Das Ende der Kontrolle im digitalen Zeitalter» die sich verändernde Öffentlichkeit. Seine Beispiele: Erst unbeachtet gebliebene Sätze eines Bundespräsidenten forcieren dessen Rücktritt; Politikerinnen und Politiker stürzen über Plagiate; SMS-Botschaften und Twittermeldungen beenden Karrieren. Jenseits von hektischer Internet-Panikmache lautet sein Rat: «Handle stets so, dass du mit den öffentlichen Folgen deines Handelns leben kannst. Sei dir aber bewusst, dass du keine realistische Chance auf Kontrolle hast.»

Künstlerinnen und Künstler und das Urheberrecht

«©2012ff» und «Copy.Right.Now!» hießen unsere Veranstaltungen im Berliner Theater Aufbau Kreuzberg und in den Sophiensälen, in deren Mittelpunkt das Verhältnis der Künstlerinnen und Künstler zum Urheberrecht stand. Am 21. Mai 2012 moderierte Agnes Krumwiede, kulturpolitische Sprecherin der Grünen, eine Diskussion u. a. mit

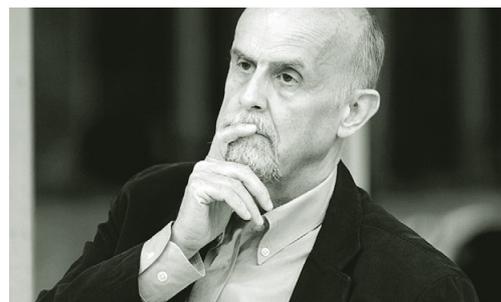


Tanzperformance «Dance!Copy!Right?» Foto: Dieter Hartwig

Züli Aladag, Filmregisseur und Produzent, und Nina George, Schriftstellerin und Initiatorin der Aktion: «Wir sind die Urheber» über die ökonomische Situation freischaffender Künstlerinnen und Künstler und die Folgen einer Reform des Urheberrechts für ihre Arbeit. Im Rahmen der Aufführungsserie von «Dance! Copy! Right?» organisierte die Stiftung am 25. Mai 2012 zusammen mit den Sophiensaelen und dem Büro Ehrliche Arbeit einen Abend zum Urheberrecht in der Choreographie. Dem Vortrag des Wirtschaftsjuristen Eckhart Höffner zum Wert der geistigen Leistung folgte das Tanzstück selbst. Abschluss bildete eine Diskussion mit dem Choreographen Christoph Winkler, Medienanwalt Jan Fröhlich und dem Autor und Blogger Ulf Schmidt, die sich mit der Aufführung und weitergehenden Fragen beschäftigten.

Böll und Kopelew – deutsch-russisches Symposion

Die Veranstaltung am 18. und 19. Juni nahm zwei Ereignisse zum Anlass: den 100. Geburtstag von Lew Kopelew am 9. April 2012 und das Erscheinen der Briefedition «Heinrich Böll – Lew Kopelew». Die mehrjährige Vorarbeit zu der 2011 erschienenen Edition war durch die Heinrich-Böll-Stiftung ermöglicht worden. Die Journalisten Fritz Pleitgen und Klaus Bednarz lasen Auszüge daraus vor. Beide waren in den 1970er Jahren als Korrespondenten in Moskau akkreditiert. Als Zeitzeugen kommentierten sie das Geschehen. Ein Symposion nur für Fachpublikum beleuchtete am zweiten Tag die Situation der kritischen Literaten und die Lage von Künstlern und Intellektuellen in der Sowjetunion der nachstalinistischen Ära bis zum Beginn der 1980er Jahre. Dem intellektuellen Austausch der beiden Schriftsteller Heinrich Böll und Lew Kopelew wurde dabei besondere Beachtung zuteil. Das Schlusspodium spannte den Bogen zu den politischen Verhältnissen im heutigen Russland.



Ehrengast René Böll Foto: Stephan Röhl

Heinrich Böll – Lew Kopelew. Briefwechsel
Mit einem Essay von Karl Schlögel. Hrsg. von Elsbeth Zylla im Steidl-Verlag Göttingen 2011, 747 Seiten, 29,80 Euro

Vortrag: Die gesamte jüdische Geschichte in einer Stunde

«Wer ist weise? Der von jedem lernt» (Psalm 119:99) – Im August 2012 haben wir in Kooperation mit den Jüdischen Kulturtagen Berlin den Gelehrten, Schriftsteller, Übersetzer und Kabbalisten David Solomon für einen Vortrag nach Berlin eingeladen. Bekannt für seinen dynamischen und inspirierenden Lehrstil, referierte er die gesamte jüdische Geschichte in einer Stunde. Durch seine interaktionistische und fulminante Vortragsmethode verschaffte er seinen Zuhörerinnen und Zuhörern in kürzester Zeit einen tiefen Einblick in die Geschichte des Jüdischen Volkes. Als Folie für seinen visuellen Vortrag nutzte er alle vier Wände des Konferenzraumes – pro Wand ein Jahrtausend jüdische Geschichte.

Beziehungsweise(n) – Deutsch-israelische Literaturtage

«Familie ist wie eine Kapsel, die für Beständigkeit sorgt und die hilft, all die äußerlichen Veränderungen zu verdauen», so Yotam Tolub, israelischer Schriftsteller, während der 6. Deutsch-israelischen Literaturtage in Berlin, zu denen die Heinrich-Böll-Stiftung und das Goethe-Institut vom 25. bis 29. April 2012 eingeladen hatten. Unter dem Titel «beziehungsweise(n)» näherten sich an fünf Lese- und Diskussionsabenden Autorinnen und Autoren aus Israel und Deutschland dem Beziehungskosmos Familie an. Über das Prinzip der «Solidarität» jenseits von Familie sprach bei der Abschlussdiskussion Vorstandsmitglied Ralf Fücks u. a. mit der israelischen Journalistin Avirama Golan und der Begründerin des israelischen Social Protest Movement, Stav Shaffir. Beide wiesen auf die derzeit schwierige innenpolitische Situation in Israel hin. Mehr als auf die Solidarität von außen solle Israel sich nun auf seine Selbstverantwortung besinnen, so Stav Shaffir: «Wir müssen uns selbst retten – jetzt!»



Stav Shaffir, Begründerin des israelischen Social Protest Movement Foto: Stephan Röhl



Foto: Stephan Röhl

Rückenwind für junge Talente

Wir fördern Studierende und Promovierende aller Fachrichtungen aus dem In- und Ausland. Neben einem Stipendium bieten wir auch individuelle Beratung und Qualifizierung, regen zur politischen Debatte an und unterstützen unsere Stipendiatinnen und Stipendiaten darin, sich selbst zu organisieren und zu vernetzen.

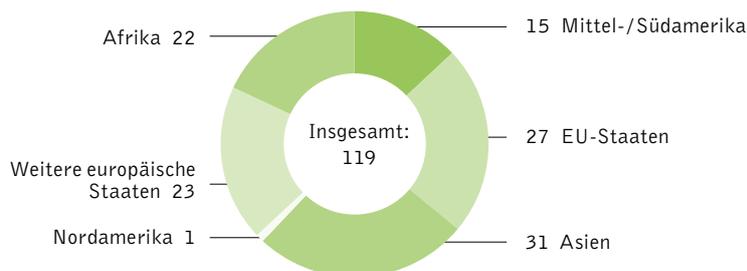
Unser Anliegen ist es, Talente zu entdecken und ihre Potenziale zu fördern. So wollen wir zukünftige Multiplikatorinnen und Multiplikatoren gewinnen, die sich weltweit für die Ziele der Stiftung einsetzen: für mehr Demokratie, Solidarität, ökologisches Handeln, nachhaltige Politik und Menschenrechte.

Wir kombinieren in unserer Nachwuchsförderung den Leistungsgedanken mit Chancengerechtigkeit. Neben sehr guten Schul- bzw. Studienleistungen, die im Auswahlverfahren im individuellen biografischen Kontext bewertet werden, erwarten wir von unseren Stipendiatinnen und Stipendiaten, dass sie Verantwortung für das Gemeinwesen übernehmen, sich gesellschaftlich engagieren und sich für Politik interessieren.

Wer wird gefördert?

Aus rund 1900 Bewerberinnen und Bewerbern wählte das Studienwerk 230 Stipendiatinnen und Stipendiaten in einem dreistufigen Auswahlverfahren neu aus und nahm sie in die Förderung auf. 2012 wurden insgesamt 877 Studierende und 181 Promovierende gefördert (604 Frauen, 453 Männer). 965 Stipendien konnten aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung sowie 93 über das Auswärtige Amt finanziert werden. 119 der Geförderten kamen aus dem Ausland für ein Studium oder für die Promotion nach Deutschland.

Herkunft der internationalen Stipendiatinnen und Stipendiaten:



Ideelle Förderung: Beratung – Qualifizierung – Vernetzung

Das Studienwerk bietet seinen Stipendiatinnen und Stipendiaten persönliche Beratung zur Studienplanung und zur gegenseitigen Vernetzung an. Seminare, Workshops, eine Sommerakademie, zahlreiche Trainings, Studienreisen und Diskussionsforen unterstützen sie in ihrer Persönlichkeitsentwicklung und Qualifizierung. Mit unserem ideellen Begleitprogramm wollen wir zur politischen Debatte anregen, Schlüsselkompetenzen vermitteln, zum interdisziplinären Dialog ermuntern und das politische Engagement unserer Stipendiatinnen und Stipendiaten befördern. Die meisten Veranstaltungen verfolgen einen integrativen Ansatz, d. h., sowohl Studierende als auch Promovierende unterschiedlichen Alters und aus verschiedenen Fächern lernen gemeinsam. Wir haben außerdem spezielle Angebote für bestimmte Zielgruppen, z. B. für Studierende aus dem Ausland («Wissenschaftliches Schreiben in der Fremdsprache Deutsch» oder eine Studienreise nach Weimar) oder für Promovierende (z. B. «Kollegiale Beratung für Promovierende» oder eine Diskussionsveranstaltung über Plagiate und gute Praxis in der Wissenschaft) und auch für Erstsemester (z. B. das Seminar «Studienstart»).

Besondere Schwerpunkte aus dem Jahr 2012

Durch das «Gutscheinprogramm», das von der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin und ihren 16 Landesstiftungen bundesweit angeboten wird, konnten unsere Stipendiatinnen und Stipendiaten aus 40 mehrtägigen Veranstaltungen auswählen. Das Interesse war groß, die Themen reichten von der Energiewende über Bildungsgerechtigkeit bis hin zur politischen Bewertung des Arabischen Frühlings. Wir unterstützen insbesondere die regionale und lokale Vernetzung unserer Stipendiatinnen und Stipendiaten. Im Jahr 2012 haben sich an zahlreichen Hochschulen «Lokale Initiativen» gegründet, die sich regelmäßig treffen, eigene Veranstaltungen planen, Ausstellungen besuchen oder sich mit Vertrauensdozentinnen, Vertrauensdozenten und Alumni vor Ort vernetzen. Diese dezentrale Struktur soll zukünftig noch weiter ausgebaut werden. Unser Coaching- und Mentorenprogramm «Grün vernetzt» bot Methodenworkshops und Seminare an, um die Stipendiatinnen und Stipendiaten darin zu schulen, andere kollegial zu beraten und zu unterstützen, etwa in Fragen der Studienorganisation oder Studienplanung.



Dr. Manja Hussner war von 1999 bis 2004 Stipendiatin der Heinrich-Böll-Stiftung – zuerst wurde sie als Studentin der Rechtswissenschaften an der Universität Leipzig gefördert, anschließend während ihrer Promotion zu dem Thema «Die Umsetzung der Standards der EMRK in der neuen Strafprozessordnung Russlands». Ihr Interesse für Osteuropa und Zentralasien führte sie von 2006 bis 2009 als Leiterin des DAAD-Informationszentrums nach Taschkent, Usbekistan. Anschließend war sie bis Ende 2011 Referatsleiterin für Zentralasien und Kaukasus in der Bonner DAAD-Zentrale. Seit Januar 2012 leitet sie das International Office der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und ist dort vorrangig für die Internationalisierung der Hochschule zuständig. Foto: Hussner



Dr. Rajinder Singh absolvierte ein Lehramtsstudium in Indien und studierte anschließend Physik mit Schwerpunkt «regenerative Energiequellen» an der Universität Oldenburg. Von 1998 bis 2001 war er Stipendiat der Stiftung. 2004 promovierte er an der Universität Hamburg über den indischen Nobelpreisträger C.V. Raman; er veröffentlichte zahlreiche Beiträge in nationalen und internationalen Zeitschriften. Seit 2006 unterrichtet er Physik und Chemie an einer Ganztagschule im niedersächsischen Syke. Dort leitet er den Fachbereich Chemie, die AG «Jugend forscht – Schüler experimentieren» sowie eTwinning- und Comenius-Projekte. Foto: Singh

Ausführliches Veranstaltungsprogramm

→ www.boell.de

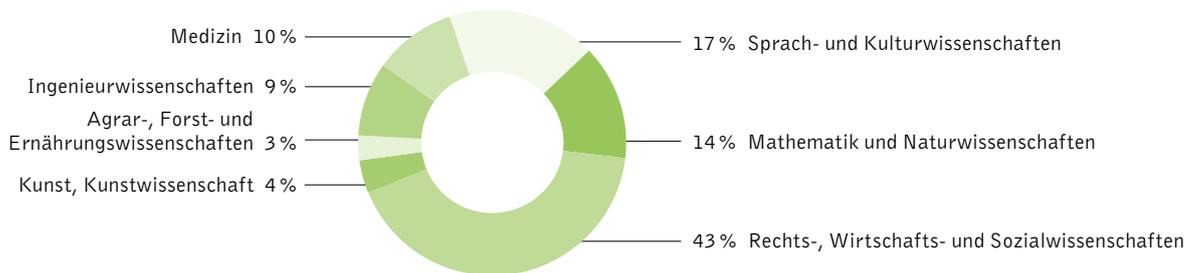


Irlandreise 2012: Auf den Spuren Heinrich Bölls

Foto: Christoph Hoff

Ein Höhepunkt im Jahr 2012 war die einwöchige Studienreise nach Irland: «Es gibt dieses Irland: wer aber hinfährt und es nicht findet, hat keine Ersatzansprüche an den Autor» – so schreibt Heinrich Böll in seinem «Irischen Tagebuch», erschienen 1957. Es zählt bis heute zu den meistgelesenen und immer wieder neu aufgelegten Werken des Nobelpreisträgers. 15 Stipendiatinnen und Stipendiaten folgten den Spuren Heinrich Bölls – von Dublin über Limerick und Galway zunächst nach Kylemore Abbey, einem Kloster der Benediktinerinnen. Dort informierten sie sich über die Wurzeln des Katholizismus in Irland. Anschließend ging es in den äußersten Nordwesten nach Achill Island, wo René Böll, der Sohn Heinrich Bölls, die Gruppe empfing und ihnen Orte des «Irischen Tagebuchs» zeigte. Besonders eindrücklich war der Besuch im Böll-Cottage, das heute als Arbeitsort für Schriftsteller/innen und Künstler/innen dient.

Stipendienvergabe nach Fachgebieten:



Unser Projekt «Chancengerechtigkeit»

Bildungshintergrund und Migrationsgeschichte der Eltern sind immer noch bestimmende Einflussfaktoren für die Bildungslaufbahn ihrer Kinder. Dabei erfahren Hochschulzugangsberechtigte und Studierende aus einem nichtakademischen Elternhaus die Selektion des deutschen Bildungssystems vor allem an den Übergängen zur weiterführenden Schule, zum Studium und zur Promotion. Im Fall von Abiturienten und Studierenden mit einer Migrationsgeschichte sind diese Hürden vor allem für die «erste Generation» besonders groß. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat in den Jahren 2010 bis 2012 für «unterrepräsentierte Gruppen» mehr Sondermittel für die Begabtenförderung bereitgestellt. Wir konnten deshalb besondere Zielgruppen unter den Studierenden neu oder verstärkt in den Blick nehmen, um ihren Anteil in der Förderung der Heinrich-Böll-Stiftung zu erhöhen. Es sind vor allem Studierende aus den MINT-Fächern (dazu gehören Mathematik, Ingenieurwissenschaften, Natur- und Technikwissenschaften, vor allem solche mit Ökologie- bzw. Umweltbezug), Fachhochschulstudierende, Studierende aus nichtakademischen Elternhäusern und Studierende mit Migrationsgeschichte. Durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit an Fachhochschulen, durch direkte Ansprache der Zielgruppen an ihren Hochschulen und durch die Sensibilisierung der Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten und der Auswahlkommissionsmitglieder konnte der Anteil der unterrepräsentierten Gruppen erheblich gesteigert werden: 33 Prozent unserer Studienstipendiatinnen und -stipendiaten haben eine Migrationsgeschichte (zum Vergleich: Im Bundesdurchschnitt haben 11 Prozent aller Studierenden an deutschen Hochschulen einen Migrationshintergrund), mehr als 9 Prozent der von uns geförderten Studierenden sind an einer Fachhochschule eingeschrieben und rund 27 Prozent studieren und promovieren in den MINT-Fächern. Besonders erfreulich ist, dass es gelungen ist, die soziale Zusammensetzung der Stipendiatenschaft stärker zu mischen: Rund 42 Prozent der im Jahr 2012 neu in die Förderung aufgenommenen Studierenden kommen aus einem

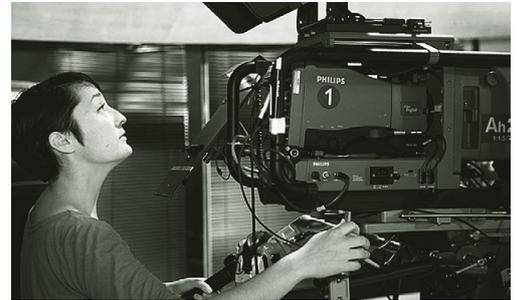


Das Netz der Alumni wird immer dichter: Inzwischen verzeichnen wir mehr als 2600 weltweit. Regelmäßig laden wir sie nach Berlin zum «Alumni-Salon» ein. Die aus der Förderung ausgeschiedenen Stipendiatinnen und Stipendiaten werden dabei feierlich verabschiedet. Foto: Stephan Röhl

nichtakademischen Elternhaus. Mehr als 66 Prozent unserer Stipendiatinnen und -stipendiaten bekommen ein elterneinkommensabhängiges Voll- oder Teilstipendium.

Qualifizierung des journalistischen Nachwuchses

Seit dem Jahr 2008 läuft unser Programm «Medienvielfalt, anders. Junge Migrantinnen und Migranten in den Journalismus», in dessen Rahmen wir bislang 37 junge Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten mit Migrationsgeschichte gefördert haben bzw. noch fördern. In zahlreichen Seminaren und Workshops lernten sie Handwerkszeug für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, für Hörfunk oder Recherche. Und sie diskutierten mit Fachleuten zu medienpolitisch relevanten Themen wie die Rolle der Medien in der NSU-Mordserie u. a. Das Programm findet in Kooperation mit mehreren Medien und Partnern statt, im Jahr 2012 konnten wir den *Tagesspiegel*, *sueddeutsche.de*, *Neue Deutsche Medienmacher* und das *Grimme-Institut* noch hinzugewinnen.



Einblick in die journalistische Praxis

Foto: Andrea Kroth

Forschung für und über die «Große Transformation» – ein Themen-Cluster in der Promotionsförderung

Die «Große Transformation» – der ökologische Umbau von Industriegesellschaften hin zu einer klimaverträglichen, ressourcenschonenden und nachhaltigen Weltwirtschaftsordnung – erfordert weitreichende und vielfältige Gestaltungsaufgaben, die weder rein wissenschaftlich-technologischer noch rein gesellschaftlicher oder politischer Natur sind. Damit diese gelingen, müssen verschiedene einzelwissenschaftliche Perspektiven zusammengebracht und unter transformationsrelevanten Fragen und Perspektiven integriert werden. Mit unserem neuen Forschungsschwerpunkt «Transformationsforschung» in der Promotionsförderung wollen wir einen Beitrag zum Aufbau des neuen Forschungsfelds der Transformationsforschung leisten. Denn es ist Aufgabe der wissenschaftlichen Gemeinschaft, Wissen zu entwickeln und verantwortlich handelnde Wissensträgerinnen und -träger auszubilden, die die globale Gerechtigkeit und die Entwicklung einer ökologisch nachhaltigen Weltwirtschaft befördern können. Derzeit werden bereits neun Promotionsstipendiatinnen und -stipendiaten aus unterschiedlichen Disziplinen – Physik, Wirtschaftswissenschaften, Soziologie, Politikwissenschaften, Landschaftsarchitektur, Biologie und Geografie – gefördert. Das Cluster bildet einen wichtigen Schwerpunkt im Rahmen unserer Promotionsförderung.

Arbeitsgruppen

Die selbst organisierten Arbeitsgruppen der Stipendiatinnen und Stipendiaten zu Schwerpunktthemen der Stiftung sind eine Besonderheit im Begleitprogramm der Heinrich-Böll-Stiftung. 2012 arbeiteten Gruppen zu folgenden Themen:

- ▬ Bildung
- ▬ Dialog Islam
- ▬ Gesundheit, Ethik, Pharma
- ▬ Internationale Zusammenarbeit
- ▬ Kunst und Politik
- ▬ Postkoloniale Migration und Antirassismus
- ▬ Politische Ökologie
- ▬ Wirtschaftspolitik

Sommerakademie «Campus 2012»

Wie wollen wir zukünftig mit natürlichen Ressourcen umgehen, wie sie schützen? Können wir weiter wachsen – zu wessen Nutzen, auf wessen Kosten? Und was bedeutet nachhaltige Entwicklung eigentlich genau? Mit diesen und anderen Fragen beschäftigte sich die jährlich stattfindende Sommerakademie des Studienwerks, der Campus, vom 13. bis 18. August 2012 in Bad Bevensen. Den Auftakt bestritten Bettina Henning von der Forschungsstelle Nachhaltigkeit und Klimapolitik der Universität Rostock und Christine Chemnitz, Referentin für internationalen Agrarhandel der Heinrich-Böll-Stiftung. Beide vertraten Positionen der wachstumskritischen «Degrowth»-Bewegung, die für «Wirtschaftsschrumpfung» plädiert.

Die Sommerakademie lebt vor allem von der Eigeninitiative der Stipendiatinnen und Stipendiaten. Für den Campus 2012 gestalteten sie Seminare zu Themen wie «Umweltbewegung gestern und heute», «Green New Deal – emanzipatorisches Programm oder technokratisches Reformprojekt?» oder «Ökologische Glücksforschung – mit nachhaltiger Ökonomie zu besserem Wohlstand». Die Teilnehmenden diskutierten mit Prof. Dr. Daniel J. Lang von der Leuphana-Universität in Lüneburg u. a. zur «Transdisziplinären Nachhaltigkeitsforschung» und zu den wechselseitigen Lernprozessen verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen. Mit neun Werkstätten zu Themen wie «Visual overkill», «Auditive Wahrnehmung und Klangkunst», zu «Kreativem Schreiben und Erzählen» oder zum «Kleinen A–Z der Pressearbeit» und einem kulturellen Programm endete die einwöchige Sommerakademie.

Refugium für Künstlerinnen und Künstler

Weltweit vertreten Künstlerinnen und Künstler Positionen zu politischen und gesellschaftlichen Themen. Doch kritische Geister sind oft unerwünscht. Mit unserem Stipendienprogramm im Verein Heinrich-Böll-Haus Langenbroich e.V. ermöglichen wir Kunstschaffenden aus Afrika, Asien, Lateinamerika, Ost- und Südosteuropa, für einige Monate ungestört, ohne finanzielle Sorgen und frei von Verfolgung und Zensur kreativ zu arbeiten.

Bewerbungen an:

Heinrich-Böll-Stiftung, Frau Sigrun Reckhaus
c/o Stadtbibliothek
Josef-Haubrich-Hof 1, 50676 Köln
T 0221-283 4850 F 0221-510 2589
E reckhaus@boell.de

Gäste im Heinrich-Böll-Haus Langenbroich 2012

Rula Asad (Jahrgang 1983), Journalistin und Menschenrechtsaktivistin aus Damaskus (Syrien), Mitbegründerin eines Hilfsprojekts für von der Dürrekatastrophe betroffene Binnenflüchtlinge in Syrien. Eine geplante Fotoreportage über die Situation der Flüchtlinge wurde verboten, im September 2011 musste Asad Syrien verlassen. Derzeit arbeitet sie an dem Projekt «Yes to Diversity, No to Sectarianism», einer Aufarbeitung der gesellschaftlichen Zustände in Syrien.

Amer Matar (Jahrgang 1989), Journalist aus Damaskus (Syrien) und Mitbegründer von «The Street», einer Organisation für freiheitliche Medien und Entwicklung. Sein Dokumentarfilm «Azadi» (2011) über den syrischen Aufstand in den kurdischen Gebieten im Norden des Landes wurde auf dem Rotterdamer Filmfestival ausgezeichnet. Seine Dokumentation «Smuggling 23 Minutes of Revolution» schildert die Ereignisse in Hama im Sommer 2011. Im gleichen Jahr wurde Matar vom syrischen Geheimdienst inhaftiert und gefoltert. Ein Jahr später gelang ihm die Flucht über Jordanien.

Hiba Alansari (Jahrgang 1983), Frauenrechtsaktivistin und Künstlerin aus Damaskus (Syrien). Sie gehört zu einer großen Gruppe von jungen Kreativen, die die Revolution von Beginn an künstlerisch begleitet haben. Aufgrund der schwierigen Lage wurde die Kunsthochschule in Damaskus geschlossen, und sie musste ihr Studium unterbrechen. Ihre Arbeiten wurden unter anderem auch 2010 im Goethe-Institut Damaskus im Rahmen einer Gruppenausstellung gezeigt.

Yulia Yusik (Jahrgang 1981), Journalistin und Schriftstellerin aus Moskau (Russland). 2002 erschien eine erste, später preisgekrönte Reportage über tschetschenische Selbstmord-Attentäterinnen. Nach dem Attentat im Moskauer Musical-Theater recherchierte sie auf eigene Faust für ein Buch zu diesem Thema. Seit 2004 arbeitet sie als freie Journalistin, u. a. für die russische Ausgabe von *Newsweek*.

Qassim Haddad (Jahrgang 1948), Schriftsteller aus Muharraq (Bahrain). Er ist einer der herausragenden Literaten der Golfregion und Vorsitzender des bahrainischen Schriftstellerverbandes. Wegen systemkritischer Äußerungen wurde er mehrmals verhaftet. Insgesamt fünf Jahre verbrachte er im Gefängnis. 2001 erhielt er für seine Lyrik den bedeutendsten arabischen Literaturpreis, den Sultan Oweiss Award. Seine Gedichte wurden ins Englische, Französische und Deutsche übersetzt.

Rosa Yassim Hassan (Jahrgang 1974), Schriftstellerin aus Damaskus (Syrien) und Aktivistin der Frauenbewegung. 1992 und 1993 erhielt sie den Syrischen Literaturpreis für Kurzgeschichte. Seit Beginn des Aufstands berichtet sie in Printmedien und im Internet über den Alltag der Menschen in Syrien. Ihr Blog «Tagebuch der syrischen Revolution» wurde in Auszügen von der *FAZ* sowie von *Bild-online* übernommen.



Amer Matar Foto: Larissa Bender



Hiba Alansari Foto: Larissa Bender

An den Herkunftsländern unserer Stipendiatinnen und Stipendiaten lässt sich ablesen, wo die neuen Krisenherde liegen. 2012 erreichten uns die meisten Anfragen und Hilferufe aus Syrien und den benachbarten arabischen Staaten. Alle haben sich in ihrer Heimat für Demokratie und Menschenrechte eingesetzt und führen ihr Engagement in Langenbroich fort. Dazu gehört auch, in öffentlichen Veranstaltungen über die Lage in ihrer Heimat zu berichten. Unterstützt wird das Programm im Heinrich-Böll-Haus durch die Stadt Düren und das Land NRW mit seinem Heinrich-Böll-Fonds für politisch verfolgte Schriftstellerinnen und Schriftsteller.

Politik erfolgreich machen!

Unter dem Dach von GreenCampus vereinen sich die vielseitigen Weiterbildungsformate der Heinrich-Böll-Stiftung und ihrer Landesstiftungen im Bereich Politikmanagement. Mit GreenCampus bieten wir die passende Qualifizierung für ehrenamtlich Aktive und Profis in der Politik. Dazu gehört auch die interne Weiterbildung der Heinrich-Böll-Stiftung. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zum Auf- und Ausbau von Kompetenzen für eine erfolgreiche politische Arbeit und wirkungsvolle gesellschaftliche Partizipation.

Das Politikmanagementzertifikat – Mit einem praxisbezogenen Seminarangebot der Landesstiftungen, das Module aus den unterschiedlichen Bereichen des politischen Handwerks – von Kommunikation bis Personalentwicklung – umfasst, können politisch Aktive ihren individuellen Qualifizierungsbedarf und ihre persönlichen Interessen bei GreenCampus optimal miteinander vereinbaren. Derzeit werden gut 20 thematisch und methodisch aufeinander abgestimmte Module aus den Bereichen Kommunikation, Medien und Organisation angeboten. Die Nachfrage nach dem Politikmanagementzertifikat hat im Jahr 2012 weiter zugenommen.

Weiterbildung als maßgeschneiderte Dienstleistung – In den letzten Jahren hat GreenCampus in Deutschland und im europäischen Ausland mehrere hundert Seminare, Coachings und Organisationsentwicklungsprozesse durchgeführt. Die positive Bewertung liegt stabil bei beinahe 100 Prozent. Die Themenpalette ist vielfältig: Strategie- und Verhandlungstrainings, politische Kampagnen und Krisenkommunikation, Entwicklung politischer Botschaften und Redenschreiben, Teambuilding und Mediation, Führungskräfte- und Medientrainings, Projektmanagement und Büroorganisation sowie Gender- und Diversity-Seminare.

Workshop Spezial – Diese Workshops dienen neben der Wissensvermittlung auch dem Austausch zwischen Nichtregierungsorganisationen, Initiativen, Parteien, Fraktionen, Gewerkschaften, Vereinen, Universitäten und Unternehmen. Besonders gefragt waren die «Workshops Spezial» zu Genderkompetenz in der beruflichen Praxis, zum Schreiben politischer Reden sowie zu Social-Media-Strategien.

Kommunalpolitische Weiterbildung – Aufgrund des wachsenden fachpolitischen Weiterbildungsbedarfs auf kommunaler Ebene hat GreenCampus mit der Konzeption einer entsprechenden Programmschiene begonnen. Im Jahr 2013 sollen die ersten Pilotveranstaltungen stattfinden.

Ausgezeichnetes Qualitätsmanagement – Das Weiterbildungsangebot der Heinrich-Böll-Stiftung steht dauerhaft für sehr gutes Qualitätsmanagement. Seit Ende 2008 ist GreenCampus mit einer externen Testierung (LQW – Lernorientierte Qualitätstestierung in der Weiterbildung) ausgestattet. Dazu gehören alle Weiterbildungsangebote der Landesstiftungen und der Bundesstiftung unter der Dachmarke GreenCampus. Das Testat wurde nach einem Begutachtungsprozess Ende 2012 für vier weitere Jahre bestätigt.

“*Sehr stark teilnehmerorientiert. Praktische Lösungs- und Hilfsansätze wurden angeboten, die länger im Kopf bleiben.*”

Statement zum Workshop «Politische Botschaften entwickeln»



(v.l.n.r.) Anita Roggen, William Treherne, Evrim Kaynak, Christian Neuner-Duttenhofer, Maria Pajonk, Wolfgang Pohl

Foto: Stephan Röhl

Das gesamte Programm und aktuelle Angebote
T 030 / 285 34-144
→ www.greencampus.de

Grüne Geschichte zugänglich machen

Das Archiv Grünes Gedächtnis bewahrt die Geschichte der Grünen und ist zugleich ein Ort, an dem Transparenz grüner Politik hergestellt wird. Die im Archiv gesammelten Unterlagen werden unter Berücksichtigung der notwendigen Schutzregeln der interessierten Öffentlichkeit und der wissenschaftlichen Forschung zur Verfügung gestellt.

Themenportal des Archivs

→ www.boell.de/stiftung/archiv



Archiv Grünes Gedächtnis 2012
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
Berlin 2012, 118 Seiten

Online-Katalog der audiovisuellen Sammlungen – Ältere Semester können sich noch daran erinnern: In den Universitätsbibliotheken standen unzählige Karteischränke mit Millionen von Kärtchen. Der Weg zum Buch führte zwingend über diese Schränke. Nur hier ließ sich ermitteln, ob das gesuchte Buch vorhanden war und welche Signatur es hatte. Seit der Einführung von elektronischen Katalogen sind sie Geschichte. Inzwischen bieten Online-Kataloge ganz neue Möglichkeiten für eine gezielte Suche an. Der Bibliothekskatalog des Archivs war von Anfang an elektronisch, aber die Vorteile eines solchen Katalogs wuchsen mit den Aufgaben. Die Übertragung der Prinzipien des Online-Katalogs auf Archivalien und audio-visuelle Sammlungen ist ein Quantensprung, wenn es um die Benutzungsfreundlichkeit eines Archivs geht. Ein Großteil der Anfragen bei uns im Archiv betrifft audio-visuelle Sammlungen: Wahlkampfspots, Plakate, Fotos von Personen und Aktionen, Videomitschnitte von Parteitagungen, Tonaufzeichnungen von Kongressen und Fraktionssitzungen und vieles mehr. Um zu sehen, welche Schätze ein Archiv eigentlich bietet, muss man stöbern können, muss der Katalog ein Online-Katalog sein. Gleichzeitig sind die Herausforderungen größer als bei einem Bibliothekskatalog. Schließlich darf man, schon aus Gründen des Urheberrechts, nicht alles ins Netz stellen. Das waren die Voraussetzungen, mit denen wir Anfang 2012 mit dem Projekt «Einheitlicher Online-Katalog der audio-visuellen Sammlungen» starteten. Jetzt, nach einem Jahr, steht die α -Version. Bald soll die β -Version online gehen.

Archivierung – Juliane Kreißl, Archivstudentin an der Fachhochschule Potsdam, hat im Rahmen ihres Praxissemesters die Akten zu den Parteitagen von der Gründung der Europa-Grünen im März 1979 bis zur Assoziati-on mit dem Bündnis 90 im Frühjahr 1993 verzeichnet.

Konferenz – Die in Kooperation mit dem Paul-Singer-Verein organisierte Konferenz «1848 und Europa. Zwischen Völkerfrühling und Chauvinismus» hat große Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Sie nahm die demokratische Tradition in Europa, für die die Revolution von 1848 exemplarisch steht, aus der Perspektive der aktuellen Krise der Europäischen Union und unter dem Eindruck des Arabischen Frühlings in den Blick. Dass dies tatsächlich schwierig ist, ließ sich aus den Beiträgen der Historiker Hans Henning Hahn, Christian Jansen, Rüdiger Hachtmann und Heinz-Gerhard Haupt entnehmen, ehe sich das von Reinhard Rürup moderierte Schlusspanel explizit der Frage zuwandte, ob die Revolution von 1848 ein Baustein für eine europäische Identität sei.

Jahrbuch Archiv Grünes Gedächtnis – Unser Jahrbuch enthält zwei Interviews zur politischen Vita von Roland Vogt und Franziska Eichstädt-Bohlig: der eine Vorkämpfer auf dem Gebiet der Friedensbewegung, die andere auf dem der Stadtplanung. Interessant ist die Kontinuität, da beide bereits die gesamten 1970er Jahre hindurch in ihren Politikfeldern aktiv waren. Darüber hinaus enthält es Berichte von weiteren Veranstaltungen und Projekten des Archivs.



Prof. Dr. Robert Traba, Direktor des Zentrums für Historische Forschung Berlin Foto: Stephan Röhl

Preisverleihungen 2012



Petra-Kelly-Preis: Ales Bialiatski

Im November 2012 ging der Petra-Kelly-Preis an Ales Bialiatski als Würdigung seiner unermüdlichen Arbeit für die Achtung der Menschenrechte in Belarus (Weißrussland). Er hat sich trotz Gefahr der eigenen Person für die Rechte politisch Inhaftierter eingesetzt, für angemessene Haftbedingungen, ärztliche Behandlung und Kontaktmöglichkeiten mit Verwandten und Rechtsvertretern. Ales Bialiatski ist Mitbegründer und Vorsitzender der belarussischen Menschenrechtsorganisation Viasna und befindet sich derzeit in politischer Gefangenschaft. Der Preis ist mit 10 000 Euro dotiert und wurde bei einem Festakt in Berlin an seine Ehefrau überreicht. [Foto: Stephan Röhl](#)



Hannah-Arendt-Preis: Yfaat Weiss

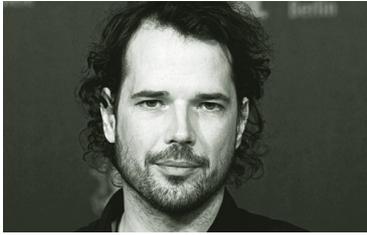
Der Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken, der von der Stadt Bremen und der Heinrich-Böll-Stiftung jährlich vergeben wird, wurde am 7. Dezember 2012 im Bremer Rathaus an die Historikerin Yfaat Weiss überreicht. Der Preis ist mit 7500 Euro dotiert. Frau Weiss, Professorin an der Hebräischen Universität in Jerusalem, so urteilte die Jury, schärfte den Blick für den ungewöhnlichen Verlauf der israelischen Geschichte und für das zivilgesellschaftliche Potenzial, das in ihrem Land vorhanden sei. Sie gehört zur jungen Generation israelischer Historikerinnen, die genau und vorurteilslos die Geschichte Israels und Palästinas erforschen. [Foto: Hamburger Edition](#)



Anne-Klein-Frauenpreis: Dr. Nivedita Prasad

Der erste Anne-Klein-Frauenpreis der Heinrich-Böll-Stiftung ging an Dr. Nivedita Prasad, Dozentin und Aktivistin für Frauen- und Menschenrechte. Mutig und entschlossen macht sie Frauenhandel und Gewalt gegen Frauen öffentlich, streitet für Strafverfolgung und Rechtsetzung. Der Preis wurde bei einem Festakt am 2. März 2012 in Berlin überreicht. Er ist mit 10 000 Euro dotiert. Mit dem Preis fördern wir jährlich Frauen, die sich durch herausragendes Engagement für die Verwirklichung von Geschlechterdemokratie auszeichnen. Die Namensgeberin Anne Klein hat als kämpferische Juristin und offen lesbisch lebende Politikerin feministische Pionierarbeit geleistet. Sie war die erste feministische Frauensenatorin in Berlin. [Foto: Stephan Röhl](#)

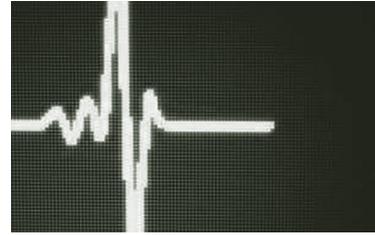
Weitere Preise und prominente Gäste



Friedensfilmpreis: Ausgezeichnet wurde der Film «Csak a szél – Just the Wind» des ungarischen Regisseurs Bence Fliegauf. Dem Regisseur gelang es in dem Film, die von Mythos und Ressentiment besetzten Bilder von Roma zu unterwandern und seine Figuren in all ihrer Gebrochenheit und Individualität zu zeigen, so die Jury. Das Preisgeld von 5000 Euro stellt die Heinrich-Böll-Stiftung.



Reportagepreis: Einblicke in soziales Elend, Arbeit zu Dumpingpreisen und die Hoffnungen griechischer Arbeitsmigrantinnen und -migranten: Drei herausragende Reportagen junger Journalistinnen und Journalisten sind am 8. Oktober 2012 mit dem Reportagepreis ausgezeichnet worden, den wir erstmals zusammen mit dem Netzwerk JungeJournalisten.de und Suddeutsche.de verliehen haben.



Viral Video Award: Im Rahmen des 28. Internationalen Kurzfilmfestivals Berlin wurde die besten viralen Videos ausgezeichnet. Die Auszeichnung für das beste politische Viral erhielt die Animation «Mit Essen spielt man nicht: Nahrungsmittelspekulation stoppen!». Das Preisgeld von 1000 Euro stellte die Heinrich-Böll-Stiftung.



Frie Leysen, Gründerin des Brüsseler «Kunstenfestivaldesarts» und Grande Dame der internationalen Theaterfestivalszene. Seit Herbst 2012 leitet sie bei den Berliner Festspielen das Festival «Foreign Affairs». Sie war unser Gast bei «Wider die Müdigkeit» und diskutierte über Kunst in Zeiten des Umbruchs.



Sondos Shabayek, Schriftstellerin, Regisseurin, Journalistin und Begründerin des Performance-Projekts »Tahrir Monologues«, berichtete während des Festivals »Wider die Müdigkeit« über das Internet als Medium gesellschaftlicher Veränderungen und ihre Erfahrungen mit autoritären Regimen.



Monika Hauser, geschäftsführendes Vorstandsmitglied von medica mondiale und Alternative Nobelpreisträgerin 2008, diskutierte mit weiteren Gästen im April 2012 u. a. darüber, wie der Internationale Strafgerichtshof sexualisierter Gewalt entgegenwirken kann.



Feridun Zaimoğlu, Schriftsteller und bildender Künstler, streifte im Rahmen eines Workshops mit Nachwuchsautoren und -autorinnen durch die Stadt. Die dabei entstandenen Texte, Songs und Kompositionen fanden am 29. September in der Heinrich-Böll-Stiftung ihre Uraufführung.



David Solomon, Schriftsteller, Übersetzer und Kabbalist, bekannt für seinen innovativen Lehrstil, deckte in seinem Vortrag im August in der Heinrich-Böll-Stiftung die gesamte jüdische Geschichte in einer Stunde ab.



Doug Saunders, kanadischer Journalist und Autor, kam u. a. auf Einladung der Heinrich-Böll-Stiftung zu einer Lesungs- und Vortragsreihe nach Brüssel und Deutschland. Er stellte sein jüngstes Buch «Arrival City» vor.



Alles frisch! 25 Jahre Heinrich-Böll-Stiftung



“ Die Vortrefflichkeit der Heinrich-Böll-Stiftung besteht darin, wie sie über all die Jahre und vor allem über all die Grenzen hinweg immer wieder nachjustiert, übersetzt, insistiert, was alles keine individuellen, privaten Fragen mehr sind – nicht nur die Geschlechterverhältnisse nicht, nicht nur die Sexualität nicht, – sondern was alles ethisch-politische Fragen sein müssen: was uns verbindet, was uns trennt, worauf wir hoffen, vor wem wir uns fürchten oder vor was, wie viel wir verbrauchen, was wir essen, woher es kommt, von wem wir gepflegt werden wollen, wie wir leben wollen und mit wem. ”

Carolin Emcke, Philosophin, Publizistin und Reporterin.

Die Heinrich-Böll-Stiftung wurde 25! Die Publizistin Carolin Emcke hielt die Festrede, der Parteivorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Cem Özdemir, gratulierte. Im November 1987 nahm die ursprüngliche Heinrich-Böll-Stiftung ihre Arbeit in einem Zwei-Zimmer-Büro in der Bonner Colmantstraße 18 auf. Parallel wurden weitere grünahe Stiftungen gegründet. Die «Frauenanstiftung» setzte bleibende Maßstäbe für feministische und geschlechterpolitische Bildungsarbeit und der «Buntstift» legte die Grundlagen für den heutigen Stiftungsverbund mit seinen 16 Landesstiftungen. 1996 schlossen sich alle drei zur neuen Heinrich-Böll-Stiftung zusammen und zogen nach Berlin. Beim Geburtstagsfest wurde an Geschichten und Projekte, Konferenzen und Publikationen von 1987 bis heute erinnert.



Stiftungsmanagement



Dr. Birgit Laubach, Geschäftsführerin der Heinrich-Böll-Stiftung bis 31. März 2013 Foto: Ludwig Rauch

Dr. Birgit Laubach, unsere langjährige Geschäftsführerin, wird den Staffelstab zum 1. April 2013 an ihre Nachfolgerin Dr. Livia Cotta übergeben. In den elf Jahren ihrer Geschäftsführung hat sich die Stiftung zu einer professionellen Organisation mit über 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im In- und Ausland entwickelt. Die Stiftung konnte sich einen festen Platz im Kreise der politischen Stiftungen erobern. Zeit für eine kleine Bestandsaufnahme:

Solides Finanzmanagement

Langfristige Investitionen für die Stiftung sind dank kontinuierlicher Vorsorge gesichert, auch wenn immer wieder erhebliche Mittelkürzungen zu bewältigen waren. Neben den Bundeszuwendungen konnten EU-Mittel als neue Finanzquelle erschlossen und die Verfahren hierfür professionalisiert werden. Für die Kooperation mit Sponsoren und Spendern wurden in den letzten Jahren Richtlinien entwickelt. Aufgrund von Spenden, Schenkungen und Vermächtnissen konnte das Vereinskapital gesteigert werden – eine Entwicklung, die für die Stiftung mehr finanzielle Unabhängigkeit bedeutet und ihre Arbeit honoriert. Zudem wurden Unternehmen, Stiftungen und andere Organisationen gewonnen, die Projekte der Stiftung kofinanzieren. Die Forderung nach einer gesetzlichen Grundlage für die Arbeit der politischen Stiftungen auf Bundes- und Landesebene hat sich keineswegs erledigt. Unter der Federführung von Birgit Laubach hat die Stiftung hierzu mehrfach Initiativen eingeleitet. Die Bemühungen um ein Stiftungsgesetz werden fortgesetzt.



Dr. Livia Cotta, Geschäftsführerin der Heinrich-Böll-Stiftung seit 1. April 2013 Foto: Ludwig Rauch

Innovative Organisationsentwicklung

Um das Innovationspotenzial der Stiftung weiterzuentwickeln, haben wir in den letzten Jahren in die Qualitätssicherung der Arbeit und die Verbesserung von Geschäftsprozessen investiert. Mit der Einführung eines elektronischen Bewerbermanagements, eines elektronischen Veranstaltungsmanagements und einer modernen Adressverwaltung hat die Stiftung auch in Sachen IT unter den politischen Stiftungen die Nase vorn. Das interne Kontrollsystem wurde u. a. durch die Etablierung einer Einheit für Interne Revision und ein Risikomanagement erheblich verbessert. Durch die Verabschiedung eines «Code of Conduct» und die Ernennung einer Beauftragten für Korruptionsprävention wird Korruption möglichst effektiv vorgebeugt. Ein modernes Konzept für Personalentwicklung und ein transparentes Verfahren zur Auszahlung von Leistungsentgelt wurden erarbeitet. Kürzlich konnten auch stiftungsweite Grundsätze für Führung und Zusammenarbeit verabschiedet werden. Das Weiterbildungsbudget wurde in den letzten Jahren erheblich gesteigert und das Weiterbildungsmanagement professionalisiert.

Bildungsarbeit auf der Höhe der Zeit

Die Möglichkeiten politischer Bildungsarbeit über das Social Web und unser Angebot im Internet haben wir erheblich erweitert. Kontinuierlich steigende Zugriffszahlen, Freunde und Follower in den diversen Plattformen bestätigen den Erfolg: Die Besucherzahl auf www.boell.de verdoppelte sich von 2009 bis 2013. Durch den Relaunch unseres Intranets «boellcity» und die Anbindung unserer Auslandsbüros ist die interne Kommunikation wesentlich erleichtert worden. Auch die gemeinsam mit den Landesstiftungen vereinbarte Einrichtung von GreenCampus als politische Weiterbildungsakademie im Bereich Politikmanagement und Kommunalpolitik hat sich bewährt.

TuWas 
Stiftung für Gemeinsinn

TuWas-Stiftung:

Die Gründung der Förderstiftung TuWas – Stiftung für Gemeinsinn steht unmittelbar bevor – dank des ehrenamtlichen Engagements der Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung. Als Mitglied des Freundeskreises und Vorstandsvorsitzende der TuWas-Stiftung wird Birgit Laubach der Stiftung weiter eng verbunden bleiben. Mehr Informationen unter www.tuwasstiftung.de

Organe des Vereins:

- die Mitgliederversammlung
- der Vorstand
- der Aufsichtsrat
- der Frauenrat

Die **Mitgliederversammlung** ist das oberste Beschlussfassungsorgan der Stiftung. Sie setzt sich zusammen aus 49 Personen, davon je vier Personen aus der Bundespartei und der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, 16 Personen aus den Landesstiftungen (eine Person je Landesstiftung) und 25 weitere Personen aus dem Kreis der Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung. Die Wahlperiode für die Mitgliedschaft beträgt vier Jahre.

Der **Vorstand** ist hauptamtlich tätig und umfasst aktuell zwei Personen. Jedes Vorstandsmitglied wird für die Dauer von fünf Jahren gewählt. Das Vorschlagsrecht steht dem Aufsichtsrat zu. Mitglieder der Mitgliederversammlung können Vorschläge für die vom Aufsichtsrat zu erstellende Liste einreichen. Der Vorstand verantwortet die strategische Ausrichtung der Stiftung. Er beschließt über die Gesamtziele, Strategien, Visionen,

übergreifenden Programme und Projekte sowie die Positionierung der Stiftung in der Öffentlichkeit und die Kommunikationsstrategie.

Für die Ausführung der laufenden Verwaltung des Vereins ist die **Geschäftsführerin** verantwortlich. Sie gewährleistet die Einhaltung der rechtlichen Bestimmungen und stellt die für Vorstand und Bereichsleitungen notwendigen Werkzeuge, Daten und Ressourcen für alle administrativen Entscheidungen zur Verfügung. Sie führt auch die Unternehmensdienste.

Der **Aufsichtsrat** führt die Aufsicht über die Tätigkeit des Vorstandes. Er besteht aus neun Personen (sieben aus den Reihen der Mitgliederversammlung und zwei hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter), die für die Dauer von vier Jahren gewählt werden.

Der **Frauenrat** wird von der Mitgliederversammlung gewählt und ist ihr gegenüber rechenschaftspflichtig. Er setzt sich aktuell aus zehn Frauen zusammen, deren Amtszeit vier Jahre beträgt. Der Frauenrat unterstützt frauenpolitische Ziele der Stiftung und setzt die Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie nach innen und außen um. Eine einmalige Wiederwahl in die Mitgliederversammlung, den Aufsichtsrat und den Frauenrat ist möglich.

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011**Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers**

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Heinrich-Böll-Stiftung e.V. Berlin für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands des Vereins. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Vereins sowie

die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Der Jahresabschluss entspricht nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Vereins. Der Lagebericht steht in Einklang mit einem den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Vorläufige Einnahmen- und Ausgabenrechnung (alle Zahlen in Euro)

vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

Stand: 4. April 2013	Lfd. Jahr	Berichtsjahr	Vorjahr
	(2013)	(2012)	(2011)
	Planzahlen	Vorläufige Zahlen	Testierte Zahlen
Einnahmen Globalmittelhaushalt**	16.673.896	15.622.363	14.194.336
Einnahmen anderer Zuwendungsbereiche**	36.466.550	32.102.600	23.738.782
Summe der Einnahmen	53.140.446	47.724.963	37.933.118
Personalausgaben	13.058.000	12.374.190	11.342.566
Sächliche Verwaltungskosten	2.365.000	2.416.309	2.493.079
Investitionen	362.500	503.094	453.133
Fachausgaben bezogen auf die Globalmittel des BVA	1.870.000	1.643.042	1.619.688
Weiterleitung von Zuwendungen aus dem Globalmittelhaushalt	2.083.396	2.102.084	2.053.412
Fachausgaben bezogen auf andere Zuwendungen	12.616.390	9.214.584	8.128.099
Projektausgaben BMZ	20.077.160	19.117.343	11.795.014
Summe der Ausgaben	52.432.446	47.370.646	37.884.991
Mehreinnahmen/Risikovorsorge	708.000	354.317	48.127
Zwischenergebnis	0	0	0
Vereinseinnahmen	277.000	295.844	409.166
Vereinsausgaben	198.000	224.332	174.463
Vereinsergebnis	79.000	71.512	234.703

* enthält die Einnahmen aus Globalmitteln des BVA, Verwaltungskostenzuschüssen anderer Zuwendungsgeber und die sonst. Einnahmen

** enthält Projektmittel des BMZ, des AA, der EU sowie die Mittel für die Studienförderung des BMBF und AA

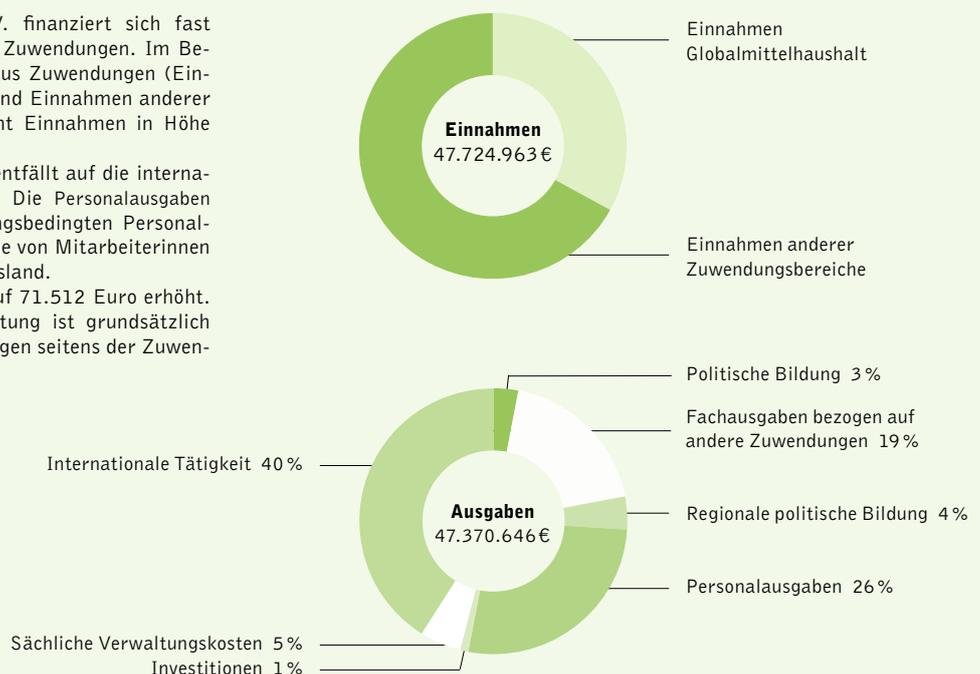
BMi: Bundesministerium des Innern ■■■ BMZ: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ■■■ AA: Auswärtiges Amt
■■■ BMBF: Bundesministerium für Bildung und Forschung ■■■ BVA: Bundesverwaltungsamt

Einnahmen und Ausgaben 2012

Die Heinrich-Böll-Stiftung e.V. finanziert sich fast ausschließlich aus öffentlichen Zuwendungen. Im Berichtsjahr 2012 ergeben sich aus Zuwendungen (Einnahmen Globalmittelhaushalt und Einnahmen anderer Zuwendungsbereiche) insgesamt Einnahmen in Höhe von 47,72 Mio. Euro.

Der größte Teil der Ausgaben entfällt auf die internationale Tätigkeit der Stiftung. Die Personalausgaben enthalten neben den verwaltungsbedingten Personalkosten projektbezogene Beiträge von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im In- und Ausland.

Das Vereinsergebnis hat sich auf 71.512 Euro erhöht. Die weitere Tätigkeit der Stiftung ist grundsätzlich durch mittelfristige Finanzzusagen seitens der Zuwendungsgeber gesichert.



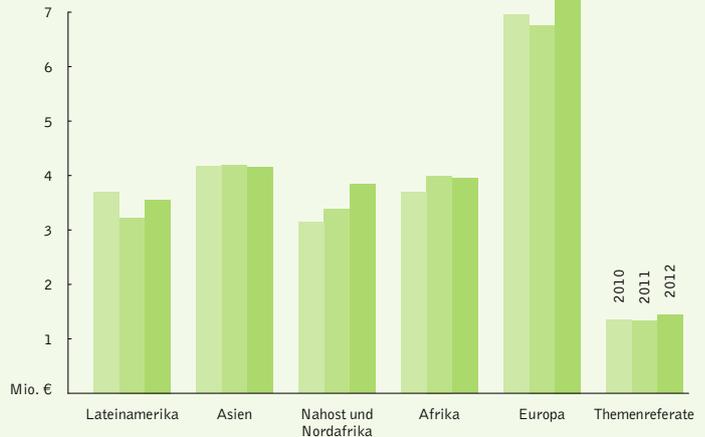
Bilanzen nach HGB 2010 und 2011 (alle Zahlen in Euro)

Aktiva	31. Dezember 2011	31. Dezember 2010
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände		
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	36.716	83.487
geleistete Anzahlungen auf Software, zuwendungsfinanziert	337.531	–
Sachanlagen		
Grundstücke, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	16.692.712	17.065.108
Betriebs- und Geschäftsausstattung, zuwendungsfinanziert	1.957.403	2.128.736
Betriebs- und Geschäftsausstattung, Verein	1	1
geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	–	–
Finanzanlagen		
Kautionen	22.942	21.414
Wertpapiere	169.827	–
Umlaufvermögen		
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	6.944.498	12.482.894
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	5.600.072	5.577.949
Rechnungsabgrenzungsposten		
	462.291	374.471
Summe	32.223.993	37.734.059
Passiva		
Eigenkapital		
Vereinskapital	150.000	150.000
Rücklagen	253.994	29.368
Ergebnisertrag	34.703	24.626
Sonderposten aus Zuwendungen		
Sonderposten aus Zuwendungen zum Anlagevermögen	15.668.293	15.594.018
Sonderposten aus Zuwendungen zu den sonstigen Ausleihungen	19.503	14.667
Rückstellungen		
Steuerrückstellungen	8.200	27.650
Sonstige Rückstellungen	771.941	792.741
Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.437.530	4.277.221
Verbindlichkeiten gegenüber Projektpartnern	221.988	124.486
Verbindlichkeiten gegenüber Zuwendungsgebern		
gegenüber der EU	–	–
gegenüber dem BMZ	6.503	6.274
gegenüber dem AA	25.506	–
Sonstige Verbindlichkeiten	419.785	468.125
Rechnungsabgrenzungsposten		
gegenüber dem BVA aus Globalmitteln	1.693.773	950.239
gegenüber der EU	224.540	108.006
gegenüber dem BMZ	6.762.684	13.853.036
gegenüber dem BMBF	1.310.393	1.105.190
gegenüber Sonstigen	214.656	208.411
gegenüber dem BVA aus dem Baukostenzuschuss	–	–
Summe	32.223.993	37.734.059

Internationale Zusammenarbeit 2012

Die Projektmittel für die Internationale Zusammenarbeit betragen im Jahr 2012 etwa 24,5 Mio. Euro. Der größte Mittelgeber ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mit ca. 22 Mio. Euro. Davon wurden ca. 170.000 Euro für Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern verausgabt, weitere 129.000 Euro waren Sondermittel für Myanmar. 190.000 Euro an IZ-Mitteln wurden durch andere Abteilungen bzw. Organisationseinheiten der Stiftung verausgabt. Weitere rund 500.000 Euro flossen in das Stiftungsprojekt «IT-Harmonisierung in den Auslandsbüros».

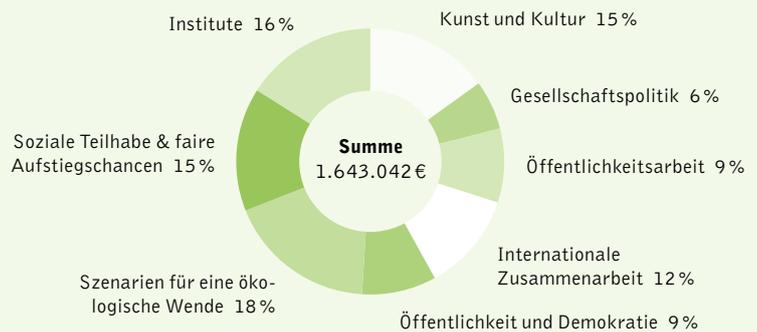
Darüber hinaus erhielt die Stiftung vom Auswärtigen Amt ca. 1,3 Mio. Euro. Die akquirierten EU-Mittel wurden in Höhe von ca. 640.000 Euro für Projekte in Nahost und Nordafrika, in Afrika, für überregionale Projekte im Rahmen von Eco Fair Trade und in Südosteuropa eingesetzt.



Politische Bildung Inland 2012

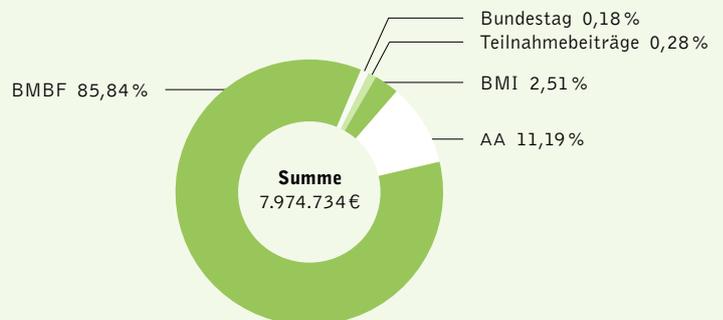
Für die politische Bildungsarbeit im Inland hat die Heinrich-Böll-Stiftung 2012 rund 1.643.042 Euro verausgabt. Diese Mittel flossen in die Projektarbeit (Veranstaltungen, Publikationen, Dossiers). Die prozentuale Verteilung der Mittel auf die Themen ist aus der Grafik ersichtlich. Außerdem werden Fachmittel für Projekte der Weiterbildungsakademie GreenCampus und der Grünen Akademie sowie für die Herausgabe von Büchern verausgabt.

Zudem leitete die Stiftung im Jahr 2012 rund 2,1 Mio. Euro für die regionale politische Bildungsarbeit an die Landesstiftungen weiter.

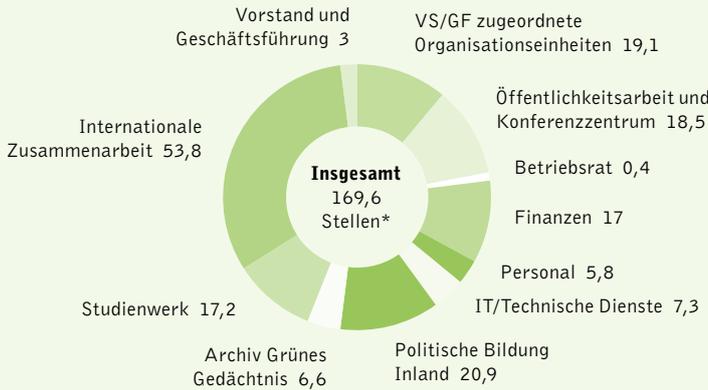


Stipendienmittel nach Mittelgebern 2012

Das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung erhält Zuwendungen aus dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und aus dem Auswärtigen Amt (AA). Im Jahr 2012 konnten insgesamt 1.058 Stipendiatinnen und Stipendiaten gefördert werden, davon 877 Studierende und 181 Promovierende. 230 deutsche und internationale Studierende und Promovierende konnten in 2012 neu in die Förderung aufgenommen werden. Darüber hinaus beteiligte sich die Stiftung auch wieder am «Internationalen Parlamentsstipendium» des Deutschen Bundestages.



Personal Stiftungszentrale 2012 (Aggregierte Vollzeitstellen am 31.12.2012)

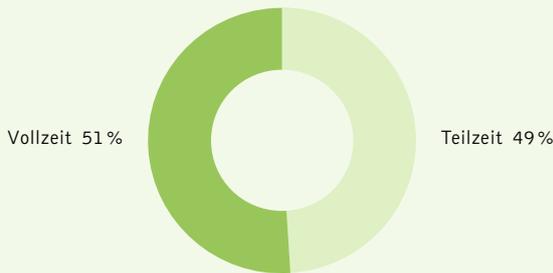


* Einschließlich der studentischen Beschäftigten ohne Praktikant/innen und Auszubildende. Die aggregierten Vollzeitstellen verteilen sich auf 208 Mitarbeiter/innen.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Heinrich-Böll-Stiftung

Zum 31.12.2012 beschäftigte die Heinrich-Böll-Stiftung im Inland 208 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. 28 Beschäftigte sind derzeit ins Ausland entsendet und werden in unseren 30 internationalen Büros von knapp 200 Ortskräften unterstützt. Die Stiftung bietet ihren Mitarbeitenden sehr interessante und vielfältige Arbeitsfelder. Auch Menschen mit Behinderungen einzustellen, ist uns ein besonderes Anliegen. Die unterschiedlichen Erfahrungen und Fähigkeiten unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sei es in Bezug auf Ausbildung, Berufs- und Lebenserfahrung, Alter, Geschlecht, ethnische Herkunft oder sexuelle Orientierung, gehören zu den Stärken unserer Stiftung. 13 Prozent unserer Mitarbeitenden haben einen Migrationshintergrund. Der Frauenanteil unter den Beschäftigten liegt bei 75 Prozent. Mit 44 Prozent sind Frauen in den obersten Führungspositionen stark vertreten, in der zweiten Führungsebene sind 66 Prozent Frauen beschäftigt.

Personal Vollzeit/Teilzeit 2012



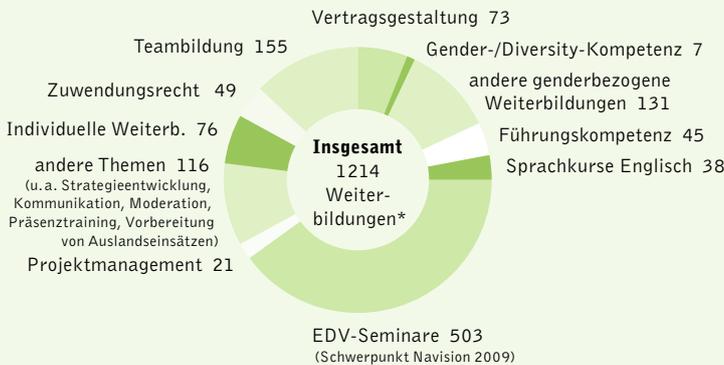
* Einschließlich der studentischen Beschäftigten ohne Praktikant/innen, Auszubildende und ins Ausland Entsendete.

Die Stiftung als gefragte Arbeitgeberin

Die vielen Bewerbungen zeigen: Die Stiftung hat sich zu einer gefragten Adresse in der Berliner Non-Profit-Landschaft entwickelt. Vor allem die Arbeitsinhalte machen die Stiftung interessant. Unsere Anliegen sind – wie mehrere Umfragen unter der Belegschaft ergaben – die wichtigsten «Sinnstifter» für Leistungsmotivation. Außerdem ist es möglich, die Arbeit von einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder Teams mit einem Leistungsentgelt anzuerkennen.

Selbstbestimmtes Gestalten der Arbeit und regelmäßige Personalgespräche sorgen für ein gutes Betriebsklima und einen Dialog zwischen Vorgesetzten und Mitarbeitenden – eine wichtige Voraussetzung für gutes Arbeiten. In den Grundsätzen für Führung und Zusammenarbeit, die im Laufe des Jahres 2012 erarbeitet wurden, ist ein partizipativer Führungsstil vereinbart. Ein starker Betriebsrat und die neu gewählte Schwerbehindertenvertretung sorgen dafür, dass die Belange der Belegschaft in allen Fragen angemessen vertreten werden. Flexible Arbeitszeiten, Teilzeitbeschäftigung und Telearbeitsplätze bieten für viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen Weg, Privatleben und Beruf zu vereinbaren.

Interne Weiterbildung 2012 (in absoluten Zahlen)



* jeweils Qualifizierungsmaßnahmen nach Anzahl der Teilnehmenden

Personalentwicklung

Erklärtes Ziel der Personalentwicklung ist es, hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter möglichst entsprechend ihren Fähigkeiten und Potenzialen einzusetzen. Dazu bietet die Stiftung Weiterbildungen in folgenden Bereichen an:

- Vermittlung von Führungskompetenz
- Qualifizierung im Organisationsmanagement (Projektmanagement, Teamentwicklung)
- Vertiefung von Fremdsprachenkenntnissen, insbesondere Englisch
- Durchführung von Workshops zu Gender & Diversity
- Vertragsgestaltung
- Vermittlung von Basisqualifikationen (EDV-Schulungen, Zuwendungsrecht)
- Förderung individueller berufsbegleitender Weiterbildungen (z. B. Masterstudium)

Gender und Diversity

Wissensmanagement und Qualifizierung

Geschlechterdemokratie ist politisches Leitbild und visionäres Ziel der Stiftung. In vielen Ländern werden Frauen, Homosexuelle, Bi- und Transsexuelle noch immer stark diskriminiert, oftmals kriminalisiert. Wir sind dabei, in unseren Auslandsbüros Geschlechterpolitik zunehmend im Querschnitt zu verankern, d.h., ob Klimapolitik oder Demokratieförderung, Geschlechterfragen werden mitgedacht und nicht als isolierte Frauen-, Männer- oder LGBTI*-Politiken behandelt. Voraussetzung dafür sind qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einer hohen Sensibilität für diese Themen. Deshalb investieren wir verstärkte in Qualifizierung und Wissensmanagement. Dafür sind umfassende Materialien entwickelt worden. Darüber hinaus gibt es die «Gender Focal Points», eine Arbeitseinheit mit Vertreterinnen aus allen sechs Regionalreferaten der Stiftung und den Auslandsbüros. Sie tauschen sich regelmäßig aus und beraten einander. Eine Weiterbildungsserie für Koordinatorinnen und Koordinatoren aus den internationalen Büros zur genderorientierten Planung in der Berliner Zentrale und maßgeschneiderte Trainingsangebote für die Büroteams sind weitere wichtige Investitionen, unserem politischen Anspruch im internationalen Projektalltag besser zu entsprechen.

*LGBTI: Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Intersexuelle



Arbeitseinheit «Gender Focal Points»

Foto: hbs

Politische Bildung zu Diversity

Unsere Abteilung Politische Bildung Inland legt bei vielen Veranstaltungen den Fokus auf Diversity-Themen. Ein Beispiel: Unter dem Titel «Multicultural Politics – Success, Failure, and the Future» zog ein international besetztes Panel am 14. November 2012 eine vorläufige Bilanz zur weiterhin aktuellen Multikulturalismus-Debatte. Eingeladen hatte die Stiftung in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung und der kanadischen Botschaft. Der kanadische Philosoph und vielzitierte Theoretiker des Multikulturalismus, Will Kymlicka, setzte sich in seinem Vortrag mit den unterschiedlichen Debatten in Nordamerika und Europa auseinander. Er sah keinen Widerspruch darin, seine eigene Identität zu behalten und trotzdem stolze Staatsbürgerin oder Staatsbürger zu sein. Es gehe bei Multikulturalismus nicht um Trennungen, sondern um neue Beziehungen. Der britische Soziologe Tariq Modood, Mitbegründer des Forschungszentrums für Ethnizität und Bürgerschaft in Bristol, forderte in seinem Vortrag «eine nationale Identität, die nicht von oben nach unten bestimmt werden darf». Die Diskussion zeigte, dass «Multikulturalismus» als alter Begriff durchaus die aktuelle Debatte um Vielfalt und Chancengerechtigkeit beleben kann.



Multikulti – Debatte um einen umstrittenen Begriff Foto: Marc Darchinger

Vielfalt bereichert

Auf «Gender & Diversity»-Kriterien legt auch unser Studienwerk großen Wert. Der Frauenanteil unter den Geförderten ist generell hoch. Im Jahr 2012 waren 604 Frauen unter den insgesamt 1058 Stipendiatinnen und Stipendiaten. In der Studien- und Promotionsförderung versuchen wir insbesondere – aber nicht ausschließlich – unterrepräsentierte Gruppen zur fördern. 33 Prozent unserer Studienstipendiatinnen und -stipendiaten haben eine Migrationsgeschichte, mehr als 9 Prozent sind an einer Fachhochschule eingeschrieben und rund 27 Prozent studieren und promovieren in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik). Darüber hinaus versuchen wir, den Anteil an Stipendiatinnen und Stipendiaten aus nichtakademischen Elternhäusern kontinuierlich zu erhöhen. Im Jahr 2012 gehörten bereits rund 42 Prozent der neu in die Förderung aufgenommenen zu dieser Gruppe.

Geförderte Studierende*	♀	♂	Gesamt
Sprach- und Kulturwissenschaften	65%	35%	17%
Rechts-, Wirtschafts- & Sozialw.	53%	47%	43%
Mathematik & Naturwissensch.	54%	46%	14%
Medizin	70%	30%	10%
Agrar-, Forst- und Ernährungsw.	54%	46%	3%
Ingenieurwissenschaften	46%	54%	9%
Kunst, Kunstwissenschaft	63%	37%	4%
Gesamt	57%	43%	100%

* Alle inländischen, durch das BMBF geförderten Studierenden im Jahr 2012.

Unser Haus in der Schumannstraße 8



Foto: Jan Bitter

Mit unserem Stiftungsgebäude verbinden wir moderne Architektur mit einem innovativen Energiekonzept. Gerne bieten wir Führungen durch das Haus an. Auch im Jahr 2012 war das Interesse groß. Es sind vor allem Bauherren, Architekten und Studierende aus dem In- und Ausland, die sich insbesondere unser Heiz-/Kühlsystem sowie die energetischen Feinheiten des Gebäudes erklären lassen. Auf Stadtplanung spezialisierte, professionelle Stadtführungsunternehmen haben unser Gebäude mittlerweile fest in ihrem Programm.

Im November 2012 hat sich die Stiftung an dem erstmals durchgeführten «Aktionstag Berlin spart Energie» beteiligt. An diesem Tag konnten sich interessierte Fach- und Privatleute über rund 70 Berliner Projekte zum energiesparenden Bauen und Modernisieren informieren.

Über eine Tiefgarage oder einen eigenen Parkplatz verfügt die Stiftung nicht, sie hat bewusst darauf verzichtet. Dafür gibt es vor dem Haus viele Fahrradstellplätze. Und ab Frühjahr 2013 werden es noch mehr. Die Zahl der Fahrradfahrer/innen unter den Mitarbeitenden hat sich in den letzten Jahren weiter erhöht. Unsere Belegschaft leistet damit einen Beitrag, den ökologischen Fußabdruck der Stiftung zu verringern.

Unsere im Dezember 2012 erschienene Publikation «Transparent / Offen / Nachhaltig» können Sie unter buchversand@boell.de bestellen. Die zweisprachige Broschüre (dt./engl) gibt einen umfassenden Überblick über die architektonischen Ansprüche, deren Umsetzung sowie das Energiemanagement des Hauses.

Mit Stolz können wir auf die folgenden Zahlen hinweisen:

- Bei einer Bruttogeschossfläche von 6969 m² fielen 2012 176 €/m² Kosten für Heizung und Kühlung an – statt 210 €/m² für konventionelle Geschäftsgebäude.
- Der Primärenergiebedarf von 56 kWh/m²a entspricht ½ des Primärenergiebedarfs nach Energieeinsparverordnung.
- Da wir ¼ des Heizenergiebedarfs durch Serverwärme abdecken, beträgt der Heizenergiebedarf nur 41,7 kWh/m²a.

Gremien

(Stand: 31. März 2013)

Mitgliederversammlung

Hartmut **Bäumer**
 Klaus **Baumgärtner**
 Marianne **Birthler**
 Dr. Franziska **Brantner** – MdEP
 Kajo **Breuer**
 Dr. Gülay **Caglar**
 Prof. Dr. Claudia **Dalbert** – MdL
 Katja Dörner – **MdB**
 Dr. Carolin **Emcke**
 Dr. Naika **Foroutan**
 Ulrike **Gauderer**
 Stefan **Gelbhaar** – MdA
 Prof. Dr. Joachim **Gessinger**
 Leonore **Gewessler**
 Christa Goetsch – **MdHB**
 Dr. Robert **Habeck** – MdL
 Dr. Jürgen **Hambrink**
 Britta **Haßelmann** – **MdB**
 Dr. Dietrich **Herrmann**
 Kathrin **Hoyer**
 Michael **Hustedt**
 Dr. Christa **Karras**
 Leo **Klotz**
 Ute **Koczy** – **MdB**
 Elisabeth **Krausbeck**
 Steffi **Lemke**
 Erik **Lohse**
 Chris **Ludwig**
 Christoph **Meertens**
 Prof. Dr. Dirk **Messner**
 Daniel **Mittler**
 Klaus **Müller**
 Özcan **Mutlu** – MdA
 Benjamin **Pfeifer**
 Friederike **Pokatis**
 Katrin **Rabus**
 Irene **Reifenhäuser**
 Katrin **Rönicke**
 Stefanie **Schiffer**
 Heike **Schiller**
 Theresa **Schopper** – MdL
 Dr. Michael **Schreyer**
 Prof. Dr. Tine **Stein**
 Malti **Taneja**
 Dr. Konstantin von **Notz** – **MdB**
 Dr. Andreas **Weber**
 Michael **Wedell**
 Christoph **Zschocke**
 Prof. Dr. Michael **Zürn**
Stipendiatische Vertreterinnen und Vertreter:
 Maria **Ketzmerick**
 Grit **Köppen**
 Ulrike **Zeigermann**
Aufsichtsrat
 Alexander **Baasner**
 Hartmut **Bäumer**
 Prof. Dr. Joachim **Gessinger**
 Britta **Haßelmann** – **MdB**
 Steffi **Lemke**
 Christoph **Meertens**
 Dr. Michael **Schreyer**
 Ingrid **Spiller**
 Malti **Taneja**
Frauenrat
 Dr. Sigrid **Arnade**
 Katrin **Bauer**
 Birgit **Dederichs-Bain**
 Prof. Dr. María do Mar **Castro Varela**
 Mechthild M. **Jansen**
 Prof. Dr. Cäcilia **Rentmeister**
 Katrin **Rönicke**
 Dr. Martina **Schott**
 Judith **Strohm**
Koordinationsgremium des Freundeskreises
 Julius **Heinicke**
 Elisabeth **Kiderlen**
Mitglieder Grüne Akademie
 Prof. Dr. Gabriele **Abels**
 Tarek **Al-Wazir** – MdL

Birgitt **Bender** – **MdB**
 PD Dr. Mechthild **Bereswill**
 Dr. Thomas **Biebricher**
 Marianne **Birthler**
 Dr. Ingolfur **Blühdorn**
 Prof. Dr. Angelo **Bolaffi**
 Prof. Dr. Christina **von Braun**
 Prof. Dr. Claudia **von Braunmühl**
 Prof. Dr. Hubertus **Buchstein**
 Prof. Dr. Heinz **Bude**
 Reinhard Bütikofer – **MdEP**
 Prof. Dr. Thomas **Christaller**
 Prof. Dr. Dr. h.c. Michael **Daxner**
 Matthias **Dell**
 Prof. Dr. Simone **Dietz**
 Dr. Christine **Dörner**
 Dr. Thea **Dücker**
 Dr. Petra **Eggers**
 Rainer **Emschermann**
 Jan **Engelmann**
 Anke **Erdmann** – MdL
 Prof. Dr. Adalbert **Evers**
 PD Dr. Rainer **Forst**
 Georgia **Franzius**
 Ralf **Fücks**
 Anna Katharina **Gebbers**
 Kai **Gehring** – **MdB**
 Karsten **Gerlof**
 Prof. Dr. Arnim von **Gleich**
 Adrienne **Goehler**
 Cristina Gómez **Barrio**
 Prof. Dr. Stefan **Gosepath**
 Dr. Sigrid **Graumann**
 Prof. Dr. L. Horst **Grimme**
 Melanie **Haas**
 Dr. Robert **Habeck** – MdL
 Rebecca **Harms** – **MdEP**
 Dr. Dietrich **Herrmann**
 Dr. Paula Marie **Hildebrandt**
 Imma **Hillerich**
 Dr. Jeanette **Hofmann**
 Prof. Dr. Rahel **Jaeggi**
 Pico **Jordan**
 PD Dr. Otto **Kallscheuer**
 PD Dr. Bertram **Keller**
 Sibylle **Knapp**
 Dr. Regina **Kreide**
 PD Dr. Georg **Krücken**
 Prof. Dr. Rainer **Kuhlen**
 Prof. Dr. Bernd **Ladwig**
 Prof. Dr. Susanne **Lanwerd**
 Adriana **Lettrari**
 PD Dr. Reinhard **Loske**
 Dr. Linda-Marie **Ludwig**
 Dr. Willfried **Maier**
 Nicole **Maisch** – **MdB**
 Christoph **Meertens**
 Prof. Dr. Christoph **Menke**
 Prof. Dr. Sigrid **Meuschel**
 Dr. Jan **Minx**
 Prof. Dr. Christoph **Möllers**
 Johannes **Moes**
 Dr. Michael **Münter**
 Dr. Gero **Neugebauer**
 Prof. Dr. Frank **Nullmeier**
 Dr. Ralph **Obermayer**
 Prof. Dr. Claus **Offe**
 Dr. Arnd **Pollmann**
 Dr. Andreas **Poltermann**
 Prof. Dr. Ulrich K. **Preuß**
 Prof. Dr. Lothar **Probst**
 Prof. Dr. Dr. Franz J. **Radermacher**
 Prof. Dr. Juliane **Rebentisch**
 Dieter **Rulff**
 Dr. Thomas **Rixen**
 Krista **Sager** – **MdB**
 Prof. Dr. Thomas **Saretzki**
 Manuel **Sarrazin** – **MdB**
 Prof. Dr. Birgit **Sauer**
 Joscha **Schmierer**
 PD. Dr. Thomas **Schramme**

Dr. Christine **Schwarz**
 Stephan **Schilling**
 Dr. Simone **Schwanitz**
 Dr. Kirsten **Selbmann**
 Prof. Dr. Sandra **Seubert**
 Peter **Siller**
 PD Dr. Rudolf **Speth**
 Prof. Dr. Tine **Stein**
 Prof. Dr. Richard **Stöss**
 PD Dr. Wolfgang **Strengmann-Kuhn** – **MdB**
 Rena **Tangens**
 Dr. Thorsten **Thiel**
 Stefan **Tidow**
 Dr. Ellen **Ueberschär**
 Prof. Dr. Berthold **Vogel**
 Sybille **Volkholz**
 Prof. Dr. Christiane **Voss**
 Mathias **Wagner** – MdL
 Prof. em. Helmut **Wiesenthal**
Fachbeirat Nord-Süd
 Dr. Muriel **Asseburg**
 Dr. Achim **Brunnengraber**
 Hans-Jürgen **Burhardt**
 Prof. Dr. Ulf **Engel**
 Thilo **Hoppe** – **MdB**
 Ingrid-Gabriela **Hoven**
 Sebastian **Kasack**
 Michael **Krempin**
 Lotte **Leicht**
 Sabine **Meyer**
 Melanie **Müller**
 Dr. Roger **Peltzer**
 Dirk **Scheelje**
 Dr. Imme **Scholz**
 Anja **Senz**
 Dr. Karl-Heinz **Stecher**
Fachbeirat Europa/Transatlantik
 Eltje **Aderhold**
 Annalena **Baerbock**
 Dr. Annegret **Bendiek**
 Agnieszka **Brugger** – **MdB**
 Reinhard **Bütikofer** – **MdEP**
 Rainer **Emschermann**
 Dr. Ulrike **Guérot**
 Jost **Legendijk**
 Dr. Helmut **Lippelt**
 Brigitte **Luggin**
 Winfried **Nachtwei**
 Dr. Martin **Rocholl**
 Dr. Ulrich **Schneckener**
 Daniela **Schwarzer**
 Jan **Seifert**
 Rainer **Steenblock**
 Dr. Constanze **Stelzenmüller**
 Sylke **Tempel**
 Viola von **Cramon** – **MdB**
 Dr. Elisabeth **Weber**
Fachbeirat Studienwerk
 Dr. Vanessa **Aufenanger**
 Dr. Frieder **Dittmar**
 Prof. Dr. Anita **Engels**
 Stephan **Ertner**
 Kai **Gehring** – **MdB**
 Ulrike **Gote** – MdL
 Prof. Dr. Sigrid **Graumann**
 Prof. Dr. Uta **Klein**
 Dr. Heike **Litzinger**
 Prof. Dr. Peer **Pasternack**
 Prof. Dr. Marco **Rieckmann**
 Krista **Sager** – **MdB**
 Dr. Simone **Schwanitz**
 Dr. Ruth Seidl – **MdL**
 Dr. Thorsten **Wilhelmy**
Stipendiatische Vertreterinnen und Vertreter:
 Christoph **Huber**
 Lena **Ulbricht**

Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten

Augsburg Dr. Stefan **Bösch**, Universität Augsburg

Bamberg Prof. Dr. Thomas **Rixen**, Otto-Friedrich-Universität Bamberg; Prof. Dr. Astrid **Schütz**, Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Bayreuth Prof. Dr. Erdmute **Alber**, Universität Bayreuth; Prof. Dr. Bernd **Müller-Jacquier**, Universität Bayreuth; Prof. Dr. Stefan **Peiffer**, Universität Bayreuth

Berlin Prof. Dr. Beate **Binder**, Humboldt-Universität zu Berlin; Dr. Achim **Brunnengräber**, Freie Universität Berlin; Prof. Dr. Antje **Bruns**, Humboldt-Universität zu Berlin; Dr. Marc **Buggeln**, Humboldt-Universität zu Berlin; Prof. Dr. Sergio **Costa**, Freie Universität Berlin; Prof. Dr. Hansjörg **Dilger**, Freie Universität Berlin; Dr. Angelika **Ebrecht-Laermann**, Sigmund-Freud-Institut; Prof. Dr. Barbara **Fritz**, Freie Universität Berlin; Prof. Dr. Christian **Garhammer**, Beuth Hochschule für Technik Berlin; Prof. Dr. Cilja **Harders**, Freie Universität Berlin; Dr. Susanne **Heim***; Prof. Dr. Anne **König**, Beuth Hochschule für Technik Berlin; Dr. Marianne **Kriszio**, Humboldt-Universität zu Berlin; Prof. Dr. Bernd **Ladwig**, Freie Universität Berlin; Dr. Angela **Lammert***; Dr. Corinna **Langelotz**, Humboldt-Universität zu Berlin; Prof. Dr. Birgit **Mahnkopf**, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin; Prof. Dr. Beate **Meffert**, Humboldt-Universität zu Berlin; Prof. Dr. Rosemarie **Morana**, Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin; Dr. Nazir **Peroz**, Technische Universität Berlin; Prof. Dr. Kerstin **Pinther**, Freie Universität Berlin; Dr. Isabel **Schäfer**, Humboldt-Universität zu Berlin; Dr. habil. Anna Dorothea **Schulze**, Humboldt-Universität zu Berlin; Prof. Dr. Judith **Siegmund**, Universität der Künste Berlin; Dr. Eva **Sternfeld**, Technische Universität Berlin; Mg. Elzbieta **Sternlicht**, Universität der Künste Berlin; Prof. Dr. Sabine **Toppe**, Alice Salomon Hochschule Berlin; Prof. Dr. Heike **Wiesner**, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin; Dr. Gabriele **Wohlauf***

Bielefeld Prof. Dr. Klaus **Dammann**, Universität Bielefeld; Prof. Dr. Cornelia **Giebeler**, Fachhochschule Bielefeld; Dr. Benno **Nietzel**, Universität Bielefeld

Birkenfeld Prof. Dr. Peter **Heck**, Fachhochschule Trier; Prof. Dr. Stefan **Naumann**, Fachhochschule Trier

Bochum Prof. Dr. Anke **Fesenfeld**, Hochschule für Gesundheit; Prof. Dr. Sigrid **Graumann**, Evangelische Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe; Prof. Dr. Ilse **Lenz**, Ruhr-Universität Bochum

Bonn Prof. Dr. Andreas **Pangritz**, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Brandenburg Prof. Dr. Uwe **Höft**, Fachhochschule Brandenburg; Prof. Dr. Wolfgang **Jonas**, Hochschule für Bildende Künste Braunschweig; Prof. Dr. Petra **Mischnick**, Technische Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig; Prof. Dr. Bettina **Wahrig**, Technische Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig

Breitenbrunn Dr. Christel **Walter**, Staatliche Studienakademie Breitenbrunn

Bremen Prof. Dr. Klaus **Boehnke**, Jacobs University Bremen; Prof. Dr. Juliane **Filser**, Universität Bremen; Prof. Dr. Karin **Gottschall**, Universität Bremen; Prof. Dr. Michi **Knecht**, Universität Bremen; Prof. Dr. Frank **Nullmeier**, Universität Bremen; Prof. Dr. Konstanze **Plett**, LL.M., Universität Bremen; Dr. Heinz-Peter **Preuß**, Universität Bremen; Prof. Dr. Lothar **Probst**, Universität Bremen; Dr. Isabel **Richter**, Universität Bremen

Chemnitz Prof. Dr. Cecile **Sandten**, Technische Universität Chemnitz; Prof. Dr. Günter **Voß**, Technische Universität Chemnitz

Coburg Prof. Dr. Gaby **Franger-Huhle**, Hochschule für angewandte Wissenschaften Fachhochschule Coburg

Cottbus Prof. Dr. Marie-Theres **Albert**, Brandenburgische Technische Universität Cottbus

Darmstadt Christian **Hochfeld***

Dortmund Prof. Dr. Sigrid **Metz-Göckel**, Technische Universität Dortmund

Dresden Prof. Dr. Uta **Berger**, Technische Universität Dresden; Prof. Dr. Johannes **Rohbeck**, Technische Universität Dresden; Prof. Dr. Bernhard **Schlag**, Technische Universität Dresden; Prof. Dr. Gerd **Schwerhoff**, Technische Universität Dresden; Dr. Johannes **Siemens**, Technische Universität Dresden

Düsseldorf Prof. Dr. Simone **Dietz**, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf; Prof. Dr. Beate **Fieseler**, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf; Dr. Michaela **Kuhnhenne**, Hans-Böckler-Stiftung

Eberswalde Prof. Dr. Hans Peter **Benedikt**, Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde; Prof. Dr. Pierre **Ibisch**, Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde

Erfurt Prof. Dr. André **Brodocz**, Universität Erfurt; Prof. Dr. Jamal **Malik**, Universität Erfurt

Erlangen Prof. Dr. Andrea **Pagni**, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg; Dr. Gerd **Sebald**, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Essen Prof. Dr. **Anne Schlüter**, Universität Duisburg-Essen

Esslingen Prof. Dr. Susanne **Dern**, Hochschule Esslingen; Prof. Dr. Birgit **Meyer**, Hochschule Esslingen; Prof. Dr. Ulrike **Zöller**, Hochschule Esslingen

Flensburg Prof. Dr. Gerd **Grözing**, Universität Flensburg; Dr. Christine **Thon**, Universität Flensburg

Frankfurt/M. Prof. Dr. Ursula **Apitzsch**, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main; Prof. Dr. Margrit **Brückner**, Fachhochschule Frankfurt am Main; Prof. Dr. Rainer **Forst**, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main; PD Dr. Werner **Konitzer**, Fritz Bauer Institut; Prof. Dr. Helma **Lutz**, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main; Prof. Dr. Christoph **Menke**, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main; Prof. Dr. Uta **Ruppert**, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main; Prof. Dr. Susanne **Schröter**, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main

Frankfurt/O. Prof. Dr. Timm **Beichelt**, Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

Freiburg i.Br. Prof. Dr. Elisabeth **Cheauré**, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau; Dr. Jan Christoph **Goldschmidt**, Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme ISE; Prof. Dr. Michael **Kochen***; Prof. Dr. Carla **Rosendahl***; Prof. Dr. Britta **Schinz***

Gelsenkirchen Prof. Dr. Friedrich **Kerka**, Westfälische Hochschule

Gießen Prof. Dr. Jörn **Ahrens**, Justus-Liebig-Universität Gießen; Prof. Dr. Regina **Kreide**, Justus-Liebig-Universität Gießen

Göttingen Dr. Sabine **Horn**, Georg-August-Universität Göttingen; Prof. Dr. Nicolai **Miosge**, Georg-August-Universität Göttingen; Prof. Dr. Ilona **Ostner**, Georg-August-Universität Göttingen

Greifswald Dr. Lena **Partzsch**, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald

Halle/Saale Prof. Dr. Thomas **Bremer**, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Prof. Dr. Thomas **Hauschild**, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Prof. Dr. Isabell **Hensen**, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Dr. Christiane **Lähemann**, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Prof. Frithjof **Meinel**, Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle; Prof. Dr. Werner **Nell**, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Prof. Dr. Thomas **Olk**, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Prof. Dr. Pia **Schmid**, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Hamburg Prof. Dr. Andrea **Blunck**, Universität Hamburg; Prof. Dr. Ingrid **Breckner**, HafenCity Universität Hamburg; Dr. Nina **Feltz**, Universität Hamburg; Dr. Irmtraut **Gensewich**, Universität Hamburg; Dr. Karin **Hörner**, Universität Hamburg; Prof. Dr. Yolanda M. **Koller-Tejairo**, Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg; Prof. Dr. Ursula **Neumann**, Universität Hamburg; Prof. Dr. Kai-Uwe **Schnapp**, Universität Hamburg; Prof. Dr. Louis Henri **Seukwa**, Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg; Prof. Dr. Anke **Strüver**, Universität Hamburg; Prof. Dr. Friedrich **von Borries**, Hochschule für Bildende Künste Hamburg

Hannover Prof. Dr. Heike **Dieball**, Fachhochschule Hannover; Susanne **Eser**, Büro für kulturelle Unvernunft; Prof. Dr. Christine **Hatzky**, Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover; Prof. Dr. Brigitte **Reinwald**, Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover; Dr. Christine **Schwarz**, Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover

Heidelberg Dr. Hüseyin **Aguicenoglu**, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg; Dr. Dorothea **Fischer-Hornung**, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg; Prof. Dr. Omar **Kamil**, Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg; Prof. Dr. Christiane **Schwieren**, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg; Dr. Steffen **Sigmund**, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Hildesheim Prof. Dr. Ursula **Bredel**, Universität Hildesheim; Prof. Dr. Michael **Corsten**, Universität Hildesheim; Prof. Dr. Johannes Salim **Ismaiel-Wendt**, Universität Hildesheim

Holzminden Prof. Dr. Leonie **Wagner**, HAWK Hildesheim/Holzminden/Göttingen

Höxter Prof. Dr. Klaus **Maas**, Hochschule Ostwestfalen-Lippe

Ilmenau Prof. Dr. Johann **Reger**, Technische Universität Ilmenau

Iserlohn Prof. Dr. Thomas **Meuser**, BiTS gGmbH

Jena Prof. Dr. Wolfgang **Behlert**, Fachhochschule Jena; PD Dr. Stephan **Lorenz**, Friedrich-Schiller-Universität Jena; Prof. Dr. Thomas **Sauer**, Fachhochschule Jena

Kaiserslautern Prof. Dr. Michael **Hassemer**, Technische Universität Kaiserslautern

Karlsruhe Prof. Dr. Norbert **Willenbacher**, Karlsruher Institut für Technologie

Kassel Dr. Manuela **Böhm**, Universität Kassel; Prof. Dr. Christoph **Scherrer**, Universität Kassel; Prof. Dr. Helen **Schwenken**, Universität Kassel; Prof. Dr. Elisabeth **Tuider**, Universität Kassel

Kiel Prof. Dr. Uta **Klein**, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel; Prof. Dr. Gerhard **Kockläuner**, Fachhochschule Kiel; Prof. Dr. Konrad **Ott**, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Köln Prof. Dr. Boris **Braun**, Universität zu Köln; Prof. Dr. Josef **Freise**, Katholische Hochschule Nordrhein-Westfalen ; Prof. Dr. Cornelius **Nestler**, Universität zu Köln

Konstanz Prof. Dr. Marius **Busemeyer**, Universität Konstanz; Dr. Oliver **Trevisiol**, Universität Konstanz

Landau Dr. Florian **Bernstorff**, Universität Koblenz-Landau; Heide **Gieseke**, Universität Koblenz-Landau

Leipzig Prof. Dr. Felix **Ekarth**, Universität Leipzig; Dr. Christa **Grimm**, Universität Leipzig; Dr. Regina **Metze**, Universität Leipzig; Prof. Dr. Ilse **Nagelschmidt**, Universität Leipzig; Prof. Dr. Stefan **Troebst**, Universität Leipzig

Lenzen Prof. Dr. Birgit **Felinks**, Hochschule Anhalt

Lüneburg Prof. Dr. Sabine **Hofmeister**, Leuphana Universität Lüneburg; Prof. Dr. Maria-Eleonora **Karsten**, Leuphana Universität Lüneburg; Prof. Dr. Daniel J. **Lang**, Leuphana Universität Lüneburg; Prof. Dr. Gerda **Lischke**, Leuphana Universität Lüneburg; Dr. Marco **Rieckmann**, Leuphana Universität Lüneburg

Magdeburg Prof. Dr. Thorsten **Unger**, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg; Prof. Dr. Gerald **Warnecke**, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

Mainz Prof. Peter **Kiefer**, Johannes Gutenberg-Universität Mainz; Prof. Dr. Wolfgang **Riedel**, Johannes Gutenberg-Universität Mainz; Prof. Dr. Harald **Schleicher**, Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Marburg Dr. Atef **Botros**, Philipps-Universität Marburg; Prof. Dr. Susanne **Maurer**, Philipps-Universität Marburg

Müncheberg Dr. Aranka **Podhora**, Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung

München Prof. Dr. Markus **Babo**, Katholische Stiftungsfachhochschule München; Prof. Dr. Helga **Bilden**, Ludwig-Maximilians-Universität München; Prof. Dr. Constance **Engelfried**, Hochschule für angewandte Wissenschaften - Fachhochschule München; Prof. Dr. Mariacarla Gadebusch Bondio Technische Universität München; Dr. Gabriele **Hooffacker***; Dr. Heike **Kahlert**, Ludwig-Maximilians-Universität München; Prof. Dr. Reinhard **Markowetz**, Ludwig-Maximilians-Universität München

Münster Prof. Doris **Fuchs**, Westfälische Wilhelms-Universität Münster; Dr. Harry **Mönig**, Westfälische Wilhelms-Universität Münster; Prof. Dr. Gabriele **Wilde**, Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Neubiberg Prof. Dr. Franz **Kohout**, Universität der Bundeswehr München

Nürnberg Dr. Heidi **Hofmann**, Evangelische Fachhochschule Nürnberg; Walter **Sehrer***

Oldenburg Prof. Dr. Gesa **Lindemann**, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg; Prof. Dr. Paul **Mecheril**, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg; Prof. Dr. Bernd **Siebenhüner**, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg; Prof. Dr. Silke **Wenk**, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Osnabrück Prof. Dr. Ulrich **Schneckener**, Universität Osnabrück

Paderborn Prof. Dr. Michael **Hofmann**, Universität Paderborn

Passau Prof. Dr. Christian **Thies**, Universität Passau

Potsdam Prof. Dr. Joachim **Gessinger**, Universität Potsdam; Dr. Jan Christoph **Minx**, Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung; Prof. Dr. Erhard **Stölting***; Prof. Dr. Kerstin **Stutterheim**, Hochschule für Film und Fernsehen «Konrad Wolf» Potsdam-Babelsberg; Prof. Dr. Theresa **Wobbe**, Universität Potsdam; PD Dr. Gert **Zöller**, Universität Potsdam

Rostock Prof. Dr. Peter A. **Berger**, Universität Rostock; Dr. Gudrun **Heinrich**, Universität Rostock; Prof. Dr. Hans-Jürgen **von Wensierski**, Universität Rostock

Saarbrücken Prof. Dr. Holger **Buck**, Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes; Prof. Dr. Klaus **Kraimer**, Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes

Stendal Prof. Dr. Maureen Maisha **Eggers**, Hochschule Magdeburg-Stendal

Stuttgart PD Dr. Ralph O. **Schill**, Universität Stuttgart

Trier Prof. Dr. Helge **Rieder**, Fachhochschule Trier; Prof. Dr. Michael **Schönhuth**, Universität Trier; Dr. Rita **Voltmer**, Universität Trier

Tübingen Prof. Dr. Gabriele **Abels**, Eberhard-Karls-Universität Tübingen; Prof. Dr. Regine **Gildemeister**, Eberhard-Karls-Universität Tübingen; Dr. Karin **Widmayer***

Ulm Prof. Dr. Franziska **Lamott**, Universität Ulm

Wiesbaden Prof. Dr. Oja Eleonore **Ploil**, Hochschule RheinMain

Witten Prof. Dr. Martin **Schnell**, Universität Witten/Herdecke

Wolfenbüttel Prof. Dr. Ludger **Kolhoff**, Ostfalia – Hochschule für angewandte Wissenschaften; Dr. Corinna **Voigt-Kehlenbeck**, Ostfalia – Hochschule für angewandte Wissenschaften

Wuppertal Prof. Dr. Hans J. **Lietzmann**, Bergische Universität Wuppertal; Prof. Dr. Gertrud **Oelerich**, Bergische Universität Wuppertal

Würzburg Dr. Thomas **Kestler**, Julius-Maximilians-Universität Würzburg

* keine Hochschulangaben

Im Ausland

Bern Dr. Renate **Ruhne**, Universität Bern

Helsinki Prof. Dr. Rainer **Kuhlen***

Klagenfurt Prof. Dr. Ulrike **Loch**, Alpen-Adria-Universität Klagenfurt

Linz Dr. Waltraud **Ernst**, Johannes Kepler Universität Linz

Luzern Prof. Dr. Marlies **Fröse**, Hochschule Luzern

Stockholm Dr. Sabine **Höhler**, KTH Royal Institute of Technology

Utrecht Dr. Christoph **Baumgartner**, Universiteit Utrecht

Wien PD Dr. Cornelia **Klinger**, Institut für die Wissenschaften vom Menschen

Mitglieder der Auswahlkommission des Studienwerks der Heinrich-Böll-Stiftung

Prof. Dr. Gabriele **Abels**
Prof. Dr. Viola **Balz**
Prof. Dr. Hans Peter **Benedikt**
Dr. Florian **Bernstorff**
Dr. Manuela **Böhm**
Dr. Atef **Botros**
Paula **Bradish**
Prof. Dr. André **Brodocz**
Dr. Marc **Buggeln**
Prof. Dr. Stephan **Bundschuh**
Dr. Sebastian **Büttner**
Dr. Christian **Chua**
Prof. Dr. Hansjörg **Dilger**
Dr. Frieder **Dittmar**
Anne **Dudeck**
Sandra **Dümer**
Prof. Dr. Birgit **Felinks**
Dr. Nina **Feltz**
Prof. Dr. Juliane **Filser**
Prof. Dr. Joachim **Gessinger**
Prof. Dr. Gerd **Grözingler**
Dr. Katrin **Grüber**
Fabian **Hamák**
Dr. Sabine **Horn**
Prof. Dr. Johannes Salim **Ismaiel-Wendt**
Prof. Dr. Omar **Kamil**
Trudel **Karcher**
Prof. Dr. Claudia **Kraft**
Prof. Dr. Regina **Kreide**
Dr. Sylvia **Kruse**
Prof. Dr. Margitta **Kunert-Zier**
Prof. Dr. Andreas **Lob-Hüdepohl**
Helmuth **Lohan**
Dr. Daniel **Lübbert**
Dr. Alexandra **Lübcke**
Prof. Dr. Paul **Mecheril**
Prof. Dr. Christoph **Menke**
Prof. Dr. Sigrid **Metz-Göckel**
Prof. Dr. Birgit **Meyer**
Holger **Michel**
Dr. Jan Christoph **Minx**
Dr. Birgit **Möller**
Dr. Laurissa **Mühlich**
Dr. Benno **Nietzel**
Prof. Dr. Gertrud **Oelerich**
Dr. Lena **Partzsch**
Prof. Dr. Wolfgang **Riedel**
Prof. Dr. Thomas **Rixen**
Prof. Dr. Christoph **Scherrer**
Jörg **Schreiber**
Prof. Dr. Joachim **Schulze**
Dr. Christine **Schwarz**
Dr. Siebo **Siems**
Dr. Katharina **Spiegel**
Judith **Strohm**
Achim **Toennes**
Prof. Dr. Stefan **Troebst**
Prof. Dr. Elisabeth **Tuider**
Nina **Turani**
Prof. Dr. Hans-Jürgen **von Wensierski**
Prof. Dr. Wolf **Wagner**
Prof. Dr. Gerald **Warnecke**
Dr. Inga **Winkler**

Adressen

Stand: April 2013

Heinrich-Böll-Stiftung

Schumannstraße 8
10117 Berlin

T 030-28 53 40 **F** 030-28 53 41 09

E info@boell.de **W** www.boell.de

Archiv Grünes Gedächtnis

Eldenaer Straße 35
10247 Berlin

T 030-285 34-260 **F** 030-285 34-52 60

E archiv@boell.de

Auslandsbüros der Heinrich-Böll-Stiftung

Asien

Afghanistan

Heinrich-Böll-Stiftung, Qala-e-Fathullah,
Street 5, House Nr. 238, Kabul, Afghanistan

T +93-700-295 972

E info@af.boell.org **W** www.af.boell.org

China

Heinrich-Böll-Stiftung
8, Xinzhong Xijie, Gongti Beilu
Asia Hotel, Office Building No. 309, 100027 Beijing, China

T +86-10-6615 4615-0 **F** +86-10-6615 4615-102

E info@boell-china.org **W** www.boell-china.org

Indien

Heinrich-Böll-Stiftung,
C – 20, 1st Floor, Qutub Institutional Area,
New Delhi 110016, Indien

T +91-11-2685 4405 **F** +91-11-26 96 28 40

E in-info@in.boell.org **W** www.in.boell.org

Kambodscha

Heinrich-Böll-Stiftung, Street 222, House No. 34
Sangkat Beung Raing, Khan Dann Penh
Phnom Penh, Kambodscha

T +855 23 210 535 **F** +855 23 216 482

E info@kh.boell.org **W** www.kh.boell.org

Region Pakistan

Heinrich-Böll-Stiftung, House# 5, Street# 90,
G-6/3, Embassy Road, Islamabad

T +92-51-2271545 **F** +92-51-2271548

E info@pk.boell.org **W** www.pk.boell.org

Region Südostasien

Heinrich-Böll-Stiftung
75 Sukhumvit 53 Klongton Neua, Wattana
Bangkok 10110, Thailand

T +02-66 25 9602 **F** +02-66 27 576

E office@th.boell.org **W** www.th.boell.org

Afrika

Nigeria

Heinrich-Böll-Stiftung, 3rd Floor, Rukayat Plaza
93, Obafemi Awolowo Way, Jobi District Abuja

T +234-803 629 02 79

E info@ng.boell.org **W** www.ng.boell.org

Region Ostafrika/Horn von Afrika

Heinrich-Böll-Stiftung, Forest Road
P.O. Box 10799-00100, GPO Nairobi, Kenia

T +254-20-26 80 745 **F** +254-20-374 91 32

E ke-info@ke.boell.org **W** www.ke.boell.org

Region Südliches Afrika

Heinrich-Böll-Stiftung
8th Floor Vunani Chambers, 33 Church Street,
Cape Town 8000, South Africa

T +27-21-461 62 66 **F** +27-21-424 40 86

E info@za.boell.org **W** www.za.boell.org

Naher und Mittlerer Osten

Israel

Heinrich-Böll-Stiftung
1 Har Sinai, Tel Aviv 65816, Israel

T +972-3-516 77 34 **F** +972-3-516 76 89

E info@il.boell.org **W** www.il.boell.org

Region Arabischer Naher Osten

Heinrich-Böll-Stiftung, Tal az-Zaatar St. 6
P.O. Box 2018 Ramallah, Palästina

T +972-2-296 11 21 **F** +972-2-296 11 22

E info@ps.boell.org **W** www.ps.boell.org

Region Mittlerer Osten

Heinrich-Böll-Stiftung, 266, Rue Gouraud,
P.O. Box 175510, Gemmayzeh, Beirut, Libanon

T +961-1-56 29 26 **F** +961-1-56 29 78

E info@lb.boell.org **W** www.lb.boell.org

Tunesien

Heinrich-Böll-Stiftung
5, Rue Jamel Abdennasser, 1002 Tunis, Tunesien

T +216 71 322 345 **F** +216 71 322 346

E info@tn.boell.org **W** www.tn.boell.org (noch im Aufbau)

Rabat (Marokko) im Aufbau

Lateinamerika

Brasilien

Heinrich-Böll-Stiftung, Rua da Glória 190, ap. 701
20241-180 Rio de Janeiro, Glória, Brasilien
T +55-21-32 21 99 00 **F** +55-21-32 21 99 22
E info@br.boell.org **W** www.br.boell.org

Region Cono Sur

Heinrich-Böll-Stiftung,
Avenida Francisco Bilbao 882, Providencia
752-0063 Santiago de Chile, Chile
T +56-2-584 01 72 **F** +56-2-584 01 72-101
E info@cl.boell.org **W** www.cl.boell.org

Region Mittelamerika/Mexiko /Karibik (Mexiko-Stadt)

Heinrich-Böll-Stiftung, Calle José Alvarado 12-B
Colonia Roma Norte, Delegación Cuauhtémoc,
CP 06700, México D.F., Mexiko
T +52-55-52 64 15 14 **F** +52-55-52 64 28 94
E mx-info@mx.boell.org **W** www.mx.boell.org

Region Mittelamerika/Mexiko/Karibik (San Salvador)

Heinrich-Böll-Stiftung, Residencial Zanzibar,
Pasaje A-Oriente No. 24, San Salvador, El Salvador
T +503-22 74 68 12 **F** +503-22 74 69 32
E sv-info@sv.boell.org
W www.mx.boell.org

Europa und Nordamerika

Bosnien und Herzegowina

Heinrich-Böll-Stiftung, Čekaluša 42
71000 Sarajevo, Bosnien und Herzegowina
T +387-33-260 450 **F** +387-33-260 460
E info@ba.boell.org **W** www.ba.boell.org

Region Europäische Union

Heinrich-Böll-Stiftung, Rue d'Arlon 15,
1050 Bruxelles, Belgien
T +32-2-743 41 00 **F** +32-2-743 41 09
E brussels@boell.eu **W** www.boell.eu

Kroatien

Heinrich-Böll-Stiftung, Preobraženska 2
10000 Zagreb, Kroatien
T +385-1-4818 978 **F** +385-1-481 89 77
E info@hr.boell.org **W** www.hr.boell.org

Region Mittel-Osteuropa (Prag)

Heinrich-Böll-Stiftung
Opatovická 28, 110 00 Praha 1, Tschechien
T +420-251 81 41 73 **F** +420-251 81 41 74
E info@cz.boell.org **W** www.cz.boell.org

Region Mittel-Osteuropa (Warschau)

Heinrich-Böll-Stiftung
ul. Żurawia 45, 00-680 Warszawa, Polen
T +48-22-594 23-33 **F** +48-22-594 23-37
E info@pl.boell.org **W** www.pl.boell.org

Region Nordamerika

Heinrich-Böll-Stiftung, 1432 K Street, NW
Suite 500, Washington, DC 20005, USA
T +1-202-462 75 12 **F** +1-202-462 52 30
E info@us.boell.org **W** www.us.boell.org

Russland

Heinrich-Böll-Stiftung, Grusinskij Pereulok 3-231,
123056 Moskau, Russland
T +7-499-254 14 53 **F** +7-495-935 80 14
E info@ru.boell.org **W** www.ru.boell.org

Region Südlicher Kaukasus

Heinrich-Böll-Stiftung
38, Zovreti Str., 0160 Tbilisi, Georgien
T +995-32-380 467 **F** +995-32-91 28 97
E info@ge.boell.org **W** www.ge.boell.org

Region Südosteuropa

Heinrich-Böll-Stiftung
Dobračina 43, 11 000 Belgrad, Serbien
T +381-11-30 33 833 **F** +381-11-32 85 180
E info@rs.boell.org **W** www.rs.boell.org

Türkei

Heinrich-Böll-Stiftung
Inönü Caddesi, Hacı Hanim Sok 10/12+4
Gümüşsuyu 34439, Istanbul, Türkei
T +90-212-249 15 54 **F** +90-212-245 04 30
E info@tr.boell.org **W** www.tr.boell.org

Ukraine

Heinrich-Böll-Stiftung, Wolodymyrska Str. 18/2,
Office 3, 01034 Kiev, Ukraine
T +38 044 279 98 58 **F** +38 044 270 52 78
E info@ua.boell.org **W** www.ua.boell.org

Griechenland

Heinrich-Böll-Stiftung
Aristotelous Str. 3, 54624 Thessaloniki
T +30 2310 282829 **F** +30 2310 282832
E info@gr.boell.org **W** www.gr.boell.org

Die Landesstiftungen der Heinrich-Böll-Stiftung

Die 16 Landesstiftungen im Verbund der Heinrich-Böll-Stiftung sind selbständige Vereine, sie arbeiten aber untereinander und auch mit der Bundesstiftung eng zusammen. Mit ihrer Bildungsarbeit wollen sie die politische Urteilskraft der Bürgerinnen und Bürger schärfen, zu bürgerschaftlichem Engagement anregen und die Möglichkeiten zur Teilhabe am politischen Leben verbessern. Die Landesstiftungen organisieren selbst oder in Kooperation mit Projektpartnerinnen und Projektpartnern Veranstaltungen unterschiedlichster Art.

Sie bedienen sich dabei der Formen «klassischer» politischer Bildungsarbeit (Seminare, Tagungen, Publikationen) genauso wie anderer Formate (Matineen, kulturelle Begegnungen, Lesungen, Ausstellungen).

All diese Veranstaltungen sollen immer auch ein Ort sein, an dem über Probleme der Gegenwart und Fragen der Zukunft ohne tagespolitische Zwänge nachgedacht werden kann. Die finanzielle Grundausstattung dafür bekommen sie zu einem großen Teil vertraglich zugesichert von der Bundesstiftung.

Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg

Rieckestraße 26, 70190 Stuttgart

T 0711-26 33 94 10 **F** 0711-26 33 94 19

E info@boell-bw.de **W** www.boell-bw.de

Petra-Kelly-Stiftung Bayern

Reichenbachstraße 3a, 80469 München

T 089-24 22 67 30 **F** 089-24 22 67 47

E info@petra-kelly-stiftung.de **W** www.petrakellystiftung.de

Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung

Kottbusser Damm 72, 10967 Berlin

T 030-612 60 74 **F** 030-618 30 11

E info@bildungswerk-boell.de **W** www.bildungswerk-boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg

Dortustraße 52, 14467 Potsdam

T 0331-200 57 80 **F** 0331-200 57 820

E organisation@boell-brandenburg.de

W www.boell-brandenburg.de

Heinrich-Böll-Stiftung Bremen

Plantage 13, 28215 Bremen

T 0421-35 23 68 **F** 0421-35 23 89

E ruedel.boell@arcor.de **W** www.boell-bremen.de

Umdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg

Kurze Straße 1, 20355 Hamburg

T 040-389 52 70 **F** 040-380 93 62

E info@umdenken-boell.de **W** www.umdenken-boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Hessen

Niddastraße 64, 60329 Frankfurt a. M.

T 069-23 10 90 **F** 069-23 94 78

E info@hbs-hessen.de **W** www.hbs-hessen.de

Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern

Mühlenstraße 9, 18055 Rostock

T 0381-492 21 84 **F** 0381-492 21 56

E post@boell-mv.de **W** www.boell-mv.de

Stiftung Leben und Umwelt

Heinrich-Böll-Stiftung Niedersachsen

Warmbüchenstraße 17, 30159 Hannover

T 0511-301 85 70 **F** 0511-301 85 714

E info@slu-boell.de **W** www.slu-boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Nordrhein-Westfalen

Graf-Adolf-Straße 100, 40210 Düsseldorf

T 0211-93 65 08 0 **F** 0211-93 65 08 25

E info@boell-nrw.de **W** www.boell-nrw.de

Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz

Martinsstraße 2, 55116 Mainz

T 06131-90 52 60 **F** 06131-90 52 69

E mainz@boell-rlp.de **W** www.boell-rlp.de

Heinrich-Böll-Stiftung Saar

Talstraße 56, 66119 Saarbrücken

T 0681-58 35 60 **F** 0681-58 35 36

E boell.stiftung@t-online.de **W** www.boell-saar.de

Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen

Schützengasse 18, 01067 Dresden

T 0351-494 33 11 **F** 0351-494 34 11

E info@weiterdenken.de **W** www.weiterdenken.de

Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt

Leipziger Straße 36, 06108 Halle (Saale)

T 0345-202 39 27 **F** 0345-202 39 28

E info@boell-sachsen-anhalt.de

W www.boell-sachsen-anhalt.de

Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein

Heiligendammer Straße 15, 24106 Kiel

T 0431-906 61 30 **F** 0431-906 61 34

E info@boell-sh.de **W** www.boell-sh.de

Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen

Trommsdorffstraße 5, 99084 Erfurt

T 0361-555 32 57 **F** 0361-555 32 53

E info@boell-thueringen.de **W** www.boell-thueringen.de

Fördern und spenden

Wir danken unseren Unterstützern und Unterstützerinnen!

Mit ihrem ehrenamtlichen Engagement als Referent/innen, als Vertrauensdozent/innen oder als Mitglied eines Beratungsgremiums helfen viele Menschen, unsere Ziele zu verwirklichen und unsere Bildungs- und Projektarbeit im In- und Ausland weiterzuentwickeln. Sie unterstützen die Stiftung durch ihre Mitgliedschaft im Freundeskreis, durch Spenden, Zustiftungen, Patenschaften oder langfristige Partnerschaften. Für dieses große Engagement und ihr Vertrauen bedanken wir uns herzlich!

So können auch Sie die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützen:

Mit Ihrer Mitgliedschaft im Freundeskreis

Als Mitglied zahlen Sie einen Jahresbeitrag von 92 Euro, ermäßigt 46 Euro und Schüler/Studierende 25 Euro. Sie erhalten den «Info-Brief» mit aktuellen Informationen über Aktivitäten der Stiftung und des Freundeskreises, zudem Einladungen zu besonderen Veranstaltungen. Unsere Mitglieder haben die Möglichkeit, jährlich an einer politischen Begegnungsreise zu unseren Projektpartnern ins Ausland teilzunehmen.

Mit Ihrer Spende oder Patenschaft für Autorinnen und Autoren im Heinrich-Böll-Haus

Sie ermöglichen damit internationalen Autor/innen und Künstler/innen einen Aufenthalt im Heinrich-Böll-Haus in Langenbroich, dem früheren Domizil des Schriftstellers. Dort können sie frei von ökonomischem oder politischem Druck ungestört arbeiten. Den Spendenaufruf für das Stipendienprogramm unterstützen die Literaturnobelpreisträger Günter Grass und Imre Kertész.

Mit einer Beteiligung an der

TuWas – Stiftung für Gemeinnutzen

Wir stehen kurz vor der Gründung der TuWas-Stiftung. Sie wird die Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung in den Bereichen ergänzen, in denen uns zuwendungsrechtlich die Hände gebunden sind. Die TuWas – Stiftung für Gemeinnutzen braucht Ihr persönliches Engagement: Die solidarische Beteiligung vieler Menschen. Eine Zustiftungserklärung ermöglicht Ihnen die Teilhabe an der neuen Förderstiftung. Oder Sie überweisen Ihren Beitrag – auch kleinste Beträge sind willkommen – direkt auf das Treuhandkonto der TuWas – Stiftung für Gemeinnutzen. Jeder gespendete Beitrag ist in Höhe bis zu 1 Mio. Euro voll steuerabzugsfähig, mindert also das zu versteuernde Einkommen. Auch engagierten Menschen, die über Vermächtnisse oder Erbschaften nachdenken, bietet die Stiftung viele Möglichkeiten der Realisierung ihrer spezifischen, gemeinnützigen Ziele. Gern schicken wir Ihnen weitere Informationen und eine Zustiftungserklärung zu.

W www.tuwasstiftung.de

Beitrittserklärung: Absender/in

Name:

Vorname:

Institution/
Organisation:

dienstlich privat

Anschrift

Straße:

PLZ/Ort:

E-Mail:

Telefon/Fax:

* Ihre Angaben werden gemäß dem Bundesdatenschutzgesetz streng vertraulich behandelt.

Bitte schicken Sie mir Informationen über die Heinrich-Böll-Stiftung zu.

Datum/
Unterschrift:

Postkarte
bitte mit 45c
freimachen

Heinrich-Böll-Stiftung

Freundinnen und Freunde
Schumannstraße 8
10117 Berlin



Ulrike Cichon, Koordinatorin des Freundeskreises

Foto: Stephan Röhl

Elisabeth Kiderlen und Julius Heinicke,
Koordinationsgremium des FreundeskreisesBegegnungsreise nach Thailand und
Kambodscha im Herbst 2012

Freundinnen und Freunde

Die Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung tragen dazu bei, die Selbständigkeit der Stiftung und die Qualität ihrer Arbeit langfristig zu sichern. Mit ihren Mitgliedsbeiträgen unterstützen sie Menschenrechtsaktivisten und -aktivistinnen sowie kleinere Kunst- und Kulturprojekte. Im Jahr 2012 gehörten 549 Personen dem Freundeskreis an, vom Studenten bis zur Ruheständlerin, vom Freiberufler bis zur Professorin.

Neben Einladungen zu besonderen Veranstaltungen, wie z. B. Preisverleihungen, erhalten die Mitglieder regelmäßige Informationen über aktuelle Entwicklungen der Stiftungsarbeit und die Aktivitäten des Freundeskreises. Eine breite Palette an Veranstaltungen mit und für die Freundinnen und Freunde bietet Gelegenheit, miteinander ins Gespräch zu kommen, politische Konzepte und Entwicklungen zu diskutieren und die Stiftungsarbeit näher kennenzulernen.

Bei den Veranstaltungen der Freundinnen und Freunde 2012 in Berlin standen u. a. an jeweils zwei Abenden mit «Baden-Württemberg unter der ersten Grün-Roten Landesregierung» und «Syrien» zwei sehr unterschiedliche hochaktuelle Themenfelder im Fokus.

Die Reise der Freundinnen und Freunde im November 2012 führte nach Thailand und Kambodscha. Die Gruppe besuchte Bangkok und Phnom Penh und bereiste den Nordosten Kambodschas bis nach Siem Reap. Von unseren Büros in Bangkok und Phnom Penh sowie unseren Partnerorganisationen erhielten die Reisenden vielfältige Einblicke in die komplexen Strukturen Thailands, Myanmars und Kambodschas. Auch die aktuellen Probleme der Region blieben nicht außen vor: von Umweltschutz und Verteilungsfragen in der Mekong-Region bis hin zu Landgrabbing in Kambodscha.

Ulrike Cichon

T 030-285 34-112 F -5112

E cichon@boell.deW www.boell.de/freundeskreis

Beitrittserklärung

Ich unterstütze die Ziele der Heinrich-Böll-Stiftung und erkläre meinen Beitritt zu den Freundinnen und Freunden der Heinrich-Böll-Stiftung als (bitte ankreuzen):

Mitglied

- mit dem Regelbeitrag von 92 € im Jahr
- mit dem ermäßigten Jahresbeitrag für Geringverdienende von 46 €
- mit dem Jahresbeitrag von 150 €
- mit dem Jahresbeitrag von 300 €
- mit dem Jahresbeitrag von €
- mit dem Jahresbeitrag von 25 € für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Erwerbslose und – auf Antrag – Menschen im Ruhestand

Institutionelles Mitglied (Unternehmen und Organisationen)

- mit einem Jahresbeitrag von 184 €
- mit einem Beitrag für Basisinitiativen von 92 €

Ich werde nicht Mitglied, aber ich unterstütze die Heinrich-Böll-Stiftung mit einer einmaligen Spende von €

Zahlungsweise

Bankeinzug

Bitte buchen Sie den angekreuzten Betrag von € bei Fälligkeit bis auf Widerruf von meinem Konto ab.

Kontoinhaber/in: Konto-Nr: BLZ: Geldinstitut:

Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist die Bank nicht verpflichtet, den Betrag abzubuchen.

Überweisung

Den Betrag von € habe ich auf das Konto bei der Bank für Sozialwirtschaft BLZ 100 205 00 Konto-Nr. 307 67 02 überwiesen.

Datum/
Unterschrift:

Mitgliederversammlung

49 Mitglieder

Aufsichtsrat

9 Mitglieder

Vorstand		Geschäftsführung	Gremien und Fachbeiräte
Ralf Fücks Michael Walther Anke Bremer	Barbara Unmüßig Claudia Rolf Kathrin Klaua	Dr. Birgit Laubach (bis 3/13) Dr. Livia Cotta (ab 4/13) Beate Fröhlich (bis 6/13) Nina Werdien (ab 5/13) Kristina Heße Jülide Arik Paulina Berndt Leonie Tillman-Mihm Freundinnen und Freunde Ulrike Cichon	Freundinnen und Freunde Frauenrat Fachbeirat Studienwerk Fachbeirat Nord-Süd Fachbeirat Europa/Transatlantik
Gemeinschaftsaufgaben		Interne Revision Günther Öchsner Christa Drießen	
Geschlechterdemokratie Henning von Bargaen	Interkulturelles Management/ Diversity Mekonnen Mesghena		

Internationale Zusammenarbeit

Politische Bildung Inland

Steffen Heizmann
 Halina Bogusz
 Stephanie Mendes Candido

Peter Siller
 Petra Stegemann
 Andrea Mesch

Internationale Politik
 Dr. Heike Löschmann
 Joanna Barelkowska, Simone Zühr, Annette Kraus

Internationale Umweltpolitik
 Lilia Fuhr
 Björn Ecklundt, Kristin Funke

Internationale Agrarpolitik
 Dr. Christine Chemnitz
 Sonja Kundler, Inka Drewitz

Außen- und Sicherheitspolitik
 Gregor Enste
 Barbara Assheuer
 Joanna Barelkowska

Demokratieförderung
 Jana Mittag
 Ulrike Seidel

Regionalreferat Afrika
 Kirsten Maas-Albert
 Beate Adolf, Nicola Egelhof, Maria Kind, Nils Stelling

Büro Kapstadt:
 Layla Al-Zubaidi

Büro Nairobi:
 Katrin Seidel

Büro Abuja:
 Christine K

Regionalreferat Nahost
 Bernd Asbach, Antonie Nord
 Birgit Arnhold, Renate Eisape, Marlies Ruster, Sakina Abushi

Büro Tel Aviv:
 Marc Berthold

Büro Ramallah:
 Dr. René Wildangel

Büro Tunis:
 Joachim Paul

Büro Rabat (im Aufbau):
 N.N.

Büro Beirut:
 Bente Scheller

Regionalreferat Asien
 Katrin Altmeyer
 Thorsten Volberg
 Petra Zimmermann, Caroline Bertram, Ella Daschkey, Clemens Kunze

Büro Bangkok:
 Jost Pachaly

Büro Islamabad:
 Britta Petersen

Büro Afghanistan:
 Marion Müller (Arbeitsort: Berlin)

Büro Neu Delhi:
 Dr. Axel Harneit-Sievers

Büro Phnom Peng:
 Manfred Hornung

Büro Peking:
 Michael Büsgen

Regionalreferat Südosteuropa/Osteuropa
 Walter Kaufmann
 Gudrun Fischer, Robert Sperfeld, Lisa Eichhorn, Nina Happe

Büro Belgrad:
 Dr. Andreas Poltermann

Büro Moskau:
 Jens Siegert

Büro Kiew:
 Dr. Kyril Savin

Büro Tbilisi:
 Nino Lejava

Büro Sarajevo:
 Mirela Grünther-Decevic

Büro Zagreb:
 Vedran Horvat

Regionalreferat Lateinamerika
 Ingrid Spiller
 Petra Tapia, Evelyn Hartig, Iciar Oquinea, Daniel Backhouse

Büro Mexiko-Stadt:
 Annette von Schönfeld

Büro Rio de Janeiro:
 Dr. David Bartelt

Büro Santiago de Chile:
 Michael Alvarez Kalverkamp

Regionalreferat EU/Nordamerika
 Dr. Sergey Lagodinsky
 Dr. Christine Pütz
 Ewa Peteja, Sandra Nenninger, Sigrid Lukoschus, Christian Schwöbel

Büro Brüssel:
 Bastian Hermisson

Büro Istanbul:
 Dr. Ulrike Dufner

Büro Prag:
 Eva van de Rakt

Büro Thessaloniki:
 Olga Drossou

Büro Warschau:
 Wolfgang Templin

Büro Washington:
 Klaus Linsenmeier

Steuerung und Evaluierung
 Julia Scherf (bis 5/13)
 Patrick Berg (ab 5/13)
 Kirsten Dagane, Sabine Hämmerling, Murat Pekün, Angelika Rössler, Ruth Kleefisch, Liliya Devryn, Jenny Vogel (ab 5/13)

Qualitätsmanagement und Evaluierung
 Christiane Dilger

Programmteam I (Schwerpunkt: Demografischer Wandel)
Bildung und Wissenschaft
 Philipp Antony
 David Handwerker

Sozialpolitik
 Peter Sellin
 Lisa Beier (ab 7/13)
 Claire Luzia Leifert (bis 6/13)

Migration und Diversity
 Mekonnen Mesghena
 Julia Brillling (MID-Website)
 Samira Jamal

Programmteam II (Schwerpunkt: Ökologische Wende)
Ökologie und Nachhaltigkeit
 Dorothee Landgrebe (ab 8/13)
 Nora Katharina Löhle (bis 7/13)
 Rita Hoppe, Zeinab Aghamehdi

Wirtschaft und Finanzen
 Ute Brümmer
 Simon Wolf (bis 8/13)
 Eike Botta-Venhorst

Kommunalpolitik und Stadtentwicklung
 Sabine Drewes
 Andrea Meinecke

Programmteam III (Schwerpunkt: Digitaler Wandel)
Demokratie
 Dr. Anne Ulrich
 Monika Steins

Kulturpolitik und Neue Medien
 Christian Römer
 Karin Lenski

Gesellschaftspolitik
 Michael Stognienko

Politische Bildung Inland	Studienwerk	Unternehmensdienste	
		Kommunikation	Haushalt und Finanzen
Peter Siller Petra Stegemann Andrea Mesch	Dr. Ulla Siebert Kathrin Hohmann-Mehring Bärbel Karger	Annette Maennel Morena Keckel	Christian Fronda Katrin Suwart
Grüne Akademie Dr. Anne Ulrich Stephan Depping Archiv Grünes Gedächtnis Dr. Christoph Becker-Schaum Julia Breggott, Robert Camp Anna Vechtel, Steffi Rönnefarth Eva Sander Heinrich Böll Leben und Werk (Köln) Dr. Jochen Schubert Markus Schäfer Haus Langenbroich Sigrun Reckhaus	Studienförderung Dr. Janina Bach Gabriele Tellenbach Elsbeth Zylla Kerstin Simonis (ab 9/13) Anja Schleich Birgit Kahlau Angelika Steinborn Malgorzata Lewandowska Sabrina Anastasio (bis 8/13) Promotionsförderung Tamara Or Wilma Weber Cindy Ballaschk Projekte «Medienvielfalt anders», «Transformation gestalten» Nursemin Sönmez Christoph Heilmeyer Auswahlverfahren Bettina Hermann Finanzen Liette Thill	Presse Ramona Simon Vera Lorenz Online-Redaktion/Internet Markus Reuter Peggy Marquardt Hanno Stecher Lektorat Bernd Rheinberg Susanne Dittrich Layout/Marketing Elke Paul Maria Lüdtke Uta Belkuis Sabrina Horn Konferenzzentrum Gundula Fienbork Eva Klakl Julia Reiter Susanne Steinborn Sabine König Soumicha El Homri Mamadou Lamine Hane	Auslandsbuchhaltung und Bilanzierung Karla Sieck Valerian Rautenberg Jan Schmidt Susanne Reichelt Miljka Müller Inlandsbuchhaltung Michaela Krethe Jutta Rickmann Marianne Brade Hans-Jörg Wilhelm Munkhzul Togmid Controlling Alexander Baasner Uta Kehr Ellen Deuse Silke Richter Xiao Yun Zhu Richtlinien Dr. Gerd Frickenhelm
Gunda-Werner-Institut		IT/Technische Dienste	Personal
Henning von Bargaen Birgitta Hentschel Susanne Diehr Christiane Bornstedt Christine Weiß Francesca Schmidt		Bert Bloss	Petra Nibbe
Weiterbildungsakademie GreenCampus		Server- und Netzbetriebe Dietmar Grabbert Gabriele Holländer Philipp Heise Christopher Golze Lutz Melich Technische Dienste Martina Kulla Dawina Gaebler	Personalbetreuung Marzena Matuschak Sabine Popielski Sylvia Spöhr Karin Schmidt Nadine Arendt
Christian Neuner-Duttenhofer Anita Roggen (interne Fortbildung) Wolfgang Pohl (Kommunale Weiterbildung) Maria Pajonk Evrin Kaynak (bis 4/13)			

Leitbild der Heinrich-Böll-Stiftung

Die Heinrich-Böll-Stiftung versteht sich als Teil der «grünen» politischen Grundströmung, die sich weit über die Bundesrepublik hinaus in Auseinandersetzung mit den traditionellen politischen Richtungen des Sozialismus, des Liberalismus und des Konservatismus herausgebildet hat. Unsere gemeinsamen Grundwerte sind Ökologie und Nachhaltigkeit, Demokratie und Menschenrechte, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit. Ein besonderes Anliegen ist uns die Geschlechterdemokratie, also die gesellschaftliche Emanzipation und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Wir engagieren uns für die Gleichberechtigung kultureller und ethnischer Minderheiten und für die soziale wie politische

Partizipation von Immigranten. Nicht zuletzt treten wir für Gewaltfreiheit und eine aktive Friedenspolitik ein.

Für unser Engagement suchen wir strategische Partnerschaften mit anderen, die unsere Werte teilen. Wir handeln unabhängig und in eigener Verantwortung.

Wir haben unsere Wurzeln in der Bundesrepublik und sind zugleich ideell wie praktisch ein internationaler Akteur.

Unser Namensgeber, der Schriftsteller und Nobelpreisträger Heinrich Böll, steht für eine Haltung, der wir uns selbst verpflichtet sehen: Verteidigung der Freiheit, Zivilcourage, streitbare Toleranz und die Wertschätzung von Kunst und Kultur als eigenständige Sphären des Denkens und Handelns.

Wir sind eine grüne Ideenagentur

- Wir geben Denkanstöße für demokratische Reformen und soziale Innovationen.
- Wir engagieren uns für ökologische Politik und nachhaltige Entwicklung im globalen Maßstab.
- Wir geben Kunst und Kultur Raum zur Darstellung und Auseinandersetzung.
- Wir vermitteln Wissen von Expertinnen und Experten an politische Akteure.
- Wir sind ein Ort für offene Debatten und fördern den Dialog zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft.
- Wir fördern begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende im In- und Ausland.
- Wir dokumentieren die Geschichte der grünen Bewegung als Fundus für die Forschung und Quelle politischer Orientierung.

Wir sind ein internationales Politik-Netzwerk

- Wir verstehen uns als Teil eines globalen grünen Netzwerkes und fördern die Entwicklung der grünen politischen Bewegung auf allen Kontinenten.
- Ein besonderes Anliegen ist uns die Verbreiterung und Vertiefung der europäischen grünen Bewegung.

- Wir engagieren uns bei der Entwicklung einer europäischen politischen Öffentlichkeit.
- Wir unterstützen die politische Partizipation der Zivilgesellschaft und beteiligen uns an Konferenzen und Verhandlungen im Rahmen multilateraler Organisationen.

Wir engagieren uns weltweit für Ökologie, Demokratie und Menschenrechte

- Ökologie und Demokratie sind für uns untrennbar. Wir unterstützen deshalb Personen und Projekte, die sich für Ökologie, Menschenrechte, Demokratie und Selbstbestimmung einsetzen.
- Wir fördern weltweit die Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Partizipation.
- Wir setzen uns für die Überwindung von Dominanz, Fremdbestimmung und Gewalt zwischen den Geschlechtern ein.
- Wir betrachten ethnische und kulturelle Vielfalt als Bestandteil einer demokratischen Kultur.
- Wir ermutigen zu Zivilcourage und gesellschaftlichem Engagement.
- Wir vermitteln Knowhow für erfolgreiche Selbstorganisation und Intervention an politische Akteure.

Engagement, fachliche und menschliche Kompetenz, Kreativität und Flexibilität zeichnen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im In- und Ausland aus. Sie sind hoch qualifiziert, teamorientiert und bilden mit ihrer überdurchschnittlichen Motivation das Vermögen der Stiftung.

Chancengleichheit und ein respektvoller Umgang zwischen Frauen und Männern verschiedenen Alters, verschiedener religiöser Bekenntnisse, ethnischer Herkunft und sexueller Orientierung sind konstitutiv für die Stiftung. Interkulturelle Kompetenz und ein produktiver Umgang mit Vielfalt sind Teil unserer Betriebskultur.

Wechselseitiger Respekt und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren Partnern bilden die Grundlage unserer Geschäftsbeziehungen.

Wir überprüfen und verbessern unsere Arbeit in einem kontinuierlichen Prozess und stellen uns der internen und externen Bewertung. Wir stehen für einen wirtschaftlichen, effizienten Einsatz der uns zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel und sorgen für transparente Geschäftsabläufe.

Wir praktizieren ein produktives Miteinander von Bundesstiftung und Landesstiftungen.

Wir sind ein verlässlicher Partner für ehrenamtliches Engagement und für die Zusammenarbeit mit Dritten.

Als politische Stiftung handeln wir unabhängig und in eigener Verantwortung auch gegenüber Bündnis 90/Die Grünen. Unsere Eigenständigkeit wahren wir auch bei der Auswahl unserer Führungskräfte und der Besetzung unserer Gremien.

Die Heinrich-Böll-Stiftung mit Sitz in Berlin-Mitte, gegenüber dem Deutschen Theater, ist eine politische Stiftung und steht der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahe. Die Stiftung versteht sich als Agentur für grüne Ideen und Projekte, als reformpolitische Zukunftswerkstatt und internationales Netzwerk mit über 160 Partnerprojekten in rund 60 Ländern. Sie kooperiert mit 16 Landesstiftungen in allen Bundesländern. Heinrich Bölls Ermutigung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik ist Vorbild für die Arbeit der Stiftung. Ihre vorrangige Aufgabe ist die politische Bildung im In- und Ausland zur Förderung der demokratischen Willensbildung, des gesellschaftspolitischen Engagements und der Völkerverständigung. Dabei orientiert sie sich an den politischen Grundwerten Ökologie, Demokratie, Solidarität und Gewaltfreiheit. Ein besonderes Anliegen ist ihr die Verwirklichung einer demokratischen Einwanderungsgesellschaft sowie einer Geschlechterdemokratie als eines von Abhängigkeit und Dominanz freien Verhältnisses der Geschlechter. Darüber hinaus fördert die Stiftung Kunst und Kultur als Element ihrer politischen

Bildungsarbeit und als Ausdrucksform gesellschaftlicher Selbstverständigung. Im Jahr 2012 vergab das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung 230 Stipendien an Studierende und Promovenden neu. Die Mitgliederversammlung, bestehend aus 49 Personen, ist das oberste Beschlussfassungsorgan und wählt u. a. den Vorstand. Den hauptamtlichen Vorstand bilden z. Zt. Ralf Fücks und Barbara Unmüßig. Die Geschäftsführung hat im April 2013 Dr. Livia Cotta übernommen. Die Satzung sieht für die Organe der Stiftung und die hauptamtlichen Stellen eine Quotierung für Frauen sowie für Migrantinnen und Migranten vor. Zur Zeit unterhält die Stiftung Auslandsbüros in Brüssel, in Polen, Tschechien, der Türkei, Griechenland, Russland, Georgien, Ukraine, Bosnien, Serbien, Kroatien, Israel, Libanon, dem Arabischen Nahen Osten, Tunesien, Kenia, Nigeria, Südafrika, Thailand, Kambodscha, Pakistan, Indien, Afghanistan, China, Brasilien, Chile, Mexiko, El Salvador und in den USA. Ein weiteres Büro in Marokko ist im Aufbau. Im Jahr 2012 standen der Stiftung rund 47 Millionen Euro aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung.